D 1600 E
Offenbach Nr. 238 Februar 1990 22. Jahrgang DM 6,—

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

SOWJETUNION

KLAUS SEGBERS

Vorspiel zum Ende der Sowjetgeschichte

ISRAEL

AMOS WOLLIN

Frieden jetzt —
auch die Europäer sind gefordert

»WIEDERVEREINIGUNG«

MICHA BRUMLIK

Ratlos vor der nationalen Frage —
»Nationalzivilismus« als Ausweg?

PEER PASTERNACK

»Wiedervereinigung« oder
Eigenstaatlichkeit der DDR

BODO SCHULZE

Die »deutsche Frage« in Frankreich

Liebe Leserinnen und Leser,

der Zug ins ,,einige Deutschland", so faßte unlängst ein Kommentator des Hessischen Rundfunks die Stimmung zusammen, sei unwiderruflich abgefahren. Wer jetzt nicht aufspringe, bleibe einsam und verlassen am Bahnhof zurück. Wahrscheinlich hat der Mann recht. In der DDR erhoffen sich die Menschen von der ,,Wiedervereinigung" eine rasche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage — mangels Alternativen, wie Peer Pasternack, Leipzig, deutlich macht, und wer wollte sich dem verschließen! Im ,,Westen" jedoch macht der Nationalismus Anstalten, sich als offizielle Staatsideologie neu zu etablieren. Das ,,gemeinsame Haus", das es in Europa zu errichten gilt, soll aus Eigentumswohnungen bestehen, möglichst mit einem deutschen Hausmeister.

Die Dynamik, die dieser Prozeß angenommen hat, hat die Oppositionsbewegungen in der DDR längst überrollt. Wenn sie dagegen sind, manövrieren sie sich ins Abseits. Der unbarmherzige Druck der Tagespolitik erstickt die Nachdenklichkeit, die den neuen politischen Gruppen so viel Sympathie und Anerkennung eingetragen hat. Aus diesem Defizit entspringt wesentlich das Interesse an der *links* und dem Sozialistischen Büro in der DDR und das Interesse an einer kontinuierlichen Zusammenarbeit. Der Anfang ist gemacht: Mittlerweile hat die *links* eine beachtliche Bekanntheit und Verbreitung dort gefunden. Gemeinsame Veranstaltungen sind geplant (s. Termine), weitere Aktivitäten in Vorbereitung.

Die Redaktion bittet alle Leserinnen und Leser, diese Arbeit nach Kräften zu unterstützen: mit Geschenkabonnements, mit Geldspenden (s.a. Spendenaufruf S. 43), durch eigene Beiträge.

Nützlich und hilfreich für die politischen Diskussionen in der DDR können auch Bücherspenden sein. Schriften des ,,westlichen Marxismus" sind z.B. in der DDR nur schwer oder gar nicht erhältlich. Stark gefragt sind die Werke der kritischen Theoretiker, Schriften zur Psychoanalyse und Arbeiten zur Theorie der kapitalistischen Entwicklung/Ökonomie. Um sie möglichst vielen zugänglich zu machen, empfiehlt die Redaktion, Bücherspenden den Bibliotheken zur Verfügung zu stellen, die von Oppositionellen aufgebaut wurden und unterhalten werden:

Umweltbibliothek Berlin
Zionsgemeinde
Griebenowstr. 16
Berlin 1058
DDR

Initiative Frieden
und Menschenrechte (IFM)
— Bibliothek —
Demmeringstr. 21
Leipzig 7033
DDR

Wir bitten darum, Bücherspenden direkt an eine der genannten Anschriften zu schicken und danken unseren Leserinnen und Lesern für ihre Unterstützung.

Die Redaktion

Das **SOZIALISTISCHE BÜRO** sucht zum frühestmöglichen Termin eine/n

Politische/n Sekretär/in

für die redaktionelle Betreuung der Zeitschrift WIDERSPRÜCHE — Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich; die Planung und Durchführung von Veranstaltungen sowie Korrespondenz- und Organisationsarbeiten.

Wir wünschen uns: Bereitschaft zur Zusammenarbeit, politisches Interesse und Engagement, Eigeninitiative sowie Erfahrungen in der Zeitschriftenproduktion und in der politischen Bildungs- und Organisationsarbeit.

Wir bieten: eine eigenständige und kreative Tätigkeit, ein vielseitiges Arbeitsfeld und DM 3000,— brutto plus Kindergeld.

Bewerbungen bitte schriftlich bis 28. Februar an:

**SB — Verlag 2000 GmbH, PF 102062, Bleichstraße 5/7,
6050 Offenbach/M. 1, ☎ 069/885006**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1, Telefon 069/88 50 06

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Diethard Behrens, Petra Bonavita-Lindloff, Helmut Burgwinkel, Detlev Claussen, Dan Diner, Josef Esser, Christoph Görg, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Staudhammer, Andreas Werle.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier (Notizen aus Frankreich), Carl-Wilhelm Macke (Notizen aus Italien), ,,Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄR: Gerhard Krum

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH

GESCHÄFTSFÜHRER: Wieland Stützel

SATZ: Undine Büch, Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG UND LAYOUT:
Gerhard Krum, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die März-Ausgabe 1990 ist der 15.2.1990

BEZUGSBEDINGUNGEN: Einzelexemplar DM 6,—, Jahresabonnement DM 62,— incl.
Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 11

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Joachim Bruhn
Nation ist geil **5**

AKTUELL

Klaus Segbers
Vorspiel zum Ende der Sowjetgeschichte **6**

Amos Wollin
Frieden jetzt — auch die Europäer sind gefordert **9**

Samuel Schörl
Panama: Krieg nach dem Kalten Krieg **11**

Max Speicher
Keine Träne für die DKP **12**

Martin Jander/ Thomas Voß
Probleme der Opposition in der DDR **14**

THEMA: Wider die Vereinigung

Micha Brumlik
Ratlos vor der nationalen Frage — „Nationalzivilismus" als Ausweg? **16**

Joachim Hirsch
„Sieg des Kapitalismus" — oder was sonst? **19**

Lothar Baier
Wider die Vereinigung **21**

Peer Pasternack
„Wiedervereinigung" oder Eigenstaatlichkeit der DDR **23**

Bodo Schulze
Die „deutsche Frage" in Frankreich **25**

L.L.
Solidarität? Kalkül! **26**

INTERNATIONAL

Bruno Schoch
PCI: Auf dem Weg zur „postkommunistischen" Partei? **30**

Mina Nima
Der CIA und die afghanische „Narco Guerilla" im goldenen Halbmond **32**

Charles Urjewicz
Sozialer Sprengstoff — nationalistische Explosion **35**

NEUES DENKEN

Carl-Wilhelm Macke
Langweilige Linke in aufregenden Zeiten **38**

THEORIE

Joachim Hirsch
Eine Strategie für „die Linke"? **40**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Impressum **2**
LeserInnenbriefe **4**
Fallobst — Aus deutschen Blättern:
Joachim Bruhn:
Das Wahrlügen der Reklame **28**
Blätterwald — Internationale Pressestimmen:
Interview mit Nikolai Portugalow **29**
Sovieticus — Notizen aus der Sowjetunion:
Armes Rußland **37**
Lektüre — Bücher für linke LeserInnen **41**
Termine **42**
Cosa Nostra:
Konaktadressen **43**
Solidarität mit der Opposition in der DDR **43**
Buchläden — Wo die *links* zu haben ist **44**

Betr.: *links* Nr. 236

Info gesucht

Vielen Dank für die redaktionelle Bemerkung wg. Ahriman-Verlag in der Dezember-links. Nach uns vorliegenden Informationen ist der Kontaktmann der MRI/Bund gegen Anpassung/Ahriman zur europäischen Linken ein gewisser **Karl Mutter**, seines Zeichens deutscher Sekretär des Russel-Tribunals. Mutter ist seit den 70ern Symphatisant/Mitglied der MRI und hat vor ca. 4 Jahren im SWF das Buch von Hoevels, in dem die Zwangstätowierung von AIDS-Positiven gefordert wird, verteidigt.

Gesucht werden Informationen/-Zeitungsartikel über diese Type.

AG WISSENSCHAFTSKRITIK
AStA der J. Gutenberg-Universität

Anmerkung der Redaktion: Die Redaktion bittet LeserInnen, die über Informationen über Aktivitäten des Ahriman-Verlag bzw. Karl Mutter verfügen, diese an die Redaktionsadresse zur Weiterleitung zu schicken. Vielen Dank!

Betr.: *links* Nr. 237

Einschwörung auf's Bestehende

Die erste *links* im neuen Jahr manifestiert sich zum guten Teil als Realisation der guten Vorsätze, die die Rest-Linke haben sollte, nämlich die ,,begriffslosen Debatten" zu beenden, um endlich zur Tagesordnung überzugehen, angesichts des ,,Verschwindens der Linken" als realer politischer Kraft die Anstrengung des Begriffs voranzutreiben. Mehr als Mitleid erregen die Abgesänge ehemaliger Sozialisten ohnehin nicht. Auch ihnen wird das bestätigt, was die *Dialektik der Aufklärung* treffend beschrieb: ,,unter den gegebenen Verhältnissen führt der Vollzug der bloßen Existenz bei Erhaltung einzelner Fertigkeiten, technischer oder intellektueller, schon im Mannesalter zum Kretenismus. Auch die Weltmännischen sind nicht ausgenommen. Es ist, als ob die Menschen zur Strafe dafür, daß sie die Hoffnungen ihrer Jugend verraten und sich in der Welt einleben, mit frühzeitigem Verfall geschlagen würden."

Weniger erfreut und ratlos hinterläßt mich indes ein Leserbreif, wenn ich aus den dort dargelegten Prämissen die notwendigen Schlüsse ziehe: Es wird behauptet, wenn bei den Gesellschaften von Osteuropa bis China es sich nicht um Sozialismus handle, so bleibe der Begriff des ,,Sozialismus" so abstrakt, wie er bereits bei Marx schon gewesen sei. Daraus, daß ein Begriff abstrakt ist, sofern ihm kein Gegenstand korrespondiert, ist demnach auf die Notwendigkeit seiner Existenz zu schließen. Die mittelalterliche Theologie hatte diesen Schluß immerhin nur auf den lieben Gott angewandt. Die These, eine Linke sei daher unglaubwürdig und nicht ernst zu nehmen, wenn sie behauptet, es existiere kein Sozialismus, hat die Konsequenz, daß nur der als Sozialist glaubwürdig ist, der das Bestehende, sei's im Westen, sei's im Osten, im Prinzip bejaht. Daß der Leserbriefschreiber Marx nicht versteht, wie er selbst sagt und mit dem, was er über die Marx'sche Staatstheorie schreibt, auch beweist, mag verzeihlich sein, daß er ihn nicht verstehen will, daraus entspringt, daß die Trauben, die zu hoch hängen, ihm als sauer erscheinen; dann aber möge er über dieses Thema schweigen. Offensichtlich weiß er bereits schon, daß seine Vorschläge, ohne Marx den Sozialismus neu zu denken, zum Obsoletwerden dieses Begriffes führten; sie blieben nach seiner Logik abstrakt, es sei denn sie liefen auf die Einschwörung auf das Bestehende hinaus.

Falls dies nicht ohnehin seine Absicht ist, und er kein Sozialist sein kann noch sein will, so sei der Artikel von Görg/Köhler dem Briefeschreiber strengstens empfohlen.

MARTIN BLUMENTRITT

arbeit machen

ärzten
bringe ich unwohlsein

arbeitsvermittlern
arbeitslosigkeit

psychologen traurigkeit

richter kriegen
rechtsstreitigkeiten

für das sozialamt
bleibt nur noch
die armut übrig

aber alle
haben arbeit
mit mir

HARALD HÖPF

Karola Bloch zum 85. Geburtstag

Walter Jens bezeichnete Karola Bloch in einer Rede, die er aus Anlaß ihres 85. Geburtstags an der Universität in Tübingen gehalten hat, als eine ,,internationale Sozialistin", die sie bis ins hohe Alter geblieben ist. Die ,,links"-Redaktion gratuliert Karola Bloch mit dem Abdruck eines Gedichtes, das Peter Grohmann (Stuttgart) für sie geschrieben hat.

Und wenn ich was besonders' haß', / dann ist es dieses Mittelmaß / dann ist's die Arroganz der Macht / die fett aus vielen Nähten kracht

Ich mag die Leute, die selbst denken / die kritisch sind und sich nichts schenken / Die Alten mit den Ecken, Kanten, / das sind die wirklich Interessanten!

Wenn ich da manchen Yuppie seh / dann tut mir's in der Seele weh / Weil man sich nur am Gelde reibt / und an der Oberfläche treibt

Und wenn ich was besonders' haß', / dann ist es dieses Mittelmaß / dann ist's die Arroganz der Macht / die fett aus vielen Nähten kracht

Ich mag die Leute, die selbst handeln / die selbstbewußt durchs Städtle wandeln / In denen alte Feuer brennen: / Die Menschen, die noch träumen können

Wenn Zeitgeist durch die Straßen weht / Der Wendehals den Kopf verdreht / Dann lob ich mir das alte Holz / Dann bin ich heimlich sogar stolz

Und wenn ich was besonders' haß', / dann ist es dieses Mittelmaß / dann ist's die Arroganz der Macht / die fett aus vielen Nähten kracht / die niemals eine Träne weint und die das letzte Herz versteint / die unsere Welt zum Müllberg macht / die Seelen aufkauft für ein Fest / die tausend Kinder sterben läßt: / Das hasse ich dann wie die Pest.

Da lob ich mir, die aufrecht gehn / die immer wieder: widerstehn! / Die sich nicht ducken und nicht treten / In denen alte Feuer brennen / wo wir uns winters wärmen können

Peter Grohmann

PHILIPPINEN

KINDERPROSTITUTION UND AIDS ERKRANKUNG

500 000 philippinische Frauen zwischen 9 und 40 Jahren müssen im Prostitutionsgewerbe arbeiten. Um zu überleben, um ihre Familien zu ernähren.
Deshalb sind 80% aller registrierten HIV-Fälle weiblichen Geschlechts.
Unaufgeklärte Kinder, ohne jede Schutzmöglichkeit vor Infektionen, dienen als billige Lustobjekte vor allem für reiche Touristen.
Daher haben sich verschiedene Frauenorganisationen zusammengeschlossen, um Hilfsprojekte in allen Zentren der philippinischen Prostitution zu eröffnen:
- Sexualaufklärung
- Schutzmöglichkeiten
- sozioökonomische Hilfe

sollen den gefährdeten Kindern und Frauen helfen. Vorbeugend.

WIR BITTEN UM SCHNELLE MITHILFE DURCH SPENDEN.
STICHWORT: AIDS-HILFE
Konto 1800, Frankfurter Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln
(Informationen über das Programm kostenlos. Rückporto beilegen)

MEDICO INTERNATIONAL
OBERMAINANLAGE 7
6000 FRANKFURT 1
TEL. 069 / 499 00 41 / 2

JOACHIM BRUHN

Nation ist geil

Man muß nicht unbedingt Helmut Kohl dabei beobachten, wie er das Wort von der ,,Wiedervereinigung" in den Mund nimmt, um auf den Verdacht zu kommen, das deutsche Volk habe einen ausgeprägten Hang zur Autoerotik und das einzige Aphrodisiakum, das ihm stets anschlägt, sei der lüsterne Blick in den Spiegel. Es genügt schon, Antje Vollmer, die weibliche Ausgabe des längst ausquotierten Pfarrer Sommerauer, von der ,,unheimlichen Liebe" säuseln zu hören, die unter den Deutschen ausgebrochen sei wie nur der Liebeswahn in der Kaserne. Wenn gar nichts mehr geht, dann wird das Lied der Deutschen aufgelegt, das eindeutig zweideutig ,,Einigkeit und . . ." verheißt.

Was den Franzosen vielleicht die rauchige Stimme bedeutet, mit der Jane Birkin das Was den Franzosen vielleicht die rauchige Stimme bedeutet, mit der Jane Birkin das ,,Je t'aime" haucht, das ist den Deutschen jedenfalls die Big Band der Bundeswehr, die ihre Sehnsucht nach grenzüberschreitender Enthemmung hinausschmettert. Schon beim Gedanken ans Strammstehen bekommt der Deutsche Gefühle. Daher bedeutet ,,Deutschlands Auferstehung", über der die ,,Nationalzeitung" am 17. November so ins Schwärmen gerät wie der pensionierte Unterscharführer, den es beim Schmachtblick des treuen Schäferhundes doch nur unter der Decke juckt, eine nationalerotische Sensation allerersten Ranges. Und wie immer, wenn es der Nation vor Rührung nicht nur im Auge feucht wird, kann sich die alternative ,,tageszeitung" kaum noch beherrschen. Denn auch Alternative wollen wiedervereinigt werden und nicht immer nur zusehen müssen, wie es die Erwachsenen tun.

Der Fachmann für nationale Pubertätsprobleme, den die ,,taz" als ,,Publizisten vieler Bücher über Ökologie und Selbsthilfebewegung" am 13. Dezember ankündigt, ist der Alternativökonom und ,,Netzwerk"-Gründer Joseph Huber. Tatsächlich ist Huber, der schon vor Jahren über die Endlösung als Alternative zur Sozialhilfe rein sachlich sich verbreitete, wie kaum ein anderer dazu geeignet, den Oswald Kolle der linksdeutschen Enthemmung zu geben und über Alternativen zum lustfeindlichen ,,Systemfetischismus" zu spekulieren. Wie sollte auch, wer jahrelang über die 1937 Stellungen der ,,Selbsthilfe" promovierte, den Deutschen in der Stunde ihrer Vereinigungsnot nicht beistehen?

Vor allem die Linken, meint Huber, hätten es schwer, und da er nicht wissen will, was Herbert Hupka empfiehlt, rät er zu seinem speziellen Omnipotenzmittel: ,,Anders als in der sozialen Frage", so die Diagnose, ,,hat sich die Linke in Deutschland mit der nationalen Frage immer schwer getan. Mit dem Nationalgefühl als einem Bindemittel moderner Gesellschaften können viele Sozialdemokraten und die meisten Grünen so wenig umgehen wie Puritaner mit dem Sex. Wer aber Gefühle der Zusammengehörigkeit aufgrund nationaler und kultureller Identität unterdrückt, ist entweder ein Technokrat auf dem Weg zum Roboterstaat oder ein Ideokrat auf dem Weg zur Diktatur seiner Doktrin."

So leicht hat es sich die Linke mit der im Jargon von Caritasdirektoren ,,sozialen Frage" getauften Ausbeutung gemacht, daß es ihr nun schwer fällt, den Nationalismus als das Gleitmittel des Kapitals zu kritisieren, das dabei behilflich ist, so der Systemfetischist Niklas Luhmann, die Gesellschaft zu ,,interpretieren". Und weil die verklemmten Linken zum Vaterland sich verhielten wie die Moralapostel zum GV, darum wird zur Initiation der Gang ins Nationalbordell angeraten. Zur deutschnationalen Ehrlichkeit eines Hupka freilich — und das macht die besondere Perfidie der alternativen Elite aus — ist Huber konstitutionell unfähig. Sein Vorschlag, das ,,Nationalgefühl als Bindemittel" zu benutzen, ist das Produkt jener Feinfühligkeit aus strategischem Kalkül, die unterm Etikett der ,,Politik in erster Person" in Selbsterfahrungsgruppen und ichzentrierten Interaktionsgemeinschaften eingedrillt wurde, das Fabrikationsrezept, das das morsche Vaterland als letzten Schrei nach ,,nationaler Identität" unter die Leute brachte.

Aus Hubers launigem Tip, mit dem nationalen Trieb ganz einfach ,,umzugehen", spricht exakt die menschenfreundlich geschminkte Gemeinheit, mit der schon den Selbstmordkandidaten in maostalinistischen Gruppen geraten wurde, die Widersprüche ,,auszuhalten". In den rezeptfreien Sprechblasen des Psychoslangs steckt eine abgründige Gleichgültigkeit, die, während sie Anteilnahme mimt, auf nichts anderes als ihren Vorteil sinnt. Erst das Interesse, den authentischen Nationalwahn der Leute politisch zu nutzen und zu mehren, macht ihn zur Methode und damit so recht bös und gefährlich. Es ist wie mit dem ,,Sex", mit dem ,,umgegangen" werden soll: die Liebe, die ihr Objekt nicht direkt ansteuern darf, ohne zuvor vom auf Soll und Haben bedachten inneren Staatshaushalt den Passierschein ausgestellt zu bekommen, verdirbt darüber und wird gemein. Was in der bürgerlichen Familie die Gemeinheit der Triebe bewirkt, ihre Instrumentalisierung in der vertraglich festgelegten gegenseitigen Nutzung der Geschlechtsorgane, das besorgt die Hubersche Wohngemeinschaft, indem sie den Eros als allzeit parates Hausmittel zur Selbstmedikation auf Flaschen zieht und als Therapeutikum verhökert.

Freilich verrät Hubers ausgebuffter Seelentrost, die ,,Zusammengehörigkeitsgefühle" endlich einmal zuzulassen, wenig mehr, als von der heimlichen Leidenschaft der Alternativen fürs ganzheitlich Organische lange bekannt war. Schon geraume Zeit konnte sie es kaum noch mit der puritanischen Maxime aushalten, immer nur an das Eine zu denken, aber nie davon zu reden. Das Bedürfnis zum Bekenntnis sublimierte sich zur augenzwinkernden Geheimsprache, und so wußten die Eingeweihten, lange bevor sie als Echo der ,,Deutschland! Deutschland!!"-Parolen aus Leipzig angesprochen sich fühlen durften, was es mit dem Gerede von ,,natürlichen Kreisläufen" zun ,,sanften Wegen" auf sich hatte und was mit dem Greuelmärchen von der bösen Bombe und dem beschaulichen Biotop eigentlich gemeint war. Nichts brachte sie daher zu Zeiten von ÖkoPax mehr in Rage, als wenn sie es auf den Kopf zugesagt bekamen. Als es noch nicht zu spät war, fühlten sich die Alternativen von der Kritik in ihren ,,konkreten Utopien" und aufrichtigen Absichten gröblich verkannt, und es genügt, Reaktionen auf Wolfgang Pohrts 1980 unter dem Titel ,,Das braune Grün der Alternativen" erschienene Würdigung des damaligen Schaffens Joseph Hubers zu studieren, um sich einen ungefähren Eindruck dieser schon historischen Epoche zu verschaffen.

Die schlußendliche Lockerung des Joseph Huber, der ,,es" nun endlich ,,zulassen" kann, war schon der Inhalt seiner früheren Verkrampftheit. Indem die Alternativen die Behauptung wahrmachen, nichts anderes sei die Protestbewegung gewesen als ein einigermaßen exaltierter Generationenkonflikt, wenden sie sich vom sozialistischen ,,Systemfetischismus" ab und der Genealogie zu, die sie mit dem Ursprung der Gemeinschaft verbindet. Die Psychokraten der Identität, denen es viel zu lange ,,verkopft", ,,abgehoben" und ,,abstrakt" herging, entpuppen sich als Pornokraten der Nation. *

KLAUS SEGBERS

Vorspiel zum Ende der Sowjetgeschichte

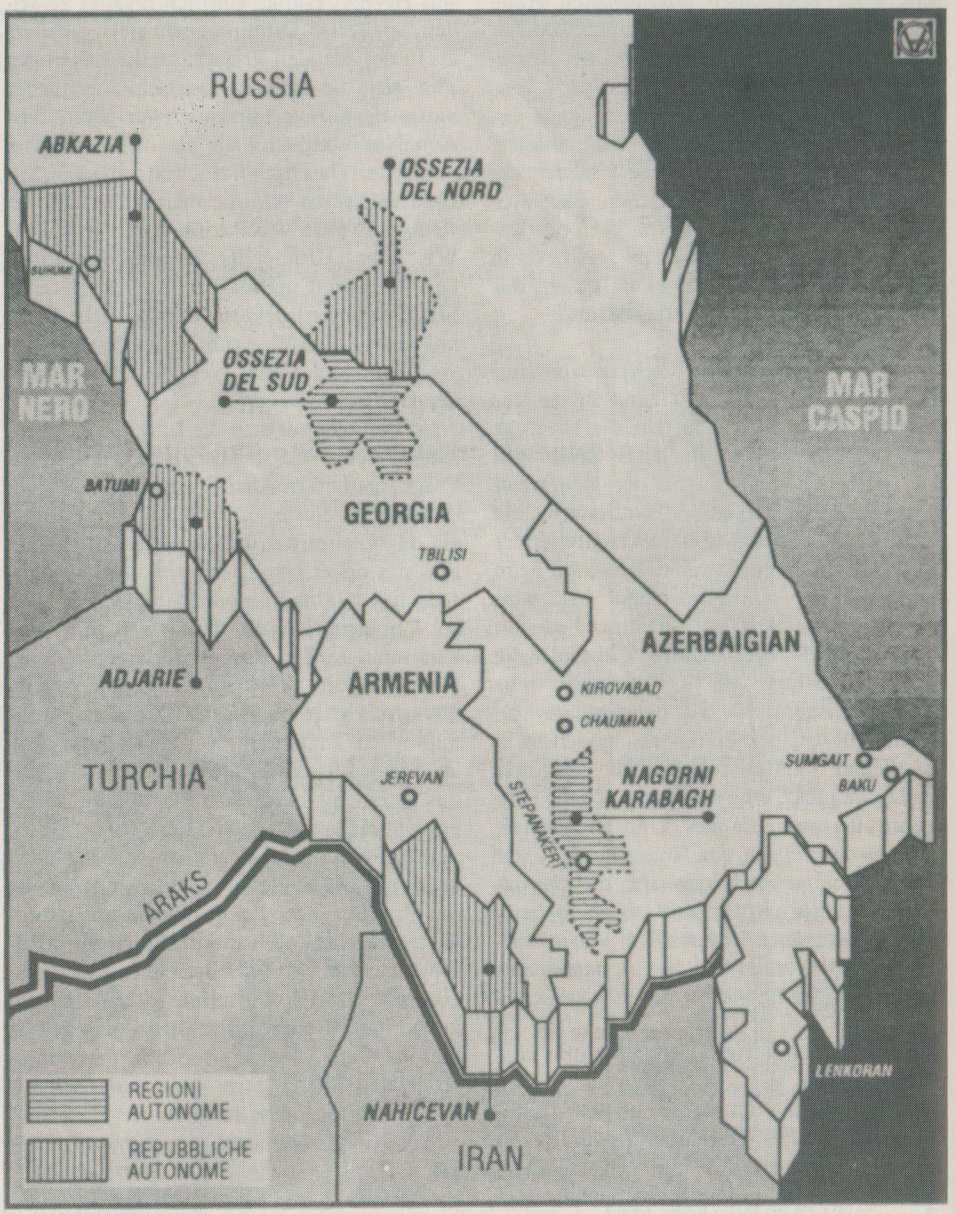
Die Perestroijka als kontrollierter Umbau des sowjetischen Modells im Rahmen des „Sozialismus" steht vor dem Scheitern: die ökonomischen, sozialen und nationalen Konflikte, die sich durch das Versagen des alten Modells und durch die Reformeingriffe aufgestaut und radikalisiert haben, sind in ihrem Kern vorerst politisch nicht lösbar.

Das Spiel des Michail Gorbatschow und der Reformzentristen, die Entwicklungsdefekte von siebzig Jahren Selbstbehauptung und Selbstzerstörung durch kontrollierte Veränderungen und Anpassungen an Weltmarkt und „Weltzivilisation" friedlich zu überwinden, ist trotz vieler Etappengewinne und enormer Veränderungen in kurzer Zeit zunächst verloren. Das unkalkulierbare und gefährliche Spiel um die Zukunft der ethnischen und sozialen Gruppen des Riesenreiches aber hat erst begonnen.

Die Nationalitätenpolitik ist dem Moskauer Zentrum weitgehend entglitten. Hier bahnt sich tatäschlich der „Domino-Effekt" an, den ZK-Sekretär Aleksandr Jakovlev befürchtet. Die Reformzentristen stehen in der Mitte des russischen Reiches und drehen sich auf dem Absatz immer schneller herum, um die jeweils neuesten (hier sei das Wort gestattet) Tatarenmeldungen entgegenzunehmen und um darauf irgendwie zur reagieren. Allein mit dieser Aufgabe wären sie eigentlich schon ausreichend beschäftigt.

Es geht derzeit tatäschlich nicht mehr darum eine neue, reformierte Union mit weitgehenden Selbstbestimmungsrechten der einzelnen Republiken zu schaffen. Die Zeit ist abgelaufen. Es geht jetzt darum, den Zerfall des Empires möglichst schmerzfrei und mit möglichst wenig Toten zu steuern. Wenn dies gelänge, so wäre es eine phantastische Leistung (und nicht etwa ein Versagen) der Perestroijka-Führung. Aber es wird nicht gelingen. Die Bürgerkriege sind schon heiß, die Toten zählen nach Hunderten.

Dennoch ist die Leistung von Gorbatschow in Litauen anzuerkennen. Er hat zu seiner Überzeugung (keine Abspaltung) gestanden, gleichzeitig einen Rechtsmechanismus für Separationen angekündigt, und er hat sich litauischen Nationalisten gestellt. Doch wichtiger noch: er hat der ganzen Union fernsehweit gezeigt, daß nichts mehr zu machen ist — die Litauer raus wollen, und zwar bald. Die einzige Maßnahme dagegen wäre ein Truppeneinsatz, den es jedoch nicht geben wird. Er würde den Prozeß allenfalls verzögern, er würde die innere Konfusion der Streitkräfte offenbaren, er würde einen Bürgerkrieg provozieren, und er wür-



Aus: il manifesto

de das internationale Renommee der Perestroijka zunächst ruinieren. Hinzu kommt: erst müßten mal die Truppen gefunden und ausgebildet werden, die nicht schon anderweitig (im Süden) gebunden oder zu unzuverlässig wären. Die Mobilisierung für den aktuellen Truppenbedarf im Kaukasus stieß bereits auf Schwierigkeiten — die Bevölkerung befürchtet ein zweites Afghanistan, diesmal für einen Konflikt, der — noch — eine überwiegend innersowjetische Angelegenheit ist.

Bürgerkrieg im Transkaukasus

Das Baltikum ist eigentlich noch ein überschaubarer Fall. Dort gibt es bisher keinen Bürgerkrieg, und er muß auch beim allmählichen Rückzug der drei Republiken aus der Union nicht ausbrechen (er kann es aber — wegen der verständlichen, doch ungeschickten Minderheitenpolitik der drei Titularethnien). Die Transkaukasusregion dagegen ist nicht mehr zu steuern. Vielleicht läßt sie sich militärisch nach der Besetzung noch stillstellen (mit Sondertruppen des Innenministeriums, die bereits in insgesamt fünf Republiken stehen, und mit regulären Truppen). Befrieden läßt sie sich vorerst nicht. Hier müssen Bevölkerungsgruppen auseinandersortiert und umgesiedelt werden, sofern die jeweiligen Minderheiten nicht schon geflohen oder massakriert worden sind. Armenien und Aserbajdschan stehen nun (Mitte Januar) in einem offenen Bürgerkrieg, der von beiden Seiten mit irregulären, aber teilweise gut ausgebildeten und bewaffneten Verbänden organisiert geführt wird, denen oft hilflose und selbst zum Haßobjekt gewordenen zentrale sowjetische (slawische) Truppen gegenüberstehen. Gnade Gott, wenn es hier auch noch nach Nationalitäten getrennte Einheiten der regulären sowjetischen Streitkräfte gäbe.

Zum Verständnis des Konfliktverlaufs ist es wichtig, die Widersprüche der Oberfläche zu erkennen. Die *aserbajdschanisch-armenische Dimension* des Krieges hat auch religiöse Aspekte — der alte und potentiell immer heftige christlich-moslemische Gegensatz bietet sich beiden Seiten geradezu als identitätsstiftend an. Doch gibt es andere Konfliktlinien: soziale (Armenier sind oft besser ausgebildet und häufiger in Unionsorganen vertreten), ökonomische (Aserbajdschan ist ökonomisch stärker und auch für die Union wichtiger — Ölausrüstungen), territoriale (um das Gebiet Nargornyj Karabach), historische. Die Aseris, vor allem in der Enklave Nachitschewan im Süden Armeniens, sehen sich wieder als Teil eines Großaserbajdschans, das größere, ethnisch relativ homogene Gebiete auch im Norden Irans hätte. Die armenische Diaspora dagegen, finanziell ein wichtiger Faktor für das arme Sowjetarmenien, ist über alle Welt verstreut.

Beide Seiten, Armenier und Aseris, fühlen sich von der Moskauer Zentrale unverstanden und benachteiligt, was das rasche Anwachsen der jeweiligen Volksfronten sowie deren Radikalisierung erleichtert hat. Hier hat die Vertagungs„strategie" und Hilflosigkeit der Reformzentristen einen gewichtigen, wenn auch wegen der Komplexität der Problematik verständlichen Beitrag geliefert. Diese Konstellation — *Region vs. Zentrale* — ist eine zweite Dimension, die der ersten teilweise übergelagert ist, und die diesen Konflikt anderen in weiteren Republiken und Landesteilen parallelisiert.

Die dritte Dimension ist die *jeweils innere*. Die nationalen und sozialen Interessen von Aseris und Armeniern sind keineswegs einheitlich, und sie äußern sich auch nicht homogen. Ähnlich wie im Baltikum und in Rußland gibt es gemäßigte Kräfte, die eher auf politische Anstrengungen in vorhandenen oder neuen Institutionen setzen: entschiedenere Reformer, die eigene Institutionen schaffen und sie an den bestehenden Strukturen vorbeizusteuern suchen; und Radikale, die Regelungsmechanismen ignorieren und auf die Macht von Bomben, Gewehren und Raketen setzen. Im Verlauf der Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den Republiken (und zum Teil gefördert durch das Beispiel des Konflikts zwischen Georgiern und Abchasen im Sommer 1989 sowie durch ausländischen geistigen und materiellen „Beistand") haben sich die beiden Lager radikalisiert; die Kräfteverhältnisse innerhalb der Volksfronten bzw. Komitees haben sich zugunsten fanatischer und militärisch sowie chiliastisch denkender Gruppierungen verschoben, was wiederum auch auf die offiziellen Strukturen in den Partei- und Staatsgremien auf Republikebene Radikalisierungsprozesse erzwungen hat. Beide Entwicklungen haben einen rationalpolitischen Ausgleich auf den Ebenen Republik/Republik und Republik/Zentrum immer unwahrscheinlicher gemacht.

Wenn derzeit im Transkaukasus geschossen und massakriert, verflucht und getrauert wird, dann sind alle drei Gegensatzbündel im Spiel: Armenier vs. Aseris, Armenier und Aseris vs. Unionszentrale, gemäßigte vs. radikale Strömungen in allen Konfliktgruppen.

Moskauer Reaktionen

Von den drei aus Moskauer Sicht theoretisch denkbaren politischen Reaktionen — Fahrenlassen der beiden Republiken mit nachfolgender „Libanonisierung"; Unterwerfung einer der beiden Seiten unter den Willen der anderen; und militärische Zernierung als Kurzzeitstrategie mit nachfolgenden, wahrscheinlich aber erfolglosen Verhandlungen, d.h. dann dauerhafte Truppenstationierung und „Koreanisierung" der Grenzen, ist derzeit nur die dritte gangbar. Die Varianten eins und zwei würden ohnehin wohl in der dritten münden. Die wird ja derzeit umgesetzt, genauer: Moskau versucht, sie umzusetzen. Dabei muß die Führung darauf achten, daß diese „Regelung"

FRAUENBEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA

Ana María Portugal
Was heißt „Feministin sein" in Lateinamerika? (Peru)

Cynthia Sarti
Von den Schwierigkeiten der Einheit (Brasilien)

Susanne Schultz
„Kinder haben oder keine, entscheiden wir alleine!" (Brasilien)

Isabel Cárcamo Poblete
Die Demokratie trägt einen weiblichen Namen (Chile)

Petra Rohde
Mühsame Schritte gegen reaktionäre Moral (Argentinien)

Marcia Roeder
Warmikuna Rimanchis – Wir Frauen sprechen (Peru)

Bettina Reis
Gewalt ist der Alltag

Frauenarbeit muß feministisch sein
Gespräch mit Corina Molina von CONAMUS (El Salvador)

Adele Schmidt
La Mujer está presente (Mexiko)

„Wir brauchen eine sexuelle Alphabetisierung"
Gespräch mit Sofía Montenegro über Sexualität und Feminismus (Nicaragua)

„Wir haben uns schon befreit"
Interview mit der lesbischen Sandinistin Rita Arauz (Nicaragua)

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika
erscheint 10x im Jahr, DM 4

ila
Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

eines „inneren" zwischennationalen Konflikts nicht in einen „äußeren" internationalen Konflikt hineinwächst, und daß sie so agiert, daß von den Aktionen der Radikalen beider Seiten keine Modellausstrahlung auf andere Konfliktregionen ausgeht. Wenn eins von beidem oder gar beides geschähe, wäre nicht nur das Ende der Reformpolitik, sondern auch des Sowjetstaates nahe.

Beide Gefahren scheinen gegeben zu ein. Aus dem Iran und der Türkei beziehen die moslemischen Freischärler offensichtlich Waffen. Die Autonome Republik Nachitschewan hat ihre Unabhängigkeit erklärt und den Iran um Hilfe gebeten. Mitte Januar warnte die iranische Regierung Moskau, ein gewaltsames Vorgehen gegen Moslems wie bei der Einnahme Bakus durch sowjetische Truppen könne zu schwerwiegenden Folgen führen. In Papieren von Vertretern der aserbajdschanischen Volksfront ist vom Zihad, vom heiligen Krieg die Rede. Wenn eine solche Stimmung tatsächlich größere Gruppen der 70 Millionen Moslems in Sowjetmittelasien erfassen würde, kann kein Militäreinsatz das Feuer mehr löschen. Und auch ein Überspringen der Konfliktstrategie auf andere Regionen, etwa auf die Moldaurepublik, ist keineswegs auszuschließen.

Die Sowjetunion zerfällt

Die Sowjetunion zerfällt aus innerer Schwäche von außen nach innen. Vom Weltmachtstatus zu sprechen macht angesichts des rational-passiven Verhaltens gegenüber den ostmitteleuropäischen Entwicklungen keinen Sinn mehr. Die „sozialistische Gemeinschaft" ist verschwunden. In den Staaten, die traditionell hierher verbucht wurden, kann vom Sozialismus kaum noch die Rede sein, und zwischen ihnen herrscht keine Gemeinschaft mehr. Und nun zerbröselt auch die UdSSR selbst von den Rändern her. Wie schwach und stark zugleich muß die reformzentristische Führung des Landes sein — oder zu sein glauben —, daß sie eine solche dramatische Entwicklung, die bei anderen fallenden Reichen

Die sowjetische Führung täte nun gut daran, sich darauf einzustellen, daß sie in den neunziger Jahren folgende Republiken fast sicher „verliert": Litauen, Lettland, Estland, die Moldau; wahrscheinlich auch Georgien und Aserbajdschan sowie dann, aus geopolitischen Zwängen, wohl auch Armenien (das selbst kein Interesse an einer Unabhängigkeit hat). Dabei drohen mit dem Iran (wegen der Aseri) und mit der Türkei (wegen Armenien) internationale Verwicklungen. Wenn die Ukraine nicht religiös gespalten wäre, wäre sie ebenfalls Anwärter auf eine Sezession. Doch wird man hier nichts voraussagen wollen. Wenn auch die Ukraine (oder Teile von ihr) sich abspaltet, dann ist auch die Sicherheit der polnischen Ostgrenze nicht mehr selbstverständlich.

Heftige Konflikte mit den dort ansässigen Russen wird es geben, wenn die Deutschen an der Wolga (in den Gebieten Saratow und Wolgograd) ihre autonome Republik wiederbekommen. Und wenn die Tataren wieder auf die Krim zurücksiedeln sollten. Aber Krach mit den Russen gibt es ohnehin. Sie fühlen sich nun, nicht ganz zu unrecht, beleidigt, wenn jede Randprovinz sich ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit zu rücken weiß, die russischen Kernländer aber weiter verkümmern. Hier ist der fruchtbare Nährboden für einen neuen großrussischen patriotischen Nationalismus. Die entsprechenden Interessenverbände und neue russische Institutionen bilden sich bereits heraus (s. „Sovieticus").

Jahrzehnte benötigte, geduldig, mit Verweis auf historische Notwendigkeiten und internationale Gepflogenheiten, hinnimmt? Daß die Reformzentristen all dies bislang überlebt haben, ist bemerkenswert; und es verweist auf die Tiefe der Ausgangskrise und die Alternativlosigkeit des eingeleiteten Systemwandels.

Die Ursachen der Perstroijka wirken weiter

Doch ist die Perestroijka, wie sie sich 1985-1989 entwickelt hat, nun an eine Schwelle geraten, die sie so nicht wird überwinden können. Nicht das Ausfeilen, Anpassen und Umsetzen von Reformstrategien in allen Politikfeldern steht in diesem Winter auf der Tagesordnung, sondern das Über-die-Runden-kommen, das Überleben. Die ärgsten Wirtschafts- und Versorgungsengpässe müssen *irgendwie* entschärft werden — dafür sind die schon beschlossenen Wirtschaftsreformen teilweise storniert worden. Die akuten und drohenden zwischennationalen Bürgerkriege müssen *irgendwie* eingedämmt weden — dazu werden politische Reformen teilweise ausgesetzt. Die gesellschaftliche Enttäuschung und Ratlosigkeit muß *irgendwie* aufgefangen und möglichst von den Reformzentristen abgelenkt werden — da kommen die Extraterrestrischen und Wunderheiler, Genossenschaftler und Krisengewinnler und für manche auch prominente Juden und „Freimaurer" gerade recht.

Nur wenn diese akuten Krisen in den nächsten Wochen und Monaten *einigermaßen* überstanden werden (was man bezweifeln darf), gibt es ab Mitte der neunziger Jahre wieder die Chance, den Reformfaden aufzunehmen und weiterzuspinnen — die Chance für eine verschlankte, homogene Union, vielleicht im Freihandelsverband mit einem Teil ihrer früheren, nun selbständigen (und hoffentlich nicht nur in eigene Krisen verstrickten) Republiken. Denn die Ursachen der Perestroijka I wirken unverändert weiter. Sie gilt es dann neu zu bündeln und in die richtige Richtung zu lenken. Perestroijka II wird kommen, weil Wandlungsprozesse einer solchen Dimension nicht im Galopp zu erledigen sind. Sie muß kommen, weil der Veränderungsdruck anhalten wird. Sie kann umso eher kommen, wenn die Erschütterungen und Dramen, die dieses Jahr bestimmen werden, das Land und seine Teile nicht materiell und menschlich ruinieren werden. *

Anzeige

MALTA **NEUES REISEN**

Wanderreise:

Feminine Frühzeitkultur und Johanniter-Ritterstaat

Termin
03.03.-10.03.90 (Sa-Sa, 08 Tage)

Kosten
DM 1380,- ab München
DM 1490,- ab Frankfurt
Preisgünstige Anschlußflüge von allen deutschen Flughäfen. Preise und Hinweise siehe

Leistungen
Linienflug mit Lufthansa oder Air Malta ab München oder Frankfurt. Übernachtung und Halbpension in gutem Hotel (Doppelzimmer mit Dusche und WC). Eintrittsgelder, alle Ausflüge, Transfers. Qualifizierte Reiseleitung.

Teilnehmerzahl: min. 12, max. 20

Reiseleitung

Dr. Gerhard Armanski
Fichardstr. 18
6000 Frankfurt 1
Tel.: (069) 597 29 96

AMOS WOLLIN

Frieden jetzt — auch die Europäer sind gefordert

Zum Beginn des neuen Jahres und des dritten Jahres der Intifada versammelten sich israelische Juden und Araber, Palästinenser aus den besetzten Gebieten und auch einige Europäer, um rings um die Stadtmauern Altjerusalems eine Menschenkette des Friedens zu bilden. Diese symbolische Geste von 25.000 auf hebräisch, arabisch und englisch ,,Nieder mit der Besetzung'' und ,,Wir wollen Frieden'' skandierenden Demonstranten wirkte auf die Regierung Shamir wie ein Schock. Mitglieder des rechten Flügels des Likud-Blocks versuchten — erfolglos —, diese Demonstration mit legalen Mitteln zu verhindern. Die Ordnungshüter reagierten sich dann an den Demonstranten ab.

Dennoch war die Aktion ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer israelisch-palästinensisch-europäischen Aktionsgemeinschaft für Verhandlungen, die die Voraussetzung für eine baldige Friedenslösung darstellen.

Jerusalem. Symbol für Hoffnung und Frieden?

Mit großem Aufgebot versuchte die Ordnungsmacht die Kette durch Einsatz von Tränengas, Wasserwerfer, Knüppel und Gummigeschossen zu sprengen. Die gewaltsamen Aktionen wurden auf einen 500 Meter langen Abschnitt der mehr als vier Kilometer langen Menschenkette gebündelt. 60 Personen, die meisten von ihnen Palästinenser, wurden verletzt. Israelische und ausländische Presseleute, die Zeugen der zum Teil von berittener Polizei geführten Attacken wurden, protestierten heftig und photographierten oder filmten das brutale und willkürliche Vorgehen gegen die friedlichen Demonstranten. Oppositionelle Knesset-Mitglieder forderten eine objektive gerichtliche Ermittlung über das Verhalten der Polizei. Die israelische ,,Frieden jetzt''-Bewegung, die auf lokaler Ebene die Vorbereitungen für die Demonstration übernommen hatte, erhob den Vorwurf, die Gewaltanwendung sei von führenden Mitgliedern der Regierung selbst geplant und in direkter Regie durchgeführt worden. Amiram Goldblum, ein hochrangiger Polizeioffizier, soll Leute von ,,Frieden jetzt'' im voraus gewarnt haben: ,,Sie können sicher sein, daß die Sache nicht friedlich abgehen wird''; es gäbe, fügte er hinzu, ummißverständliche Hinweise dafür, daß die Regierung entschlossen sei, den Beweis für die Unmöglichkeit einer gemeinsamen Demonstration von Palästinensern und Israelis in Jerusalem zu erbringen.

,,Eine Zeit für den Frieden''

Der Anstoß zu einer gewaltlosen Initiative der Europäischen Friedensbewegung zur Förderung des Friedens in Nahost war von dem 8. END-Treffen (European Nuclear Disarmament) ausgegangen. Die Initiative ,,1990, eine Zeit für Frieden'' sollte mit einem bedeutungsvollen Ereignis in Jerusalem, das international als ein Symbol für Hoffnung und Frieden betrachtet wird, ein Fanal für das anbrechende Jahrzehnt setzen. Mit einer europäischen Initiative sollte der Kampf der Palästinenser für ihre Rechte und die in Israel für Frieden und Realismus eintretenden Kräfte unterstützt und der Forderung nach einer Verhandlungslösung, der Respektierung von Menschen- und Bürgerrechten sowie einen Staat für jedes der beiden Völker Nachdruck verliehen werden. Europäische Friedensbewegungen waren um Unterstützung gebeten worden.

KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!

medico international will die Kampagne »Shell betankt die Apartheid« wirkungsvoll fortsetzen: in allen deutschen Landen und europaweit. Zusammen mit allen, die schon beteiligt sind, und den Jugendverbänden, Gewerkschaften, Vereinen & Gruppen, die wir hiermit zum großen Mitmachen auffordern.

Die Sticker gibts für schlichte 1 DM pro Stück, bei Orders ab 50 Expl. für 0.50 DM pro Stück. (Ø 10 cm)

(Bei medico zusätzlich kostenloses Material über die Apartheid in Südafrika)

Bestellungen:

medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/4990041/2

aej
Porschestraße 3
7000 Stuttgart 40

BDKJ
Postfach 32 05 20
4000 Düsseldorf 30

(Zur Weiterverbreitung dieses Aufrufes bitten wir um Spenden unter dem Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1800 Frankf. Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln)

Das Jerusalemer „1990, eine Zeit für Frieden"-Programm hat sich als eine erste erfolgreiche Kooperation zwischen der europäischen Friedensbewegung, dem Koordinationskomitee der Nichtregierungs-Organisationen für die Palästinenserfrage, den auf eine friedliche Lösung setzenden Palästinensern und den insgesamt 30 israelischen Friedensorganisationen bewährt.

Die Menschenkette ist die erste Demonstration, an der sich Israelis und Palästinenser in großer Zahl beteiligt haben. Der europäische „Katalysator" ist ohne Zweifel von großer Bedeutung für das Zustandekommen einer breiten Basis gewesen. Die Tatsache, daß einerseits „Frieden jetzt", die zahlenmäßig stärkste Organisation der israelischen Friedensbewegung, die sich aus dem sozialen Establishment (oder dessen näherem Umfeld) rekrutiert, bereit war, als Förderer und Mitorganisator aufzutreten und sich andererseits mehrere palästinensische Gruppen des öffentlichen Lebens (wie die Gemeinderäte, die Gewerkschaften, der Rat für Hochschulausbildung und das palästinensische Frauenkomitee) der Initiative angeschlossen haben, muß als wichtiger Fortschritt bei dem Versuch betrachtet werden, eine israelisch-palästinensische Aktionsgemeinschaft aufzubauen, die die israelische Regierung unter Verhandlungsdruck zu setzen vermag, was wiederum auch den internationalen Forderungen nach Verhandlungen und einer baldigen Friedensregelung mit der PLO größeres Gewicht verleihen wird.

Daß die internationale „Frieden jetzt"-Kundgebung dem Kampf für baldige Verhandlungen und eine politische Lösung neuen Auftrieb gegeben hat, konnte man bereits klar an den Aktivitäten beim Frauentag sehen, der einen Tag vor der Kundgebung in Jerusalem stattfand. Israelische Frauen, die bei den Aktivitäten der Friedensbewegung besonders konsequent sind (so etwa die „Frauen in Schwarz", die jede Woche in den Hauptzentren und an den wichtigen Verkehrsknotenpunkten demonstrieren) veranstalteten gemeinsam mit palästinensischen und europäischen Frauen einen großen Aufmarsch von West- nach Ostjerusalem.

Formierung eines neuen Bündnisses

Zum erstenmal war auch die „Naamat" (die Frauenorganisation der Gewerkschaft) vertreten; ihre Generalsekretärin Masha Lubelsky, Mitglied der Arbeiterpartei (die sich meist davor hütet, mit dem Protest gegen die Besetzung identifiziert zu werden), erklärte, sie sei gekommen, weil sie glaube, Frauen sollten helfen, den Friedensprozeß in Gang zu bringen. Frau Lubelsky stellte fest, daß Israel „nicht länger von besonders großem Interesse für andere Länder ist; zuweilen haben wir Unbehagen bemerken können. Die Ereignisse in der Welt haben die Möglichkeit, daß andere Länder willens sind, Einfluß auf den Friedensprozeß zu nehmen, in weite Ferne rücken lassen. So sind wir auf uns selber zurückgeworfen, und wir müssen jetzt unsere Stärke zeigen, indem wir die Initiative zu einer Friedenskonferenz ergreifen." Solche realistischen Worte aus dem Mund einer offiziellen Vertreterin der Arbeiterpartei und der Gewerkschaft, dieser Aufruf zur Formierung eines neuen Bündnisses: für Friedensverhandlungen eintretende israelische, palästinensische und europäische Frauen, stellen ein absolutes Novum dar.

Viele israelische Frauen der Friedens- und Protestbewegung sehen die Wurzeln ihrer Solidarität mit dem Befreiungskampf der Palästinenser in ihrem eigenen Kampf für Selbstbefreiung in einer von macho-militärischen Werten durchprägten Gesellschaft. Viele stimmen mit Nabila Espanioli, einer arabischen Psychologin aus Haifa überein, die sagte, daß der „Macho" in Israel zum männlichen Leitbild überhaupt geworden sei. Die Korrelativität zwischen Gewalt gegen Palästinenser und gegen Frauen wurde auf dem Frauentag ebenfalls von Dalia Zaks, Dozentin an der Universität von Haifa, zur Sprache gebracht.

Internationale Beteiligung

Alle waren sich einig, daß die „Menschenkette und der Frauenmarsch durch das faktisch geteilte Jerusalem die bislang beeindruckendste Friedensdemonstration gewesen sei, die je von Israelis und Palästinensern gemeinsam abgehalten wurde. Einen Anteil am Erfolg dieser bisher in einem solchen Umfang nie dagewesenen Kooperation haben zweifelsohne auch die internationalen Friedensaktivisten, allen voran die italienischen, aber auch Gruppen aus anderen europäischen Ländern sowie einige wenige Teilnehmer aus den USA. Zusammen mit 27 linksgerichteten Europaparlamentariern bildeten sie gleichsam das „Ferment", das die Kundgebung zu einem Ereignis von internationalen Dimensionen ausgären ließ. Man wird nunmehr hoffen können, daß die Zusammenarbeit von Palästinensern und Israelis für eine Friedensregelung enger und geregelter verlaufen kann.

Intensivere und extensivere internationale Beteiligung, vor allem seitens der Europäer, wird dazu beitragen, einen Wandel der offiziellen israelischen Neinsage-Politik zu Verhandlungen mit der PLO, zur Räumung der besetzten Gebiete und zur Bildung eines palästinensischen Staates herbeizuführen. Viel bleibt „vor Ort" und international noch zu tun, damit die israelische öffentliche Meinung und die Regierung in Jerusalem einsehen, daß ein echter Frieden mit dem palästinensischen Nachbarn und der arabischen Welt als Voraussetzung für die Integration Israels in diesen geopolitischen Raum im ureigensten israelischen Interesse liegt. *

(Aus dem Englischen übersetzt von Robert Detobel).

SAMUEL SCHÖRL

Panama: Krieg nach dem Kalten Krieg

40 Jahre kalter Krieg sind eine beträchtliche Altlast. Panama, 1903 von Kolumbien unabhängig geworden, um den USA das Baugelände für den Kanal und einen willfährigen Staat auf beiden Seiten der Kanalzone zu sichern, mußte als erster Schauplatz zur Einübung des Krieges nach dem kalten Krieg herhalten.

Die Überfälle der Reagan-Regierung auf Libyen und Grenada waren präzis ablaufende, medienwirksame Aktionen. Militärisch war in Libyen der Gegner kalkulierbar, in Grenada eine vernachlässigbare Größe. Ziel dieser Aktionen war, das ,,Vietnamsyndrom'', also die Interventionsverdrossenheit der US-Bevölkerung zu überwinden. Panama war bereits ein Ernstfall. Die US-Streikräfte waren real bedroht, — nicht von Panama, sondern vom Kollaps des Feindes im Osten. Eine Steigerung des Rüstungshaushaltes ist nun nicht mehr ohne weiteres durchsetzbar. Das Pentagon entläßt bereits. Bei nach wie vor steigenden Beschaffungskosten rechnet es damit, zukünftig mit lumpigen 300 Milliarden Dollar pro Haushaltsjahr auskommen zu müssen. Ganzen Waffengattungen wie z.B. den schweren Panzern droht der Schrottplatz. Der militärisch-industrielle Komplex setzt nun auf leichte, schnelle und intelligente Waffen, aus für Radargeräte unsichtbaren Materialien gebaut und mit Computern vollgestopft. Rüstungsproduzenten setzen auf Martin Marietta als dem Rüstungsproduzenten der Zukunft. Die bauten die Pershing. Den Feind für solche neue Waffen zu produzieren, bleibt Sache der Politik.

,,Theatre South''

Also inszenierte die Regierung Bush das Stück ,,Panama''. War bisher im militärischen Jargon mit ,,theater'' immer Europa gemeint (z.B. theater weapons, Waffen für den europäischen Kriegsschauplatz), so gibt es jetzt etwas wie ein ,,theater south''. Das Stück ,,Panama'' ist voller Intrigen wie eine Verdioper. Noriega, ex-CIA-Bösewicht, reißt die Macht an sich, läßt wählen, beide Seiten schummeln bei der Wahl. Noriega annulliert Wahlergebnisse, Panama erklärt den USA den Krieg. Die USA verzichten auf diesen traditionellen Gestus und fangen den Krieg einfach an. Beifall. Zwischenmusik: Rock, der dem Nuntius den Schlaf raubt. Ein paar Tausend Tote wegen ungenauer Bombardements, nun ja, Vorhang. Letzter Akt folgt in einem Gerichtssaal der USA. Was nicht im Textbuch steht: Noriegas gewählter und dann von den USA eingesetzter Nachfolger Guillermo Endara ist schlimmer als Noriega. Er hält Anteile an Scheinunternehmen des ehemaligen chilenischen Geheimdienstchefs Manuel Contreras.

Was bleibt dem kritischen Publikum zu tun? Der altvertraute Antiimperialismus greift hier nicht mehr. Wirtschaftliche Interessen werden nicht im Feuerschutz der Waffen durchgesetzt. Dazu gibt es längst feinere Instrumente. Die USA erobern auch keine Territorien. Ein Land wird in den Medien sturmreif gemacht und hat dann das Gelände für den Kurzkrieg zu stellen. Völkerrecht und nationale Souveränität werden systematisch und absichtlich vernachlässigt. Diplomatie ist eine Tugend der Vergangenheit. Das US-Außenministerium ist bald nur noch für's Zeremoniell und für konsularische Angelegenheiten zuständig. Die angekündigte, begonnene und dann abgeblasene Seeblockade Kolumbiens mag ein Hinweis

darauf sein, wie sich im Kompetenzgewirr von Pentagon, FBI, der Drogenbehörde DEA, weißem Haus und Außenministerium die Gewichte verschieben.

Die neue Kriegsführung ist von den US-Militärakademien vorgedacht worden. Der Feind im Osten wurde durch die Triade ,,Kommunismus-Terrorismus-Drogenhandel" ersetzt. Der Schwerpunkt verschiebt sich nun von ,,Kommunismus" auf ,,Drogenhandel". ,,Terrorismus" als Zwillingsbegriff zu ,,Kommunismus" wird umgedeutet und in größere Nähe zum Drogenhandel gerückt werden müssen. Mittels einer Kette aneinandergereihter Manöver haben die USA in den Drogen- und Aufstandsgebieten Boliviens und Perus bereits feste Militärbasen eingerichtet. In Peru decken sich die Kokaanbaugebiete mit den Aufstandsgebieten. Die ,,Operation snowcap" der DEA mußte 1989 vorübergehend eingestellt werden und konnte erst nach dem Bau eines befestigten Lagers in Santa Lucia wieder aufgenommen werden (Michael Klare, Fighting Drugs With the Military, in: The Nation, 1. Jan. 1990). Eine Weltmacht kämpft mit Flugzeugträgern gegen Fischerboote und mit AWACS gegen Sportflugzeuge, zerstört provisorische Landepisten und versprüht das in den USA verbotene Herbizide Spike auf Kokaplantagen. In Panama setzten die USA eines ihrer teuersten Stücke, den Stealth-Bomber (Tarnkappenbomber) ein, gewiß mit der Absicht, neue Haushaltsmittel für dieses Rüstungsprojekt zu bekommen.

Der sich aufdrängende Eindruck militärischer Inszenierungen mag sich als vorläufig erweisen, und der innenpolitische Zweck der Intervention mag nach und nach in den Hintergrund treten. In vielen lateinamerikanischen Ländern brechen regelmäßig Hungerrevolten aus. Die Plünderungen in Panama haben gezeigt, daß es keinen von der herrschenden Elite unabhängigen Staat gibt, der in Krisenzeiten die Armutsbevölkerung in Zaum hält. Im peruanischen Huallaga-Tal kann der Drogenanbau nur mit einer ,,Aufstandsbekämpfungskampagne in vollem Umfang wie in Südostasien" bekämpft werden (M. Klare) und der ,,leuchtende Pfad", der bereits große Teile des Hochlandes kontrolliert, kann zwar die Regierung in Lima nicht stützen, ist aber seinerseits militärisch nicht zu besiegen. Der Zerfall des Zentralstaats in Kolumbien kann die USA als Schutzmacht auf den Plan rufen. ,,Die Operation in Panama hat die Fähigkeit des Pentagon getestet, mit mobilen und leicht bewaffneten Truppen einem low intensity conflict gerecht zu werden", schreibt die Militärzeitschrift Jane's Defense Weekly (13. Jan. 1990). Wenn aber Panama ein Probelauf mit scharfer Munition war, dann wird sich beim Stück ,,Nicaragua" oder ,,Cuba" die Geschichte als Tragödie wiederholen. *

Mehr dazu im Sonderheft ,,Colonia Dignidad" der Lateinamerikanachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, 5,— DM plus 60 Pf Porto in Briefmarken beilegen. Dort S. 31 lesen! Dort steht mehr, als Welterstveröffentlichung.

MAX SPEICHER

Keine Träne für die DKP

Mindestens 500 hauptamtliche Funktionäre hatte die DKP, wenn man ihren eigenen Angaben folgt. Die Subsysteme, die schon allein aufgrund ihrer skandalösen ökonomischen Abhängigkeit keine andere Bezeichnung verdient haben, sind dabei nicht mitgerechnet, werden aber voraussichtlich ein noch schnelleres Ende finden; denn allein bei der DKP müssen 450 ,,Berufsrevolutionäre" entlassen werden, nachdem die SED (-PDS) den Geldhahn zugedreht hat. Schmerzhafte Prozesse für jene, die jahrelang Augen und Ohren vor den Fakten ökonomischer und ideologischer Abhängigkeit verschlossen haben und die warnenden Rufe gerade aus dem undogmatischen Spektrum im besten Falle überhörten und im schlechtesten Falle mit Intrigen und/oder ,,Sperrfeuer" beantworteten.

Die DKP war aufgrund ihrer eigenen ökonomischen Existenz schon immer ein Wurmfortsatz der SED. Für das ,,einfache Partei-Fußvolk" und die Sympathiesanten wurden Wallfahrten in den ,,Sozialismus auf deutschem Boden" organisiert, wo die Besucher mittels vollem Programm, ausgezeichnetem Essen, den besten Hotels und ansehlichen Taschengeldern meist mit Erfolg von der eigentlichen Realität des preußischen Stalinismus abgelenkt wurden.

Andererseits gab es immer eine ausgeprägte Bezugnahme auf die Sowjetunion, schon aufgrund der vorbehaltlosen Akzeptanz der ,,führenden Rolle der KPdSU": die ehrenamtlichen ,,Kader" und die ,,Kader" der ,,zweiten und dritten Garnitur" schickte man für einen Monat bis zu einem Jahr nach Berlin-Biesdorf, ,,besonders vielversprechende Genossen" verbrachten ein Jahr und länger in Parteischulen in der Sowjetunion. Ihre Beurteilungen entschieden über die Karrierechancen in der Partei. Schon der Verdacht ,,revisionistischer, trotzkistischer, titoistischer und/oder maoistischer Abweichungen" reichte aus, um hauptamtliche Sekretäre ,,freizusetzen", die aufgrund ihrer DKP-Tätigkeit nur geringe Aussichten besaßen, einen anderen Arbeitsplatz zu finden — Abhängigkeiten, die eine gute Grundlage für Selbstzensur, vorauseilenden Gehorsam und Selbstbezichtigungen bieten. Dazu entwickelte sich mit den Berufsverboten für DKP-Mitglieder eine Atmosphäre der Halblegalität, aus der die Gegner einer demokratischen Erneuerung die Legitimation für den Fortbestand eines neostalinistischen Parteiapparates beziehen konnten.

In diesem Klima blieb dem einzelnen ,,Parteisoldaten" nur die Hoffnung, auf die ,,Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" . Er träumte davon, ,,auf einer großen roten Lok' durch die große rote Sowjetunion" zu fahren und an der Kremlmauer von Genosse Lenin mit ,,Schulte-Rudi", das hast Du gut gemacht!" begrüßt zu werden.

Zunehmende Legitimationsprobleme

Das ,,Charisma des Neuen" (Fülbert), das nach der Gründung 1968 nicht nur alte stalinistische Kader, sondern auch Teile der Neuen Linken angezogen hatte, verlor die DKP nach 1974 zusehends. Berufsverbote

für kritische Intellektuelle in der Welt des ,,realen Sozialismus", die bornierten Reaktionen auf den Eurokommunismus, die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR etc. brachten die Demokratisierungsforderungen der DKP hier in einen zunehmenden Widerspruch zur neostalinistischen Realität ,,im Osten", zur eigenen innerparteilichen Struktur und Propaganda.

Die Ignoranz gegenüber Ökologieproblemen und gegenüber der Frauenbewegung und letztendlich die Gründung der ,,Grünen" verschärften die Legitimationskrise der DKP weiter. Indem sie sich innerhalb der 1980 bis '83 aufstrebenden Friedensbewegung als aktionistischer, finanzkräftiger und personalintensiver Apparat anbot, konnte sie sie nur vorübergehend übertünchen.

Seit 1980 haben bis zum Beginn des Reformprozesses in der DDR mindestens 10.000 Menschen die DKP verlassen (während die Austrittswelle seit ,,Abdrehen des Geldhahnes" durch die SED unüberschaubar ist).

Besonders einige Intellektuelle, die nicht in ökonomischer Abhängigkeit vom Parteiapparat standen, gingen mehr und mehr auf kritische Distanz zu Theorie und Praxis der DKP, eine Entwicklung die allmählich auch auf die ,,Bündnisorganisationen" wie MSB, SDAJ, VVN, DFU usw. übergriff. Die Zensur von DKP-Publikationen bzw. der DKP nahestehenden Publikationen, beantworteten kritische Intellektuelle 1984 mit der Gründung der ,,Düsseldorfer Debatte". — Später wurden die ,,Roten Blätter" (Organ des ,,Marxistischen Studentenbundes Spartakus") zum Ort des Versuchs der kritischen Auseinandersetzung mit dem ,,Realsozialismus".

Aber auch in der DKP selbst machten sich spätestens seit 1986 (zuerst zaghafte) Stimmen der Kritik bemerkbar. Der Hamburger Parteitag 1986 fand kurz nach dem GAU in Tschernobyl statt. Anlaß für den Gewerkschafter Andreas Müller-Goldenstedt (,,Mügo"), vorsichtige Kritik am Parteivorstand zu üben. Er brachte dadurch den Parteitag aus dem Konzept. ,,Mügo" ließ sich dennoch zu einem Unterwerfungs-Ritual nötigen, hatte aber den ,,Stein ins Rollen" gebracht. Fortan entwickelte sich von Hamburg, auch von der dortigen DKP-Gliederung ausgehend, die Forderung nach einer Demokratisierung der DKP und zum ersten Mal wagten es kritische DKP-MitarbeiterInnen aus Hamburg, von einer ,,Krise der DKP" zu sprechen. Nachdem der ,,Spiegel" die Hamburger Kritik erwähnte, war diese in den Augen der Altstalinisten ein ,,Artikel mit der Handschrift des Verfassungsschutzes", dessen Instrument die innerparteilichen Kritiker ,,gewollt oder ungewollt" seien.

Diese und ähnliche Konflikte schlugen nun derartige Wellen, daß der Apparat entsprechend seiner Eigenlogik mit Repressalien reagierte: Auflösung von Ortsgruppen und DKP-Kreisorganisationen, Entlassung von ,,Genossen", die nuancierte Kritik geübt hatten, Sperrung von Finanzmitteln für Zeitschriften (z.B. des MSB-Organs ,,Rote Blätter"), Fusionierung der Wochenzeitungen ,,TaT" und ,,Deutsche Volkszeitung".

Vor diesem Hintergrund erscheint es fraglich, ob der Versuch einer ,,Erneuerung" der DKP (vgl. *links*, Nr. 236/Dez. 1989) überhaupt jemals Erfolgsaussichten gehabt hätte. Inzwischen hat sich diese Frage möglicherweise erledigt: Seit die Schecks aus der DDR ausbleiben, vegetiert die DKP nur noch als Schrumpfform fort, ein Schicksal, das mit ihr auch die ,,UZ" nun teilen muß, für deren ,,Rettung" — verstehe es, wer kann — sich die ÖTV in die Bresche warf. Noch härter traf es freilich das DKP-Umfeld von Schalck-Golodkowskis Gnaden, die DVZ (,,Deutsche Volkszeitung"), die nicht mehr länger mit einer runden Million Westmark aus dem Osten rechnen und schwerlich weiter erscheinen kann, oder der Pahl-Rugenstein-Verlag, der Pleite ist und seine Konkursmasse verramscht. Erhalten bleiben werden hingegen wohl die ,,Blätter für deutsche und internationale Politik". Es ist noch das Beste, was die DKP zu hinterlassen hat. *

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

Hochachtungsvoll

Ich bin jederzeit bereit, über Auffassungen, Beurteilungen und politische Grundsätze zu diskutieren, wenn meine Kolleginnen und Kollegen und ich in unserer Gewerkschaft das für sinnvoll und notwendig finden.

Ich bin jedoch nicht bereit, mit Ihnen einen Dialog zu beginnen, den Sie mit kopierten ,,offenen Briefen" beginnen und der sich inhaltlich überhaupt nicht auf meine differenzierte Stellungnahme bezieht und von mir zudem eine Rechenschaft fordert, deren Ton mir sehr bekannt vorkommt. Wenn Sie politische Diskussionen wünschen, verzichten Sie bitte auf solche unjournalistischen Methoden.

Werner Pfennig (IG Medien-Vors. BaWü) in seinem Antwortbrief auf die Anfrage der express-Redaktion, warum er (immer noch) zur Unterstützung der DKP-UZ aufruft.

Außerdem in der **Februar-Ausgabe** des ,,express":

Berichte, Kommentare, Interviews vom FDGB-Kongreß in Ost-Berlin — vom Zwangsapparat zur Dachorganisation? ● Eine Niederlage ist eine Niederlage. . . — HBV nach dem Dienstleistungsabend ● Hierzulande — neue alte Armut ● Emanzipation & Solidarität — Beiträge der Tagung Lebendige Arbeit — Freie Zeit ● Die Erneuerung des DGB — mit Meyer weiter Murks . . . u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

MARTIN JANDER / THOMAS VOß

Probleme der Opposition in der DDR

Zwischen der SED und den oppositionellen Gruppen existiert ein Vakuum. Die SED ist in den Augen der Bevölkerung diskreditiert. Sie hat sich zur Bewältigung der wichtigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme als unfähig erwiesen. Sie steht ohne konkretes Programm und Konzeption da. Ihre Politik zielt lediglich auf Machterhalt und sie ist dabei auch noch im Besitz der entscheidenden Machtmittel.

Aber auch die oppositionellen Gruppen sind programm- und konzeptionslos. Ihnen fehlt Macht u.a. auch deshalb, weil sie sich nicht auf eine entschlossene Basis der Bevölkerung stützen können.

Das Gros der Bevölkerung ist eher entschieden antisozialistisch und nationalistisch aus unterschiedlichen Motiven und drängt auf die möglichst schnelle Übernahme des westlichen Modells. Dieses Gros wird weder von der SED noch von den oppositionellen Gruppen repräsentiert. Bisher fehlt eine große Volkspartei mit einer Mitte-Rechts-Orientierung, die diese Haltung integriert.

Hierin liegt die Gefahr der Radikalisierung der Bevölkerung und der Eskalation der Stimmung bis hin zu gewaltsamen Konflikten, vor der dann vielleicht eine gemeinsame ,,antifaschistische Front" aus Teilen der SED und sozialistischer Opposition ratlos dastünde und sich nicht anders zu helfen wüßte, als mit dem Einsatz von Machtmitteln gegen diese ambivalente Rebellion.

Die Lage der oppositionellen Gruppen

Diese Möglichkeit des Konsenses zwischen SED und Opposition in einer solchen Konstellation sehen wir als wahrscheinlich an, denn allen Gruppen (gemeint sind hier nicht die ehemaligen Blockparteien) ist die Forderung nach einer anderen Form des Sozialismus gemeinsam. Ausgangspunkt ihres eigenen Sozialismus-Bildes ist meist die Feststellung, daß die SED den ,,wirklichen" Sozialismus nicht verwirklicht hat. Dies wird als Aufgabe der Opposition angesehen. Man kann diese Opposition mit einem klassischen Begriff daher eher ,,revisionistisch" nennen als antitotalitär. Aus diesem Grunde gibt es auch keine ausführliche Debatte um die Menschenrechte.

Zum Grundkonsens der oppositionellen Gruppen gehört allerdings zugleich eine Form des parlamentarisch-pluralistischen Systems, eine ökonomische Öffnung hin zur Marktwirtschaft und gegenüber dem Weltmarkt, die allerdings ökologisch und sozial gebunden bleiben soll.

Gemeinsam ist diesen Gruppierungen auch, daß ihnen feste Strukturen und längere Traditionen fehlen. Sie sind weiterhin gekennzeichnet durch einen Mangel an Selbstbewußtsein, politischer Kompetenz und Professionalität. Sie sind eher intellektuelle Gruppierungen ohne breite Basis in der Gesellschaft. Sie stützen sich nicht auf bestimmte gesellschaftliche Schichten wie etwa Arbeiter. Auch dies stellt, — wie die fehlende Menschenrechtsdebatte — einen gravierenden Unterschied zu anderen Ländern Ost-Europas, insbesondere zu Polen, dar.

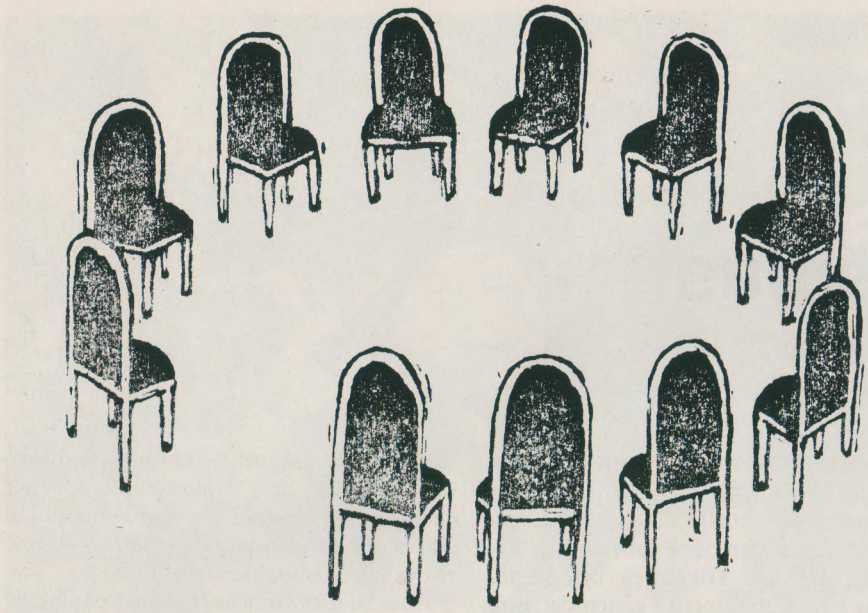
Trotz dieser offensichtlichen Gemeinsamkeiten gibt es innerhalb dieser Opposition ein erkennbares Spektrum von klassisch linken und klassisch rechten Positionen. Ganz links ist nach einer solchen Aufteilung die ,,Vereinigte Linke" zu verorten, rechts eher der ,,Demokratische Aufbruch". Die ,,Vereinigte Linke" ist eher an älteren plansozialistischen Zielen orientiert, ,,SPD" und ,,Demokratischer Aufbruch" eher an der Marktwirtschaft. In dieser Spanne verteilen sich auch die Unterschiede in der Haltung zur nationalen Frage.

Daß wir trotz der Unterschiede der oppositionellen Gruppen untereinander und ihrer Kritik an der SED ein mögliches Bündnis der DDR-Opposition mit der SED gegen eine nationalistische Eskalation in Betracht ziehen, hat mit der Entstehung der gegenwärtig am runden Tisch versammelten Oppositionsgruppen zu tun. Sie entstanden, als die SED auch mit massiver Gewalt nicht mehr in der Lage war, die Ausreisewelle zu stoppen. Sie entstanden, liest man heute noch einmal ihre Gründungsaufrufe, zur Bewahrung der Werte und Normen des Sozialismus, die die SED in ihren Augen zu verspielen schien.

1949 - 1989: gesellschaftlicher Stillstand

Diese Lage und Orientierung der demokratischen und sozialistischen Gruppen in der DDR, ihr ,,Revisionismus" wie wir oben formuliert haben, ist natürlich Produkt der kommunistischen Herrschaft in der DDR seit 1945. Sie hat keinen gesellschaftlichen Auseinandersetzung entstehen lassen. Die wesentliche Ursache dieser Tatsache ist der politische Monopolanspruch der SED. Dieser politische Führungsanspruch der SED wurde mit ihrer angeblich antifaschistischen Tradition legitimiert. Die SED deklarierte sich selbst zur Hauptträgerin des Antifaschismus und rückte jede Opposition in die Nähe des Faschismus.

Der oben erwähnte antifaschistische Grundkonsens zwischen SED und Opposition oder zwischen der Partei und der Intelligenz bezieht sich auch darauf, das weite Teile der Intelligenz sich von diesem Füh-



Zwischen Konsens und Konfrontation. Das Gros der Bevölkerung wird von den oppositionellen Gruppen nicht repräsentiert.

rungsanspruch der Partei nicht lösen mochten und ihn als notwendiges Korrektiv gegen Faschismus, Kapitalismus und Imperialismus ansahen. Sie hatten trotz immer wieder erkennbarem Protest selbst teil an der innergesellschaftlichen Legitimation des, gestützt auf die UdSSR, erzwungenen stalinistischen Antifaschismus.

Mit der Durchsetzung dieses Monopolanspruchs wurde innergesellschaftlich die Chance der Aufarbeitung des Nationalsozialismus vertan. So sind heute noch große Teile der Bevölkerung (wie groß läßt sich aus der Ferne nicht so recht erkennen) Gedankengut verhaftet, das den Nationalsozialismus in Deutschland akzeptabel und möglich gemacht hat. Die Parole ,,40 Jahre sind genug'' hat in der DDR eine ähnliche Ambivalenz wie in der BRD. In sie mischen sich nicht nur demokratische und sozialistische Kritik an autoritärer Herrschaft, sondern durchaus auch Elemente von autoritären, nationalen, fremden- und demokratiefeindlichen Strömungen.

Die SED hat ihr totalitäres Regime ja auch weitgehend gestützt auf die mit diesen Traditionen verbundenen autoritären Haltungen durchsetzen können. Durch Nichtbearbeitung des Nationalsozialismus begab man sich der Chance diese Haltungen abzubauen.

Die Linke in der BRD und DDR

Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus beginnt in der DDR nur langsam. Schuld und Verantwortung werden nur schleppend thematisiert. Verfestigte Strukturen und Denkweisen blockieren die Auseinandersetzung. Die Nomenklatura kämpft u.a. gestützt auf ihre antifaschistische Selbstlegitimation um ihre Position und sucht durch allerlei ideologische Schwenks in anderen Bereichen Boden zu gewinnen. Die Opposition setzt nicht offensiv genug dagegen, sieht nicht wirklich die SED und was sie vertritt nämlich das totalitäre System. Sie sieht die SED nicht als den entscheidenden Gegner an, den man aus seinen Machtpositionen werfen muß, ehe man mit Aussicht auf Erfolg zu demokratischen Änderungen übergehen kann.

Außer der Gefahr der Eskalation die auch hierin begründet liegt, besteht auch die Möglichkeit, daß die SED ihre Macht erneut konsolidiert und sich als Staatsgewalt, die Ordnung und Ruhe garantiert, gestützt auf die Sowjetunion und westliche Hilfen wieder restauriert. Beiden Gefahren kann nur durch die Opposition selbst begegnet werden, nicht durch Druck aus dem Westen. Allerdings kann der Westen viel dazu beitragen, die SED zu stützen. Das machen zur Zeit alle herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik: Von der Bundesregierung über die Opposition bis hin zu den Gewerkschaften.

Mangel an Gegenbildern

An dieser Stelle ist freilich noch einmal ein Blick auf ,,die'' bundesrepublikanische Linke angebracht. Sie scheint weiter unfähig zu einem ernsthaften Dialog mit den demokratischen und sozialistischen Gruppen in der DDR. Ihre eigenen starren Denkschemata würden sie in einem Prozeß der Eskalation wie auch eines ,,antifaschistischen Bündnisses'' von SED und demokratisch-sozialistischer Opposition in der DDR glatt wieder auf die Seite der Absicherung der Macht der gegenwärtigen DDR-Nomenklatura befördern. Wir meinen daher, daß die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die Kritik seiner Scheinüberwindung im stalinistischen Antifaschismus ein gemeinsames Problem der DDR-Opposition und der bundesrepublikanischen Linken ist. Ohne diese Aufarbeitung läßt sich eine Politik, die die Verwirklichung der Menschenrechte als Ziel und als Strukturmerkmal hat, nicht formulieren.

Inzwischen gibt es in der Bundesrepublik erfreuliche Anzeichen dafür, daß die Opposition in der DDR auch bei Grünen, Sozialdemokraten, Gewerkschaften etc. ernst genommen wird. Eine richtige Debatte mit den Gruppen der Opposition steht freilich noch aus. Aber so wenig in der DDR unter spezifischen Bedingungen ein Bündnis zwischen Teilen der SED und der Opposition ausgeschlossen werden kann, so wenig ist in der Bundesrepublik ausgeschlossen, daß der Zerfall des ,,realexistierenden'' Sozialismus nicht doch noch mehr Befürchtungen als Hoffnungen auslöst. Zerfällt für viele der sich kritisch, alternativ und links verstehenden Menschen in der Bundesrepublik nicht auch gleichzeitig das Gegenbild zu ihrer eigenen Gesellschaft? Nicht daß die DDR in letzter Zeit noch den Eindruck eines Paradieses oder einer Alternative hätte vermitteln können, ist hierbei entscheidend, sondern einfach der in der Bundesrepublik immer spürbarer werdende Mangel an Gegenbildern zum real existierenden Kapitalismus.

Die Zeiten, in denen die Söhne und Töchter der Kriegsgeneration der Bundesrepublik schon aus Protest gegen die proamerikanische Haltung ihrer Eltern jedes auch totalitäre sozialistische Regime verteidigten, sind hoffentlich vorbei. Unter den Bedingungen einer Eskalation in der DDR würden solche Antihaltungen jedoch durchaus noch einmal reaktiviert werden können. *

FDGB-Dokumentation

Chronologie und umfangreiche Dokumente sind Inhalt einer 72seitigen Broschüre von Hans-Hermann Hertle: **„Vom FDGB zu freien, unabhängigen Gewerkschaften?".**
Bezug (nur gegen Vorkasse von DM 25,— incl. Versand):
***express*-Redaktion, Postfach 10 20 62, D-6050 Offenbach**

MICHA BRUMLIK

„Nationalzivilismus" als Ausweg?

Die Umbrüche in Ost- und Mitteleuropa haben die undogmatische Restlinke in der Bundesrepublik Deutschland überrascht und verunsichert. In knapp einem halben Jahr hat sich von Ungarn bis ins Baltikum, von der Tschechoslowakei bis Polen kaskadenartig eine Reihe von Umbrüchen ereignet, denen man tatsächlich den Namen „Revolution" zuschreiben darf. Dabei gingen die Menschen massenhaft für das auf die Straße, was vielen Linken im Westen als Oberflächenideologem für kapitalistisch vermittelte Herrschaft gilt: Menschenrechte, parlamentarische Demokratie und Privateigentum!

Revolutionen als öffentliche Inszenierungen — mit der Straße als Bühne und den Massen als Akteuren — bedürfen der Embleme: von den Freiheitsbäumen der Französischen Revolution über die Trikoloren des Jahres 1848 bis hin zu den roten Fahnen der Bolschewiki verdichtete sich in diesen Symbolen die Sehnsucht nach geschwisterlicher Einheit, einem befriedeten Raum und einem neuen Anfang in der Zeit. Der moderne Nationalismus beerbte die utopischen Wünsche der Massen im neunzehnten Jahrhundert und brachte sie auf der Schlachtbank zweier Weltkriege dar. Dieser Logik des Nationalismus, der auch mit rührenden Utopien friedlich neben- und miteinander lebender Familien von Nationen nicht beizukommen ist, beginnen die Menschen Ost- und Mitteleuropas heute, im Augenblick ihrer Befreiung wieder zu unterliegen. Die einzig verbliebenen Embleme ihrer Freiheit scheinen die Fahnen der Nation zu sein, der sie angehören. Menschenrechte, Demokratie und Privateigentum verfügen, anders als in China, hier über kein eigenes Emblem.

Indem die Menschen in jenem Augenblick, da sie das Joch des Totalitarismus von sich abwerfen, die undurchschaute Bürde des Nationalismus wieder auf sich nehmen, unterwerfen sie sich dem blinden Mechanismus kollektiver Selbstbehauptung und laufen Gefahr, eine unselige Geschichte ein weiteres Mal zu durchleiden.

Gewiß: Die Logik des Nationalismus ist empirisch vielfältig gebrochen — die EG des Jahres 1990 ist nicht mit der europäischen Staatengesellschaft der Zwischenkriegszeit zu vergleichen, — und zudem steht es einer Linken, die aus Angst vor dem Vorwurf des Antikommunismus lange zögerte, die ost- und mitteleuropäischen Dissidenten zu unterstützen, schlecht an, den Menschen östlich der Elbe vorzurechnen, in welchem Geist sie ihre Befreiung zu deuten haben.

Zeichen der Zeit

Nun haben aber nationale Symbole Geschichte und Wirkungsgeschichte und nicht jedes nationale Bewußtsein ist mit jedem anderen identisch: was angesichts der relativen Vernünftigkeit des tschechoslowakischen Nationalismus noch akzeptabel zu sein scheint, ruft im Falle des klerikalen polnischen Chauvinismus nur noch Unbehagen hervor. Vollends aber wirkt unsympathisch, was sich vor dem Hintergrund neuester deutscher Geschichte, vor dem Hintergrund von Namen wie Bismarck, Wilhelm II. und Hitler als „Deutschland" geriert.

Aber ist dies Unbehagen nicht paranoid? Müssen wir uns nicht darüber belehren lassen, daß weder Bismarck noch Hitler „Schwarz-Rot-Gold" trugen, sondern „Schwarz-Weiß-Rot" oder das Hakenkreuz bevorzugten? Repräsentiert die deutsche Trikolore nicht jenes bessere Deutschland revolutionärer Patrioten, der Demokraten und Freiheitskämpfer von 1848, der Börne, Heine, der Robert Blum, der Marx und Engels, der Paulskirche? Steht nicht „Schwarz-Rot-Gold" für die Idee der Republik, die in der Zwischenkriegszeit als „Schwarz-Rot-Hühnerdreck" verächtlich gemacht wurde? Hat also nicht gerade die Linke allen Anlaß, endlich, endlich die Zeichen der Zeit zu erkennen, und wenn schon nicht aus Überzeugung, so doch wenigstens aus dem Grunde, die nationalen Emotionen nicht den Rechten zu überlassen, die Fahne des Patriotismus aufzunehmen?

Regression im politischen Denken

Es wäre politisch verheerend, wenn die Linke dem emotionalen, nationalen Reflex von rechts nicht mehr als ein dumpfes, derzeit nicht weiter begründbares Unbehagen wider Patriotismus, deutsche Vereinigung und neues nationalstaatliches Denken entgegenzusetzen hätte. Wenn es überhaupt noch etwas gibt, das „linkes" politisches Denken auszeichnet, dann doch nur das Bemühen um eine rationale, distanzierte, möglichst vorurteilsfreie Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklungen in der Perspektive einer universalistischen Moral. *Der Widerstand gegen Patriotismus, Vereinigungsdenken und die Anerkennung von Nationen als historischen Subjekten muß sich rational rechtfertigen lassen oder er wird — ebenso wie der „reale Sozialismus" — auf dem Müllhaufen der Geschichte landen.*

Der neue, unter mehr und mehr Intellektuellen in Ost und West grassierende *„Nationalzivilismus"*, nach dem Vernunft, Demokratie und Menschenrechte nur im Rahmen von selbständigen Nationen wachsen können; von Nationen, die alleine „zivi-

George Grosz:
Deutschland — ein Wintermärchen (1917-1919)

le" Gesellschaften ausbilden könnten, verdient als das zentrale Selbstverständigungstheorem vor allem der ost- und mitteleuropäischen Intellektuellen ernst genommen und widerlegt zu werden.

Dies dürfte im Fall Deutschlands noch am einfachsten sein. Die nationale Welle in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR stellt, allen Beteuerungen zum Trotz, nicht mehr und nicht weniger dar als einen *pathologischen Versuch, Geschichte zu verdrängen; eine massive Regression von einem bereits erreichten Niveau universalistischen politischen Denkens; eine abenteuerliche Unfähigkeit, die künftigen Probleme der europäischen Staatengesellschaft operativ zu antizipieren und — last, not least — einen Verrat an der demokratischen Substanz dieser Novemberrevolution!*

● Der gar nicht so eigentümliche „Zufall", daß die stacheldrahtbewehrten Grenzbefestigungen zwischen West- und Ostberlin am 9. November, dem Jahrestag der Progrome des Jahres 1938 geöffnet wurden, hielt zumal die vermeintlich so geschichtsbewußte Sozialdemokratie nicht davon ab, diesen Tag zum neuen gesamtdeutschen Feiertag erheben zu wollen. Mit diesem Vorschlag mutete die SPD den deutschen Bevölkerungen entweder zu, die mühsam gewonnene historische Bewußtheit schnellstens wieder aufzugeben, oder aber in öffentlicher Schizophrenie am selben Tag zu jubeln und zu „trauern". Dabei war zudem niemand in der Lage, sich in die Situation der Opfer des Pogroms und des Holocaust hineinzuversetzen und sich vorzustellen, was es heißt, trauernd einzugedenken, während alle „Nichtopfer" ihr glückliches Bewußtsein hochleben lassen. Es gereicht der deutschen Sozialdemokratie zur Schande, daß sie sich hierin ausgerechnet von den Wirtschaftsliberalen korrigieren lassen mußte und beweist, daß die Mentalität von Bitburg nicht nur auf seiten der CDU angesiedelt ist. Wer sich so ins Glashaus gesetzt hat, soll in Zukunft nicht mehr mit Steinen schmeißen.

Pathologisch ist dieser Vorschlag und die ihn tragende Mentalität deshalb, weil er übersieht, daß auch kollektive Identitäten eines bewußten und eindeutigen Verhältnisses zu ihrer Vergangenheit bedürfen bzw. daß kollektive Inszenierungen von Emotionalität nicht beliebig mischbar sind. Wenn es bisher eines Beweises für die Unreife großer Teile der politischen Klasse in der Bundesrepublik ermangelte, eines Beweises dafür, daß die These von der „Unfähigkeit zu trauern" nach wie vor zutrifft — Hans Joachim Vogel hat diesen Beweis erbracht!

● Es mag viele, vor allem ökonomische Gründe dafür geben, die beiden deutschen Staaten in unterschiedlich dichten Vertragswerken miteinander zu verkoppeln — die Worte Willy Brandts, wonach zusammenwachse, was zusammengehöre, die Deutschen nicht auf dem Abstellgleis warten dürfen, bis Europa geeinigt sei und noch so große Schuld durch die Teilung nicht getilgt werden könne, zeigen indessen, daß nüchternes, die Belange aller Menschen gleich wägendes politisches Denken massiv an Boden verliert. An Willy Brandt, der immerhin eine der großen Gestalten der Sozialistischen *Internationale* und des Nord-Süd Dialogs war, wird die tragische Bewußtseinsverfassung der deutschen Sozialdemokratie (die stets mehr als nur diese Partei repräsentierte) deutlich. Einmal mehr — zuerst bei den Kriegskrediten des ersten Weltkrieges — will Deutschlands gar nicht mehr so armer Sohn beweisen, daß er auch des Vaterlandes treuester Sohn ist. Mit dem Ergebnis, daß ausgerechnet Brandt dem Kanzler Kohl vorhält, zu sehr mit dem Reformkommunisten Modrow zu paktieren — von Karsten Voigts botmäßiger Replik auf Kohls „Zehn-Punkte" Plan gar nicht zu sprechen. Vernünftige Gründe lassen sich für derlei Äußerungen, die man einem Schönhuber kaum hätte durchgehen lassen, nicht erkennen.

Der Verdacht, daß es sich hier um nur noch biographisch-psychologisch erklärbare Anerkennungswünsche handelt, liegt mithin nahe. Indem Brandt die Teilung — wie übrigens leider auch Joschka Fischer — als Strafe ansieht, erweist sich sein Denken letzten Endes als mythisch. Mag sein, daß das Leben der DDR Bevölkerung unter einer totalitären Diktatur, die Trennung von Familien und die blutige Gewalt an der Grenze als Strafe erfahren wurde — der Umstand, bei garantierten Menschenrechten, politischer Demokratie und unbegrenzter Freizügigkeit in zwei Staaten zu leben, läßt sich beim besten Willen nicht mehr als Übel zeichnen. Es sei denn, man übernimmt das nur noch na-

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

MORALISIERUNGS*DISKURS* (Heft33)

Amendt: Ein Opfermythos. Betrachtungen zur Abtreibungsdebatte ● *Sünker:* Wider die Moralisierung des Politischen ● *Brumlik:* Bildung zur Gerechtigkeit. Über Moralpädagogik und Jugendarbeit ● *von Praunheim — Dannecker:* Das ist kriminell. Ein Streitgespräch über AIDS ● *Hafeneger:* Alltagsmoral(en) in der Sozialarbeit ● *Braun:* Die Vermittlung von pädagogischer Theorie und Praxis als subjektive Entwicklungsaufgabe ● *Gruschka:* Gefeierter Widerspruch durch Bildung

100 Seiten, DM 14,—

REGION (Heft 32)

Red. Widersprüche: Politik des Sozialen ● *Macke:* Stadtmodernisierung am Beispiel München ● *Böhnisch:* Bilder des ideologischen Regionalismus ● *Wagner:* Kultur für Alle — Zwanzig Jahre Frankfurter Kulturpolitik ● *Chassé:* Ist das Land noch ländlich? ● *Gläss / Otto:* Denn nur eines ist die Rente — sicher! ● *Koch-Oehmen:* Überflüssige oder überfällige Debatten um die Gesamtschule? ● *Körber:* Krise der Gesellschaft — Krise des Individuums ● *Rohrmann:* Die Pathologisierung von Armut — am Beispiel der sog. ,,Nichtseßhaften"

98 Seiten, DM 14,—

POLITIK DES SOZIALEN (Heft 31)

Diemer: Für eine ,,Politik des Sozialen" ● *Chassé:* Lebensweise und Sozialstaat ● *Geissler:* Sozialpolitik für Frauen: zunächst einmal gleiche Rechte ● *Martiny:* Einige Voraussetzungen für eine Politik des Sozialen: Das Beispiel der nichtverheirateten Frauen ● *Glaß:* Zwischen Bangen und Hoffen — Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ● *Fesel:* Subjekte und Akteurinnen der Sozialpolitik: Sozialarbeit als alter und neuer Frauenberuf ● *Ostner:* Am Staat vorbei? — Sozialarbeit mit armen Frauen ● *Völker:* Bericht vom sozialpolitischen Forum der AG SPAK ● *AG SPAK:* Sozial kaputt? Sozialpolitische Initiativen (nicht mehr) im Bundesinteresse? ● *Sonnenfeld:* Gesundheit durch Selbstkontrolle

92 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen den ersten Jahrgang (Hefte 1—5) oder zwei Hefte Ihrer Wahl
Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

tionalistische Dogma, wonach das *deutsche Volk* (das dann mehr und anderes ist als die Summe der Menschen, die ihm angehören), *dieses Übersubjekt*, daran leide, nicht in *einem* Staat zu leben. Daß solches Denken einen Rückfall hinter jede Position der Aufklärung bedeutet, ist unübersehbar.

● Die vom Grundgesetz vorgeschriebene Wiedervereinigungspolitik entläßt heute auf allen Seiten des politischen Spektrums eine nur mühsam gebremste, aber immer wieder angeheizte Einheitsdemagogie, die nicht nur zu einer gespenstischen und beängstigenden Debatte um die polnische Westgrenze geführt hat, sondern zudem eine Vorreiterrolle für einen europaweit angelegten Revisionismus der Nachkriegsgrenzen spielt. Offensichtlich — und dies ist mehr als nur täppische Blindheit — scheint die politische Klasse der Bundesrepublik von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht dazu in der Lage zu sein, den *internen Zusammenhang zwischen einem Erfolg von Gorbatschows Reformen, einer Stabilität der Grenzen und der Stabilisierung der demokratischen Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa* zu erkennen. Anders läßt sich das verantwortungslose Schwadronieren über Grenzen, Vereinigungen, Föderationen etc. nicht erklären. Wo bis vor kurzem noch Augenmaß bis zur Sklerose als oberste Tugend herrschte, triumphiert heute ein abenteurlicher Aktionismus, der alsbald die eigenen Voraussetzungen untergraben haben wird.

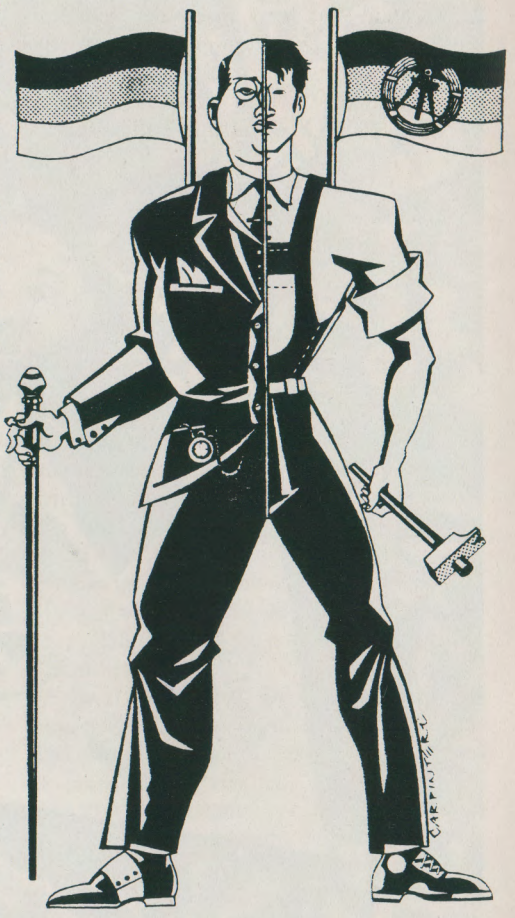
● Die demokratische Revolution in der DDR artikulierte sich unter der Devise ,,Wir sind das Volk" und nicht nur die CDU hat in ihrem vorverlegten Wahlkampf diese Formel *befreiter Menschen* in das *mythische Konstrukt eines einigen Volkes* umgelogen. Indem die Menschen in der DDR auf die Formel ,,Wir sind *ein* Volk" mit dem Ruf ihrer unterdrückten Hymne ,,Deutschland einig Vaterland" antworten, bestätigen sie auf bedrückende Weise Erich Fromms 1941 getroffene Diagnose von der ,,Furcht vor der Freiheit"!

Instinktiv drückt sich hierin die begründete Angst vor dem bodenlosen Fall in eine ungewisse Zukunft aus, in der es neben den Kräften des Marktes, dürren, aber garantierten Menschenrechten und einem schwer durchschaubaren System politischer Gewaltenteilung und einer alles kritisierenden Öffentlichkeit keinerlei Sicherheit mehr geben wird.

▶ Ende der demokratischen Utopie? ◀

Es ist diese schon von Hegel diagnostizierte ,,Entzweiung" der modernen Welt, an der — nach dem Untergang des Sozialismus — der ,,Nationalzivilismus" sein wahres Moment hat und sich daher zum wichtigsten Gegner einer postkonventionellen Linken entwickeln wird.

Hegel hat in seiner Rechtsphilosophie



Pathologischer Versuch, Geschichte zu verdrängen

schon früh gezeigt, daß die mit sich selbst alleine gelassene bürgerliche Gesellschaft zur Selbstzerstörung neigt und stattdessen auf eine durch den autoritären Rechtsstaat und das Christentum vermittelte Sittlichkeit absetzt. Der Marxismus baute danach auf internationale Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl unterdrückter Klassen und Individuen. Nachdem sowohl Staat und Kirche als auch Klasse und Partei mindestens in Europa an Kredit verloren haben, scheint als letzter Kandidat zur Einhegung und Einbindung der zentrifugalen und anomischen Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft die Nation zu bleiben. Sie aber hat noch stets den vermeintlichen Gewinn einer Sicherheit nach innen mit dem Preis von Krieg und Konflikt nach außen und Intoleranz in sich selbst bezahlt

Wenn es den nun sich selbst überlassenen bürgerlichen Gesellschaften nicht gelingt, aus sich heraus neue, nicht diskriminierende Formen von Gemeinschaft, Geschwisterlichkeit und Gerechtigkeit zu entwickeln, wird der Nationalismus trotz seines immer währenden Scheiterns zum unverdienten Erbe der europäischen Geschichte. Wenn es wahr ist, daß bürgerliche Gesellschaft und menschliche Gemeinschaft notwendige Gegensätze sind, werden beide ein weiteres Mal von der im Staat verfaßten mythischen Pseudogemeinschaft der ,,Nation" aufgezehrt werden. Dann droht nach dem Ende der sozialistischen auch das Ende der demokratischen Utopie. *

JOACHIM HIRSCH

„Sieg des Kapitalismus" — oder was sonst?

Wenn es nun einer ist, dann vor allem ein ideologischer, in den Köpfen auch vieler, die sich der zerfaserten Szene zugerechnet hatten, die hierzulande schließlich noch „die Linke" darstellte. Daß der Zusammenbruch des osteuropäischen Realsozialismus der westdeutschen Linken gewissermaßen den letzen Stoß versetzte, hat viele Gründe. Einer davon ist, daß bei aller Kritik an diesen Gesellschaften immer noch die Hoffnung bestand, sie könnten sich eines Tages doch noch zum Besseren verändern, sich reformieren oder revolutionär fortentwickeln. Ein letztes Mal richtete sie sich auf die politischen Bewegungen, die den Zusammenbruch des Spätstalinismus vorangetrieben hatten.

Inzwischen ist auch sie zerstoben: das ökonomische, politische und moralische Desaster, das der reale Sozialismus angerichtet hat, stempelt alle Hoffnungen auf eine noch so bescheidene sozialistische Alternative erst einmal zur Illusion. Die Nachkriegs-Weltordnung mit ihren politischen Orientierungspunkten und Gewißheiten bricht zusammen. Und mit ihr fallen die Fesseln, die deutschnationalem Chauvinismus und Imperialismus noch angelegt waren. Die Geschichte scheint rückwärts zu gehen. Das Wiedervereinigungsgeschrei erinnert an die katastrophalen Niederlagen der demokratischen und sozialistischen Bewegung in diesem Lande. Wen wunderts, daß nichts mehr zu gehen scheint, daß „Orientierungslosigkeit" eine eher euphemistische Beschreibung des Zustands ist. Nicht nur gibt es zum Kapitalismus weltweit keine reale Alternative, sondern nicht einmal mehr eine Kraft, die seine Expansion und das brutale Durchschlagen seiner Mechanismen wenigstens begrenzen könnte. In einer derart mißlichen Lage ist Identifikation mit dem Aggressor auch ein Ausweg. Daher der allgemeine Siegestaumel.

Verschiebung der Machtkonstellationen

Richtet sich der Blick indessen über den politisch-ideologisch bornierten nationalen Horizont, so zeigt sich, daß die gegenwärtigen Umwälzungsprozesse mit einer Reorganisation des kapitalistischen Weltsystems verbunden sind, in der das europäische Zentrum in der Konkurrenz mit den USA und Japan seinen regionalen Einflußbereich auszudehnen und zu konsolidieren versucht. Faktisch bedeutet dies zugleich die Befestigung der ökonomischen Dominanz der Bundesrepublik in Europa. Die Frage eines formellen Anschlusses der DDR an die BRD ist dabei eher zweitrangig und steht schon deshalb aktuell nicht zur Debatte, weil die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Schwierigkeiten sowohl innen- wie außenpolitisch zu groß sind und ihre Bereinigung längere Zeit beanspruchen wird. Der Einmarsch des BRD-Kapitals in Osteuropa findet seine Grenze in der Notwendigkeit, die atlantischen und europäischen Verflechtungszusammenhänge zu bewahren, die die Basis seiner internationalen Position sind. Was in bezug auf die DDR daher ansteht, ist eine „Vertragsgemeinschaft", die der Abhängigkeitsbeziehung vorläufig Form und Bestand gibt. Und zu deren Realisierung bedarf es auch noch der SED als Ordnungsfaktor, der die langwierigen Restrukturierungs- und Anpassungsprozesse in der DDR zu steuern und unkontrollierte „Volksbewegungen" zu kanalisieren vermag. Kohl hat das sehr klar erkannt. Was derzeit also ansteht, ist eine neue Form der imperialistischen Aufteilung der Welt in regionale Zentren mit ihren jeweiligen Peripherien.

Auslöser dieser Entwicklung war die Krise des Nachkriegskapitalismus in den siebziger Jahren, der damit verbundene Niedergang der US-Vorherrschaft und das Erstarken der Konkurrenten Europa und Japan. Dies führte zur Auflösung der starren politisch-ökonomischen Blöcke, was eine wichtige Voraussetzung für die Umwälzungen in Osteuropa war. Diese Verschiebung in den internationalen Macht- und Einflußkonstellationen schuf wiederum eine wesentliche Bedingung für den kapitalistischen Wiederaufschwung. Nun war es aber sehr wesentlich die Existenz der Sowjetunion und ihres „Lagers", die nach den beiden Weltkriegen wenigstens im Bereich der Metropolen eine verhältnismäßig „zivilisierte" Form des Imperialismus nach innen wie außen erzwungen hatte und dort die reformistischen Kräfte stärkte. Die Auflösung des Ostblocks und der mögliche Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutet das Ende dieser Konstellation und eine Neuentfesselung kapitalistisch-imperialistischer Dynamik mit ihren verheerenden Folgen nicht nur für die kapitalistische Peripherie, sondern auch für die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Inneren der Metropolen.

Imperialistischer Nationalismus

Der „Sieg" des Kapitalismus nimmt sich etwas anders aus, wenn man den Blick über die heimischen Boutiquenpassagen hinausschweifen läßt. Er bedeutet, daß die Verwüstung und Verrottung der Peripherie, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, weiter gehen wird und daß niemand mehr die imperialistischen Mächte dran hindert,

Deutschland und die „Welt". In ihre Ausgabe vom 4. November 1989 verriet die Springer-Zeitung ihr Bild von einem „europäischen Haus": „Demnach wird es einen Deutschen Bund geben, die baltischen Staaten werden selbständig sein und mit Polen, der CSSR, Ungarn und Kroatien-Slowenien assoziierte Mitglieder der EG sein mit direkt an die DM angebundenen Währungen."

dort zuzuschlagen, wo sie es für die Sicherung ihrer Interessen für nötig erachten. Der Übergang von der Drei- zur Zweiteilung der Welt wird ihre Folgen für die bisherige „dritte" haben. Während hierzulande die nationale Welle hochschwappte, ließ der US-Präsident seine marodierenden Horden in Panama einfallen zu dem simplen Zweck, eine nicht mehr gefügige Marionette einzukassieren. Die nationale Begeisterung drüben war nicht kleiner wie hüben. Und daß Bundeswehrplaner inzwischen über die Umstellung ihrer Streitmacht von der atomaren „Vorneverteidigung" zum „low-intensity-conflict" nachdenken, ist auch kein Zufall.

„Sieg" des Kapitalismus, das heißt zunächst einmal auch Entfesselung seiner Zerstörungspotentiale im Innern der Metropolen, Umweltgefährdung, Verarmung und Gesellschaftsspaltung mit den entsprechenden Konflikten. Und er bedeutet das erhöhte Risiko militärischer Konflikte, die bislang nicht zuletzt durch die Existenz der Sowjetunion verhindert wurden. Wenn die USA ihre mittelamerikanische Einflußsphäre mit Gewalt sichern, so richtet sich dies vor allem auch gegen seine imperialistischen Konkurrenten.

Der Nationalismus lag in der Wiege der bürgerlich-kapitalistischen Weltgesellschaft und hat seine Bedeutung grundlegend verändert, seit diese in das Stadium des Imperialismus eingetreten ist. Wird diese Veränderung des kapitalistischen Weltsystems nicht berücksichtigt, dann bleibt das Verhältnis von Nationalstaat und Demokratie, Nationalismus und Befreiung unverstanden. Imperialistischer Nationalismus legitimiert Aggression nach außen und Repression nach innen. Daran sollten jene denken, die glauben, es ließe sich ihm mit „universalistischem Denken" begegnen, ohne an den ökonomischen Verhältnissen etwas zu ändern. Sieg des Kapitalismus, das heißt auch die Gefahr der Zerstörung der wenigen liberalen Ansätze, die sich in der BRD nach 1968 herausgebildet hatten. Die innerhalb weniger Wochen gelungene Umfunktionierung des „Spiegel" von einem Organ, das an dieser Liberalisierung Anteil hatte zu einem platt deutschnationalen Propagandablatt, das ist mehr als ein Symptom.

Weiterentwicklung theoretischer Traditionen

Für Linke heißt das, daß alle Hoffnungen auf eine *von außen* kommende Umwälzung der gesellschaftlichen Zustände aufgegeben werden müssen, daß der Kern der Verhältnisse und damit auch der Ort ihrer Veränderung hier, in den kapitalistischen Zentren liegt und daß sie ideologisch und politisch marginalisiert ist. Nicht, daß sie mit dieser Realität konfrontiert wird, bezeichnet ihre Schwäche, sondern daß sie längst nicht mehr über den theoretischen und politischen Verstand verfügt, diese Realität wenigstens zu begreifen. Deshalb ist sie, wenn es denn so sei, „tot" und nicht weil der Kapitalismus das tut, was ihn seit Anbeginn kennzeichnet: aus seinen Krisen heraus immer wieder neu zu erstarken und sich tendenziell die Welt zu unterwerfen. Die linke Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus nach dem Modell der westeuropäischen Sozialdemokraten ist von gleicher Qualität: sie verkennt, daß die Grundlagen dieses Modells schon in der Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre zerbrochen sind und daß seine Chancen durch die imperialistischen Kräfteverschiebungen noch weiter gemindert werden. Was sich in den metropolitanen Zentren nicht durchsetzen läßt, das gelingt schon gar nicht in der Peripherie, auch nicht in der osteuropäischen. Die Kräfte, die eine solche Entwicklung erzwingen könnten, müßten erst mühsam wieder entwickelt werden. Und in diesem Zusammenhang wird es Folgen haben, daß die SPD ihren Fehler von 1914 wiederholt, auch wenn dies nur noch in der Form einer Farce geschieht.

Nun solle man aber mit Todeserklärungen etwas vorsichtig sein. Schließlich ist noch nicht alles kaputt, was sich nach den sechzi-

ger Jahren entwickelt hatte. Aber es bedarf mit Sicherheit eines Neuanfangs, politisch wie theoretisch, und dies unter den Bedingungen einer radikal veränderten Welt. Dies bedeutet nicht nur die Wiederaneignung einer fast verlorengegangenen theoretischen Tradition, sondern Weiterentwicklung angesichts neuer gesellschaftlicher Konstellationen und Erfahrungen. Die Marxsche Theorie ist dann wirklich tot, wenn ihre Anhänger sie nicht mehr verändern. Das bedeutet aber auch die Auseinandersetzung mit den vielen theoretischen Wendehälsen, die sich zu Hofsängern der herrschenden Verhältnisse gemacht haben, ohne sich dessen vielleicht bewußt zu sein. Politisch geht es um die Weiterentwicklung eigenständiger Diskussions- und Praxiszusammenhänge außerhalb der herrschenden Institutionen — keine leichte Aufgabe angesichts des Scherbenhaufens, den zehn Jahre grün-alternativer Politik zurückgelassen haben.

Für einen politischen Internationalismus

Angesichts des Zusammenspiels von kapitalistischer Internationalisierung und ideologischer Re-Nationalisierung kommt es nicht zuletzt darauf an, den politischen Internationalismus wieder zu entdecken, und zwar nicht nur im Kopf, sondern in der Praxis. Und es gilt, nicht auch noch in der Negation den nationalen Bornierungen aufzusitzen, die die politische Sicht inzwischen allseits vernebeln. Konkret in Sachen ,,deutscher Frage" und ,,Wiedervereinigung": Auf längere Sicht mag letztere nicht aufzuhalten sein, aber die Kämpfe um die *Form*, in der das passiert, stehen noch bevor. Die Preußenzitadelle Berlin als Hauptstadt einer imperialistischen, Europa dominierenden deutschen Großmacht — das ist ein Alptraum. Denkbar wäre indessen auch eine weitgehende politische Föderalisierung und Dezentralisierung und eine damit verbundene Einschränkung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte. Nicht, wie Gauweiler das möchte, um bayerischer Bierseidelkultur einen Lebensraum zu sichern, sondern als Schritt hin zu einer Überwindung des Nationalstaats, der ohnehin immer notwendiger wird, je mehr das Kapital sich internationalisiert. Eine solche Form der ,,Europäisierung" setzt allerdings voraus, daß es Kräfte gibt, die grenzüberschreitend und gemeinsam darauf hinarbeiten. Und dem sich reorganisierenden Imperialismus begegnet man nicht, indem man metropolitane Konsumparadiese zum zivilisatorischen Modell erklärt, sondern sich politisch und praktisch gegen die brutale Ausbeutung und Zerstörung der Peripherie wendet, auf der jenes Modell beruht.

Wenn sich ,,die Linke" ihr Grab selbst geschaufelt hat, dann auch damit, daß sie diesen Zusammenhang vergessen hat und selbst in fataler Weise metropolenkapitalistisch und ,,national" geworden ist. *

LOTHAR BAIER

Wider die Vereinigung

Was mit ,,Wiedervereinigung" gemeint war, darüber gab es in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit hindurch keinerlei Zweifel. ,,Dreigeteilt — niemals!" hieß ein entsprechender Wahlslogan. Unsere Schullandkarten zeigten ganz selbstverständlich Deutschland in den Grenzen von 1937. Die ,,Wiedervereinigung", die zahllose Reden versprachen und die das Grundgesetz der Bundesrepublik in seiner Präambel zur nebulös umschriebenen deutschen Pflicht macht, umfaßte ganz selbstverständlich drei durch Grenzen voneinander getrennte Teile: Westen, Mitte und Osten. Hat sich heute etwas daran geändert?

Die Regierungen der DDR und faktisch auch der BRD haben Polen gegenüber die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße anerkannt. Es handelt sich jedoch um eine vorläufige Endgültigkeit, denn keine der beiden Regierungen konnte bei Vertragsabschluß die Hand dafür ins Feuer legen, daß eine spätere, aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Regierung die Grenzgarantie gegenüber Polen erneuert. Die ,,Wiedervereinigung" ist demnach offen für West, Mitte und Ost, wie zu Zeiten von ,,Dreigeteilt — niemals!". Fürsprecher der ,,Wiedervereinigung" müssen für die volle Bedeutung des Wortes die Verantwortung übernehmen, also auch dafür, daß die Polen jetzt um den Bestand ihres Staatsgebiets fürchten müssen. Daß sie darum fürchten, zeigt der Grundstücksmarkt besser als jede Meinungsumfrage: In den ehemals deutschen Westgebieten Polens sind die Preise deutlich gefallen, wie bei auslaufenden Modellen, denen der Markt keine Zukunft mehr gibt.

Nationale Leidenschaften

An Polen wird allerdings selten gedacht, wenn Bedenken gegen die ,,Wiedervereinigung" angemeldet werden. Die Idee, das haben bundesdeutsche Politiker mittlerweile

begriffen, schmeckt den beiden Supermächten und den europäischen Nachbarstaaten nicht. Ihre Verwirklichung könne etwas in Gefahr bringen, was als äußerst heilig gilt und mit dem Wort „Stabilität" umschrieben wird. Gorbatschows dem französischen Präsidenten Mitterand gegenüber ausgesprochene Drohung mit einer sowjetischen Militärdiktatur, die der deutschen Wiedervereinigung auf dem Fuß folgen und damit aller Perestroijka ein Ende setzen würde, hat einen gewissen Eindruck gemacht, auch wenn sie hinterher dementiert worden ist.

In den westeuropäischen Hauptstädten rechnet man Bevölkerungszahlen und Bruttosozialprodukte von DDR und BRD zusammen und macht sich Sorgen, ob ein solcher Koloß nicht das gerade auf dem Reißbrett entworfene europäische Häuschen aus dem Gleichgewicht brächte. Realisten in der Bundesrepublik ziehen es deshalb vor, die Bedenken der Amerikaner, der Sowjets, der Franzosen und Briten zu zitieren, wenn sie nach ihrer Meinung zur „Wiedervereinigung" gefragt werden. So als gäbe es keine eigenen Motive, die Bildung eines einheitlichen deutschen Nationalstaats abzulehnen. Es im Namen ausländischer Bedenken zu tun, heißt riskieren, daß sich die seit der Öffnung der Berliner Mauer geweckten nationalen Leidenschaften gegen „das Ausland" kehren. Die um ihre Vereinigung gebrachten Deutschen wären wieder einmal das, was sie am liebsten sind: unschuldige Opfer.

Angenommen, jemand sei auf die Idee gekommen, weil alle Welt um ihn herum aufgeregt herumflattert, es mit dem Fliegen zu probieren, habe sich bei dem Versuch allerdings die Knochen gebrochen und andere mit in die Tiefe gerissen. Angenommen, der Betreffende sei nicht davon abzubringen gewesen, es ein zweites Mal zu versuchen, habe sich nicht nur den eigenen Schädel zerschmettert, sondern auch eine Steinlawine ausgelöst, die dann Dörfer und Städte unter sich begrub. Angenommen, der zweimal Verunglückte habe Kinder hinterlassen, und die machten nun Anstalten, sich unter Hinweis auf die veränderten Windverhältnisse und ihre gesündere Konstitution erneut den Lüften anzuvertrauen — solche Individuen würde man doch empfehlen wollen, nach zwei gescheiterten Experimenten von dem Projekt Abstand zu nehmen und zu weniger riskanten Fortbewegungsarten zurückzukehren. Die Deutschen, die es jetzt nach dem deutschen Nationalstaat drängt, und die bisher mit Gewalt davon abgehalten wurden, ihrem Drang zu folgen, sie kommen mir wie Zwangskranke vor, die ihre eigene Erfahrung als Zumutung entrüstet von sich weisen.

Diese Erfahrung lehrt, daß den Deutschen der Durchgang der Welt durch die Nebelzonen des Nationalismus im 19. Jahrhundert besonders schlecht bekommen ist. Die Deutschen gehörten nicht zu den Völkern, die in einem imperialen „Völkergefängnis" steckten und aus der zeitbedingten Ideologie des Nationalismus die Energie für ihre Befreiung bezogen. Kaum hatte Bismarck ihnen die nationale Einheit verpaßt, entfaltete das Nationale in Deutschland seine vergiftende Wirkung, zuerst antisemitisch nach innen, dann expansionistisch nach außen. Franz Grillparzers prophetisches Wort von der Humanität, die über die Nationalität zur Bestialität führt, hat den Rest der deutschen Nationalgeschichte vorweggenommen. Damit war es 1945 vorbei, dafür bestand die Chance, unter den von den alliierten Siegern geschaffenen Bedingungen an die vornationalen, föderativen Traditionen der deutschen Geschichte anzuknüpfen und eine auch für andere, von nationalen Epidemien heimgesuchte Völker beispielhafte Alternative zum einheitlichen Nationalstaat aufzubauen. Materiell sind die Deutschen dabei glänzend weggekommen. Doch jetzt, scheint es, wollen sie noch höher hinaus.

Vielleicht sind sie, zusätzlich angetrieben von den in der DDR akkumulierten Frustrationen und von den aus dem ökonomischen Gefälle zwischen West und Ost freigesetzten Energien, nicht mehr zu bremsen. Den vier Siegermächten würde kaum eine andere Wahl bleiben, als das, was bei der Ausübung des von ihnen selbst propagierten Selbstbestimmungsrechts herauskommt, hinterher abzusegnen. Der Ausdehnung der „Wiedervereinigung" auf die Westgebiete Polens würden sie sich, allen voran die Sowjetunion, voraussichtlich widersetzen.

Es kann also sein, daß Gegnerinnen und Gegner der deutschen „Wiedervereinigung" demnächst ziemlich dumm dastehen, überrollt von der Gewalt der Geschichte. Doch was für eine Geschichte wäre das, die sich da durchsetzt? Sie würde auf verblüffende Weise die aus den Kriegsruinen fett und feist auferstandene Arroganz der Bundesrepublik mit dem in der Deutschen Demokratischen Republik jahrzehntelang genährten falschen Bewußtsein versöhnen, das den DDR-Deutschen einredete, zusammen mit der Sowjetunion den deutschen Nationalsozialismus besiegt zu haben. Der Zweite Weltkrieg hätte auf beiden Seiten schließlich nur noch Sieger zurückgelassen. Opfer des deutschen Vernichtungsfeldzugs, die das Pech hatten, an seinem Ende nicht unter die approbierten Sieger aufzurücken, wären von neuem nichts als Opfer, zählten also geschichtlich nicht. Die Geschichte, die sich mit einer deutschen „Wiedervereinigung" krönt, würde aller Welt eine Lektion in Zynismus erteilen, nämlich lehren, daß man sich, wenn man nur reich und mächtig ist, alles erlauben kann, einschließlich Massenmord und anschließender Kriegsniederlage, man bleibt immer oben und flößt Furcht ein.

„Was mich bei den Ereignissen in Berlin beunruhigt" schrieb der Schriftsteller und ehemalige Auschwitzhäftling Elie Wiesel nach der Öffnung der Berliner Mauer in der „New York Times", „ist nicht nur deren möglicher Effekt auf die Zukunft, sondern auch auf die Vergangenheit." Es sieht jetzt so aus, als sei der 1986 ausgebrochene deutsche Historikerstreit nur das intellektuelle Präludium zu der massenhaften Austreibung der Vergangenheit gewesen, die sich im bewußtlosen Vereinigungsfuror auf deutschen Straßen vollzieht. Während sich die Täter fröhlich vereinigen und ihre Reichtümer zusammenwerfen, damit Glück und Wohlstand herrsche in ihrem armen reichen Land, sind ihre Opfer dazu verurteilt, still für sich die Erinnerung an die Ermordeten wachzuhalten. Die Juden. Die Polen. Die Balkanvölker. Die Sowjetvölker. Und viele andere. Das Glück der deutschen Vereinigung tötet sie noch einmal. Wiedervereinigung. Endlösung der deutschen Vergangenheitsfrage. Sendeschluß der Gerechtigkeit. *

(aus: WOZ, Nr. 51/52, 22. Dezember 1989)

PEER PASTERNACK

„Wiedervereinigung" oder Eigenstaatlichkeit der DDR?

Der nachfolgende Beitrag wurde der Redaktion aus der DDR zugeschickt. Der Autor, Student an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und Mitglied des dortigen Studentenrates, beleuchtet die aktuelle Diskussion um „Wiedervereinigung" und Eigenstaatlichkeit der DDR in der Perspektive der dortigen Auseinandersetzung.

Der Text wird unverändert abgedruckt. Dieser Hinweis erscheint der Redaktion notwendig, um die teilweise unterschiedliche Begrifflichkeit zu erklären. Eine Übertragung etwa des Begriffs „politische Subjekte" in „AktivistInnen" o.ä. würde dem Inhalt nicht gerecht.

Mittlerweile durchgeführte Umfragen weisen zwischen 27 und 48 % der Bevölkerung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus. Das ist unheimlich stimmungsabhängig, die Stimmungen werden stark beeinflußt von den jeweils gerade aufgedeckten Korruptionsskandalen: mensch versuche nicht, einen schlüssigen Zusammenhang zu finden — die Situation ist halt so.

Ungerechtfertigt ist meines Erachtens, jeder/m WiedervereinigungsbefürworterIn von vornherein Nationalismus oder gar Rechtsradikalismus zu unterstellen. Vielmehr ist es erst einmal die absolute Hoffnungslosigkeit, die die Leute in den Wiedervereinigungstaumel treibt, daß die DDR nicht in der Lage sein könnte, sich in einigermaßen angemessener Zeit am eigenen Schopf aus dem wirtschaftlichen Sumpf zu ziehen (Anlaß für diese Hoffnungslosigkeit ist vor allem die jetzt erfolgende Offenlegung der katastrophalen wirtschaftlichen Lage).

Dies verbindet sich mit einem tiefgehenden Identitätsdefizit: nach dem Publikwerden der Einzelheiten und des Ausmaßes der Korruption und des Amtsmißbrauchs der ehemaligen Führung brechen alle (ohnehin in den letzten Jahren schon stark angeschlagenen) Werte in sich zusammen. Vielen wird jetzt schockartig klar, daß die sozialistische DDR-Identität ein Propaganda-Phantom gewesen ist, und sie greifen nach dem, was sich gerade am deutlichsten anbietet, um dieses Identitätsdefizit aufzufüllen: sie erinnern sich, wir sind doch alle Deutsche!

Gleichwohl muß natürlich die Gefahr gesehen werden, daß ein großer Teil der Wiedervereinigungsbefürworter ein Potential für Rechtspopulisten ist. Ein Indiz dafür ist die zunehmende Ausländerfeindlichkeit.

Eine nicht sonderlich rühmliche Rolle spielen in der Wiedervereinigungsdebatte die meisten der politischen Subjekte, sowohl die in der Opposition wie auch die an der Regierung beteiligten. Ausnahmen bilden hier lediglich die SED-PDS, die Vereinigte Linke, bedingt Demokratie Jetzt und einige Teile des Neuen Forum. In der DDR hat praktisch der Wahlkampf begonnen, und eines seiner wesentlichen Merkmale ist, daß von den politischen Subjekten — bis auf die genannten Ausnahmen — möglichst verschwommen zur Wiedervereinigungsfrage Stellung genommen wird, um ein mögliches Wählerpotential nicht zu verlieren. Diesbezüglich gibt es zudem einen problematischen Kontrast zwischen offiziellen Stellungnahmen der Führungs- oder Sprechergremien, aus denen oftmals noch relativ klare Aussagen entnommen werden können, und dem Auftreten der Vertreter an der Basis (wo ja der eigentliche Wahlkampf stattfindet), das von dem Bestreben gekennzeichnet ist, in der Wiedervereinigungsfrage sich möglichst weit ausdeutbar zu artikulieren. Es herrscht die gefährliche Meinung vor, daß es vor allem wichtig sei zu verhindern, daß die Opposition durch unterschiedliche Auffassungen in der Wiedervereinigungsfrage gespalten wird. Hinzu kommt, daß der Demokratische Aufbruch und die Liberaldemokratische Partei ausdrücklich gesagt haben, mit ihnen sei kein „weiteres sozialistisches Experiment" zu machen. Der auf dem letzten Parteitag der DDR-CDU vollzogene Rechtsruck läßt praktisch das gleiche für diese Partei gelten. Die DDR aber macht nur einen Sinn, wenn sie eine gesellschaftliche Alternative zur Bundesrepublik ist. Andernfalls ist es sozusagen unnötiger Verwaltungsaufwand, wenn sie als eigenständiger Staat bestehen bleibt.

Populismus mit Blick auf die Wahlen

Als letzte Hoffnung könnte man sich noch an die Interessen der Alliierten klammern, doch ist dies meines Erachtens sehr fragwürdig. Denn die Alliierten können nur ein Veto gegen sofortige politisch-administrative Vereinigung der beiden deutschen Staaten einlegen. Nichts unternehmen können sie aber gegen eine schleichende wirtschaftliche Vereinigung, also Öffnung der deutsch-deutschen Grenze für *ungesteuerten* Kapitalfluß von West nach Ost. Wenn das erst einmal passiert ist, wird die Abschaffung der Grenze nur noch ein formal-juristischer Akt sein. Hier, im ökonomischen Bereich, muß also der Ansatz liegen für eine Politik wider die Vereinigung. Ob eine solche Politik eine Chance hat, entscheidet sich mit dem Ergebnis der Wahlen am 6. Mai. Wie die Aussichten stehen, ist schwer zu beurteilen, da die meisten politischen Organisationen und Parteien sich eines ausgeprägten Populismus befleißigen, um programmatische Defizite auszugleichen, und

insofern nicht gesichert ist, daß die tatsächlich besten Vorschläge von der Mehrheit der WählerInnen auch als die besten Vorschläge erkannt und dann in ihrer Wahlentscheidung berücksichtigt werden.

Unter den StudentInnen in der DDR gibt es eine überwältigende Mehrheit für den Erhalt der Eigenstaatlichkeit. 90 bis 95 % dafür ergeben soziologische Untersuchungen. Gleichfalls wird unter StudentInnen zunehmend die Brisanz der sich dynamisierenden Entwicklung erkannt. Es gelingt uns nun beispielsweise, der Okkupation der Leipziger Montagsdemo durch die WiedervereinigungsbefürworterInnen deutliche Zeichen entgegenzusetzen, indem wir einige tausend StudentInnen mobilisieren, die mit DDR-Fahnen und entsprechenden Transparenten in diesen Hexenkessel hineingehen. Gleichwohl müssen wir uns darüber im klaren sein, daß solche Aktionen eigentlich nur deshalb Sinn haben, weil durch sie über die Medien signalisiert werden kann, daß es auch noch Leute gibt, die die Segnungen der ,,sozialen Marktwirtschaft" nicht als den Segen für dieses Land empfinden. Innerhalb der Demo selbst dagegen führt unsere Anwesenheit nur zur Verhärtung der Fronten.

Das Grundproblem dabei ist, daß die WiedervereinigungsbefürworterInnen großteils ArbeiterInnen sind (in der DDR eine stark verkleinbürgerlichte ,,revolutionäre Klasse") und die Wiedervereinigungsgegner — zumindest soweit sie auf die Straße gehen — Intellektuelle und StudentInnen. Vierzig Jahre Softstalinismus — ,,Stalinismus in den Farben der DDR" — haben als ein wesentliches Ergebnis, daß sämtliche Kommunikationsverbindungen zwischen den verschiedenen sozialen Schichten gekappt sind. Sichtbarster Ausdruck dafür ist die weitverbreitete Intellektuellenfeindlichkeit (ein Hauptgrund auch für die Schwierigkeiten der neuen politischen Subjekte, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen). Infolgedessen ist keinerlei Verständigung zwischen den beiden Gruppen auf der Demo möglich.

Eine große Rolle spielt dabei, daß unsere Argumente gegen deutsch-deutsche Vereinigung in den Ohren der anderen keine Argumente sind. Jede/r hält sich für so leistungsfähig, in einer Ellenbogengesellschaft bestehen zu können (dabei wirkt stark die von den bundesdeutschen Medien produzierte Meinung, daß, wer nur etwas leisten wolle, dazu auch die Möglichkeiten, also z.B. einen Arbeitsplatz erhalte). Ob die bundesdeutsche Gesellschaft ihren Reichtum u.a. auf Kosten der Zweidrittelwelt und der natürlichen Reproduktionsgrundlagen erwirtschaftet, interessiert die/den WiedervereinigungsbefürworterIn in geringster Weise, das ist folglich ein Thema, worüber man/frau mit ihnen überhaupt nicht sprechen kann. Soziale Probleme der modernen bürgerlichen Gesellschaft werden als die Späne beim Hobeln angesehen, also auch kein Thema.

Unsere Schwierigkeit ist, daß wir weder hier Bestehendes erhalten wollen, noch anderswo Bestehendes einführen möchten, sondern vielmehr etwas bewahren wollen, was schon einige Zeit im historischen Raum schwebt, ohne bisher eine Chance gehabt zu haben: *die sozialistische Perspektive* — und daß diese diskreditiert ist, indem sie hier vorgeblich schon seit vierzig Jahren realisiert wurde.

Der Ansatz jeglicher Gesellschaftsentwicklung heute muß meines Erachtens sein, daß wir um des Überlebens willen sämtliche bestehenden Systeme reformieren müssen hin zu solidarischen Gesellschaften — solidarisch gegenüber der Natur, im Verhältnis zur Zweidrittelwelt und solidarisch nach innen. Dafür haben die osteuropäischen Länder durch die ja zumindest formal vollzogene Vergesellschaftung der Produktionsmittel die besseren gesellschaftsstrukturellen Voraussetzungen, die westlichen Länder haben die besseren ökonomischen Voraussetzungen. In diesem Prozeß müssen wir zu einem neuen globalen Reproduktionstyp kommen, den man als postindustriellen bezeichnen könnte. Und im Ergebnis dieses Prozesses könnte dann tatsächlich zusammen wachsen, was zusammen gehört (Brandt), nur eben gehört in unserer interdependenten und reproduktiv voneinander abhängigen Welt nicht nur Deutschland zusammen und auch nicht nur Europa, sondern genauso Nord und Süd. In diesem globalen Kontext wird die ,,deutsche Frage" erledigen, indem ihr Inhalt verschwindet, und um diesen Prozeß dorthin voranzutreiben, halte ich Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten mit dem Ziel auch einer Konföderation für durchaus sinnvolle Elemente der Entwicklung — nur eben nicht als Selbstzweck zur Bedienung deutschnationaler Gefühle oder von Kapital- oder Wohlstandsinteressen. *

Was bringt Kohl?
- 10 Stufen auf dem Weg zur halben Kolonie;
- Deutschland-Taumel ohne Perspektive für die Nachbarn;
- Billiglohnland DDR.

Wir sehen und hören täglich:
- Regierungsverhandlungen ohne Legitimation;
- Ausverkauf unserer Betriebe;
- Rufe nach Wiedervereinigung.

Wir haben die Chance, etwas Neues zu beginnen:
- Selbstverwaltung in Betrieben und Gesellschaft;
- Selbstbestimmtes Leben in Solidarität;
- Teilhabe und Verantwortung für alle.

Demonstration zum Kohl-Besuch
Für den Erhalt der Souveränität der DDR!
Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung!

19.12.1989 Treffpunkt: 17.00 Uhr Alexanderplatz zur Demo, 18.00 Uhr Platz der Akademie, Kundgebung

Kirche von Unten · Initiative Frieden und Menschenrechte · Studentische Anti-Wiedervereinigungsinitiativen Berlin · Grüne Partei · Vertreter der Initiative »Für unser Land« · Initiative Vereinigte Linke · Umweltbibliothek Berlin · Autonome Antifa · Initiative für unabhängige Gewerkschaften · Lila Offensive · Mitglieder des Neues Forums Berlin · Bürgerbewegung Demokratie jetzt

Osberlinger Flugblatt zum Kohl Besuch

Originalbeiträge der oppositionellen Gruppen in der DDR

Eine der Hauptpublikations- und Informationsweitergabemöglichkeiten für die ,,linke" Opposition waren und sind die ,,Umweltblätter". Seit September 1989 sind viele Erklärungen, offene Briefe u.ä. in Flugblattform erschienen. Die der Redaktion der ,,Umweltblätter" zugänglichen Flugblätter werden seitdem in dem aktuellen Informationsblatt ,,Telegraph" veröffentlicht.

Wir bieten Euch folgendes an:

,,Umweltblätter" (ung. 70 S., monatlich, 6,— DM/Ex.)

,,Telegraph" (ung. 8 S., wöchentlich, 1,— DM/Ex.)

Auf Anfrage sind auch alte Exemplare der UB und andere Publikationen erhältlich.

Überweisungen und Spenden bitte auf das Konto:
B. Schlegel, Yorckstr. 59, 1 Berlin 61
Kto. Nr. 424 674-105 beim PGA-Berlin
BLZ: 100 100 10

Teilt uns mit, was Ihr gerne hättet und wohin. Alle Spenden und Überschüsse werden zur benötigten Auflagenerhöhung innerhalb der DDR verwendet.

Für die inhaltliche Auseinandersetzung wird ,,gute" und insbesondere ,,gute theoretische" Literatur zu gesellschaftlichen Fragestellungen gesucht. Die existierenden unabhängigen Bibliotheken haben zur Zeit fast gar nichts mehr, was sie verleihen könnten.

BODO SCHULZE

Die „deutsche Frage“ in Frankreich

„Aber die Prämissen — die Legitimität dieser Wiedervereinigung — sind nicht ganz durchsichtig“. Es ist auch nicht ganz durchsichtig, wie sich diese irritierte Feststellung in den ansonsten ganz staatsmännisch geschriebenen Artikel über die Position der französischen Diplomatie zur „deutschen Frage“ verirrte. Seit dem Beginn der großen Demonstrationen in der DDR jedenfalls wird dem Le Monde-Leser tagtäglich eingebläut, daß gegen die Wiedervereinigung von BRD und DDR eigentlich nichts einzuwenden sei, sofern sie nur im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses stattfinde.

Kritische Stimmen stören dieses Unisono nicht. Die Pariser Intellektuellen, im „deutschen Herbst 77“ noch so rührig bei der Sache, halten sich vornehm zurück oder feiern die frohe Botschaft: André Glucksmann sieht „neue Gründe zur Hoffnung“. Der ehemalige Kampfgenosse Che Guevaras und spätere Berater Mitterrands, Régis Debray, heißt die Rückkehr der europäischen Nationalismen im Stile des 19. Jahrhunderts willkommen und orakelt nach Art Le Pens: „Die menschlichen Gruppen wollen allererst sie selbst sein.“ Auch der Deutschlandspezialist Joseph Rovan hat gegen die Vereinigung der deutschen Stämme unter einem Oberhaupt nichts einzuwenden und warnt daher seine Landsleute: „Mißtrauen und Furcht vor einer deutschen Nation, die ihre Einheit wiederfände, werden jenseits des Rheins immer mehr als Beleidigung einer Demokratie empfunden, die sich im Innern wie nach außen hin seit bald einem halben Jahrhundert bewährt hat.“ Scheinbar selbst nicht so richtig überzeugt von seinem Argument, schiebt er als Schockbehandlung den Hinweis auf Le Pens Wahlerfolge nach, die den Deutschen ja genauso befremdlich vorkommen könnten wie den Franzosen der Durchbruch Schönhubers. Nur schaffe es die nationale Rechte in Frankreich bis jetzt eben noch nie aus eigener Kraft, die parlamentarische Demokratie aus den Angeln zu heben.

So überwältigend ist das Bedürfnis nach Normalität, daß den Intellektuellen nichts Besseres mehr einfällt, als den bewußtlosen Gang der Diplomatie mit dem pausenlosen Geleiere vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu schmieren, das natürlich auch den Deutschen zustehe. Mehr als hohle Phrasen aus der KSZE-Schlußakte sollte man von ihnen zur Zeit nicht erwarten. Historische Reflexion, zumal über die spezifische Differenz des deutschen vom französischen „Volk“ sucht man vergebens.

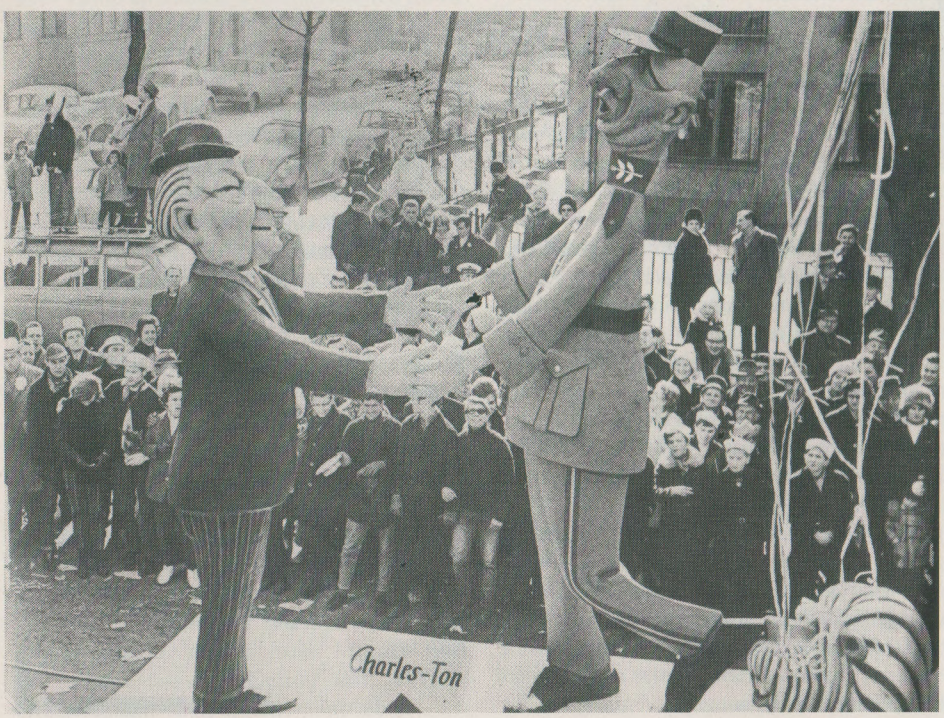
Schlaglichtartig beleuchtet ein Vergleich von Rousseau und Fichte diesen Unterschied. Während „le peuple“ seine Realität allererst in der Republik hat und in Rousseaus *Gesellschaftsvertrag* einzig der Kollektivname ist, der die im Staat Assoziierten als solche bezeichnet, der Staat somit als existierender Territorialstaat immer schon vorausgesetzt ist, gründet Fichte in seiner *Vierten Rede an die deutsche Nation* „das Volk“ auf die Sprache als der „aus allen Zeitgenossen sprechenden gemeinsamen Naturkraft“; eine Bestimmung, die prinzipiell jenseits der Logik des Territorialstaats liegt und im heutigen Grundgesetz in Form des „Volksdeutschen“ fortwest.

Stillegung historischer Reflexion

Es versteht sich, daß sich die Diplomatie mit derlei Begriffsspalterei nicht befassen kann, sondern in linksradikal-anarchistischen Kreisen löst mitunter Verwunderung aus, wer gegen den Wiedervereinigungsdrang der Deutschen in Ost und West Stellung bezieht. Kann man sich zwar rasch darauf verständigen, daß der Staat und also *alle* Staaten und Nationen abgeschafft gehören, so erschwert gerade dieser an sich richtige Prinzipialismus eine historische Reflexion über die spezifisch *völkische* Dynamik des deutschen Nationalismus.

Paradoxerweise trifft sich der staatsbürgerliche mit dem staatskritischen Menschenverstand in Frankreich in der Auffassung, das Problem der bundesdeutschen Linken mit der Nation sei einem „Schuldkomplex“ geschuldet, der sich nach dem zweiten Weltkrieg als allgemeines Bewußtsein in der BRD herausgebildet habe und dessen letzte Vertreter nun diejenigen seien, die sich mit dem „Normalisierungsprozeß“ in Sachen deutscher Nation partout nicht abfinden wollen. Obendrein, so kann man hören, betreibe dieses als Idiosynkrasie mißverstandene historische Bewußtsein das Spiel des französischen Nationalismus der Konservativen und Parteikommunisten und sei daher als schuldbewußte Identifikation mit dem Angreifer zu interpretieren.

Es wäre offensichtlich völlig verfehlt, dem einfach nur mit der naheliegenden Retourkutsche zu begegnen, die Fahrlässigkeit im Umgang mit der „deutschen Frage“ arbeite den Rechten in der Bundesrepublik in



die Hände. So löste sich Reflexion ins Spiegelspiel der gängigen Meinungen links und rechts des Rheins aus, wodurch sich Mißverständnisse befestigten, die es aufzulösen gilt.

Der in Diskussionen über den deutschen Nationalismus stets in der Luft liegende Vorwurf des ,,Schuldkomplexes" zeigt zunächst einmal, wie erfolgreich die von allen Bundesregierungen im Ausland verfolgte ,,Politik des mea culpa" war. Durch die Rede von der ,,Kollektivschuld" setzte sich zumal in Frankreich der Eindruck fest, die Deutschen seien geknickte Zeitgenossen, deren Lebensweg allseits nach Canossa führten. Noch kürzlich gab Genscher ein Beispiel dieser Demutsgesten, als er das Gerede über Wiedervereinigung als destabilisierend bezeichnete und dann rasch hinzufügte, im übrigen stünde der Status Deutschlands ,,aufgrund einer schuldbeladenen Geschichte" nicht in der Verfügungsgewalt der Deutschen. So oft wurden solcherlei, ja nur alliierte Prärogative in eine verquaste Form bringende Floskeln wiederholt, daß über den manifesten Inhalt der latente ganz und gar überhört wird: Deutschland, klingelt es im Hintergrund, ist kein souveräner Staat, sondern ein besetztes Land, ein ,,Fellach" der Alliierten (Egon Bahr).

In der Kollektivschuldformel wurde verquer zusammengezogen, was reflektiert zusammengehört nur für die damalige Generation: die individuelle Schuld und die historische Reflexion über das Kollektiv Volksgemeinschaft. Sie ermöglichte es den einzelnen, sich die Frage ihrer je individuellen Schuld erst gar nicht zu stellen, rettete die Volksgemeinschaft in die parlamentarische Demokratie hinüber und ertränkte jene Reflexion in billigen Schuldgeständnissen. So konnte nach einiger Zeit die späte Geburt zu ihrer eigenen ,,Gnade" werden, die vorzüglich darin besteht, daß der Jüngere den Zufall der Generationsfolge, die ihm unmittelbare Schuld ersparte, nun dahingehend kapitalisiert, offen zu betreiben, was die Eltern noch in der ,,Kollektivschuld" verstecken mußten: die Stillegung jener Reflexion. Gerade indem er vermeint, sich naiv mit einem Kollektiv identifizieren zu können, das sich zum überwiegenden Teil nunmehr aus individuell Schuldlosen zusammensetzt, hat er vermittelt über die geschichtliche Kontinuität der Volksgemeinschaft an der Schuld seiner Eltern teil.

Nicht vom Autor dieser ,,Gnade der späten Geburt" ist hier die Rede, sondern von jenen deutschen Jugendlichen auf Reisen ins Ausland, die viele Franzosen dafür bedauern, daß sie so ein gestörtes Verhältnis zu ihrer Nation haben und denen man doch zugestehen müsse — da sie nunmal ,,keine Schuld tragen" —, auf ihre Nation stolz sein zu wollen und neuerdings auch stolz zu sein — wie wir Franzosen auch. Diesem Fetischismus der Unmittelbarkeit mit dem ebenso unvermittelten Hinweis auf Auschwitz zu kontern, wäre — wo nicht fruchtlos — ganz falsch, da er in Frankreich meist anders aufgenommen wird, als es beabsichtigt sein mag.

Zum diabolischen Ereignis entwirklicht, dient die Phrase vom ,,unvergleichlichen Horror" der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie als negative Projektionsfläche, vor der sich der französische Kolonialismus und die parlamentarische Demokratie ganz allgemein als die beste aller möglichen Welten stets rechtfertigte. Französische Linksradikale wiederum zogen aus der Instrumentalisierung von Auschwitz in der antifaschistischen Résistance-Ideologie den voreiligen Schluß, französischen Kolonialismus und Judenvernichtung in den großen Prinzipientopf der Staatsverbrechen zu werfen, ein Kurzschluß, der genauso unhistorisch und national borniert ist wie jener Diabolismus: Die einen legitimieren den französischen, die anderen den deutschen Nationalismus. Mehr noch. Beide Positionen reißen Auschwitz aus dem geschichtlichen Zusammenhang des deutschen Nationalismus — die bei den demokratischen Parlamentsfraktionen übliche Dämonisierung ebenso wie die Auflösung der Judenvernichtung in die Funktion, die sie in dieser Staatsideologie hat. Geschichte verschwindet in der interessierten Rede über sie. Im Extremfall führte dieser Nominalismus bei manchen Linksradikalen, Postsituationisten und Anarchisten dazu, die ,,Thesen" Robert Faurissons, des ,,Historikers" der ,,Auschwitz-Lüge", zumindest für diskussionswürdig, wenn nicht gar als erwiesen zu

Solidarität? Kalkül!

Ein der Bundesregierung nahestehender Pressedienst läßt über die bundesdeutschen Vertretungen im Ausland unter dem Titel ,,Die Deutschen in der Bundesrepublik bekunden Solidarität in historischer Stunde" ein Papier verteilen, in dem unter anderem steht:

,,Aus- und Übersiedler werden — das steht schon jetzt fest — einen Gewinn für die Bundesrepublik Deutschland darstellen. (. . .)

- *Das reale Bruttosozialprodukt wird im Jahre 2000 um 84 Milliarden DM höher liegen als ohne Aussiedlerzuwanderung.*
- *Wegen des konzentrierten Zustroms von Aussiedlern in den nächsten Jahren wird schon Ende 1993 ein zusätzliches reales Sozialprodukt von 60 Milliarden DM ereicht.*
- *In den Jahren 1989/1993 entsteht ein Konjunkturprogramm in der Größenordnung von mehr als 100 Milliarden DM infolge der gestiegenen Nachfrage nach Konsumgütern, Dienstleistungen und Wohnungsbauten.*
- *Allein im Zeitraum 1989 bis 1993 ergibt sich ein zusätzliches Arbeitnehmereinkommen von 120 Milliarden DM.*
- *Die Wachstumseffekte der Aussiedlerintegration führen von 1989 bis 2000 zu Steuermehreinnahmen der Gebietskörperschaften in Höhe von 252 Milliarden DM." Kapiert?*

Solidarität ist, wenn die Kasse klingelt — angesichts der nationalistischen Aufwallung und Aufblähung sollen wir neudeutsch umlernen: Solidarität ist nur eine Form des geschäftstüchtigen Kalküls. **L.L.**

betrachten. Was den Konsens der Demokraten stört, soll schon deswegen irgendwie interessant sein. Der Geschmack des Bohémien am Skandal spielt dabei zuweilen eine größere Rolle als vernünftige Reflexion.

Ambivalentes Deutschlandbild

Die Verkennung der geschichtlichen Wirklichkeit von Auschwitz hat aber nicht nur innenpolitische Gründe. Als nach dem Zweiten Weltkrieg der deutsch-französische Annäherungsprozeß in Gang kam, wurde den Franzosen — gleichsam als Pendant zur Kollektivschuldfassade in der BRD — die ungeheure Abstraktionsleistung abverlangt, in den Deutschen als Kollektiv nicht mehr den Erbfeind sondern den Kollektivfreund zu erblicken, gleichzeitig aber davon abzusehen, daß gerade dieses Kollektiv Auschwitz, das nun dämonisierte, zu verantworten hat. Indem die grausame Wahrheit des deutschen Kollektivs aus der ,,Freundschaft" zu ihm verdrängt wurde, entstand jene Ambivalenz im französischen Deutschlandbild, die noch in jedem Gespräch mit Franzosen auf merkwürdig ungreifbare Weise zum Vorschein kommt. Die anbefohlende Versöhnung drückte Auschwitz unter die Ebene des Bewußtseins, wo es nun in mythischer Angst rumort.

Lange Zeit machte sich diese gesellschaftliche Schizophrenie an wirtschaftlichen Tatsachen fest. Auf der Rechten hallte in der Bewunderung der starken D-Mark und des sozialen Friedens in der BRD untergründig stets die Erinnerung an das klackende Geräusch der SS-Stiefel nach. Der traditionellen Linken dagegen war diese Friedhofsruhe eher suspekt; einer gewissen Faszination vor der Verhandlungsmacht der bundesdeutschen Einheitsgewerkschaft und den staatlichen Sozialeinrichtungen konnte sie sich aber kaum entziehen. Unterschiedlich im Inhalt, schwankten Linke wie Rechte formgleich vom Einerseits ins Andererseits und wieder zurück. Wie die ökonomische Leistungskraft der notdürftig demokratisierten Volksgenossen mit der nationalsozialistisch produzierten gesellschaftlichen Grundlage vermittelt ist, durfte nicht zu Bewußtsein kommen, da anders Auschwitz aus dem ahistorischen Reich der Dämonen in die gesellschaftstheoretische Reflexion hätte zurückgeholt werden müssen, was den antifaschistischen Ursprungsmythos der vierten und fünften Republik ebenso gefährdet hätte, wie die erzwungene ,,Freundschaft mit den Deutschen".

Als dann die Staatsbürger der DDR die ,,deutsche Frage" auf die politische Tagesordnung setzten, demonstrierte sich diese Ambivalenz an ihrem probaten Thema. Man freute sich mit den Berlinern in Ost und West, schließlich: ,,Was würden wir denn sagen, wenn durch Paris eine Mauer ginge", wachte am nächsten Morgen aber mit einem unguten Gefühl auf. Diffuse Angst macht sich breit. ,,Ja, aber. . .", klang es durch die Bistro-Gespräche.

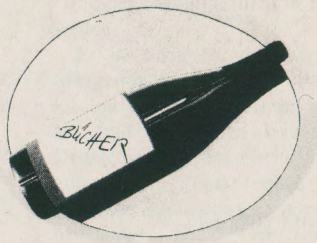
Um das allgemeine Unwohlsein in Staatsraison umzubiegen, wird fleißig an Rationalisierungsstrategien gebastelt. Bloß keine Einwände vorbringen; nur nicht die ,,deutsche Empfindlichkeit" aufreizen: Schlafende Hunde weckt man nicht. Allenthalben wird die beschleunigte Integration beschworen, um einem deutsch-deutschen Alleingang zuvorzukommen. Und falls das dennoch schiefginge, trüge die Schuld . . . Frau Thatcher, die Sündenziege der EG. In solchen und ähnlichen Besänftigungsstrategien kommt verquer zum Vorschein, daß die Dynamik des völkischen Nationalismus nicht im kalten Gang der europäischen Integrationsdiplomatie aufgeht. Wie wenig manche das wahrhaben wollen, zeigt exemplarisch ein Le Monde-Kommentar zur letztjährigen Polenreise des Bundeskanzlers.

Als Galinsky sich weigerte, Auschwitz in Begleitung Kohls ausgerechnet an einem Samstag zu besuchen, und die Stippvisite daher auf den darauffolgenden Dienstag verschoben wurde, kommentierte Kanzleramtssprecher Klein, die Regierung habe das ,,internationale Judentum" nicht vor den Kopf stoßen wollen. Nun vermerkt der Kommentator zwar, daß es sich dabei um eine ,,geläufige Formulierung der Nazipropaganda" handele, titelt aber den entspechenden Absatz seines Artikels nicht etwa ,,Antisemitismus" sondern ,,das Judenproblem" und lenkt im weiteren aufs diplomatische Feld ab — auf den ,,heiklen Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen". Der systematische Zusammenhang zwischen deutschem Nationalismus, Drang nach Osten und Antisemitismus wird auseinandergerissen zur zwischenstaatlichen Diplomatie hier, zum moralisierenden Antinazismus dort. Von der ,,deutschen Frage" aber wurde diese Episode fein säuberlich abgetrennt in einen extra umrahmten Kasten gesetzt.

Inzwischen pfiff Mitterrand im Dunkeln und betonte bei jeder Gelegenheit, er habe keine Angst vor einer BRDDDR. Die französische Diplomatie ist trotz der großen Gesten ihres Chefs auf dem Rückzug. Der Geist von München geht um. Während der französische Außenminister Dumas durch unablässiges Wiederholen derselben Formel sich selbst zu überzeugen suchte, daß die ,,Wiedervereinigung nicht aktuell" sei, breschte Kohl mit seinem Schweigen zur Oder-Neiße-Linie vor. Prompt entschuldigten ihn die Kommentatoren mit innenpolitischen ,,Wahlkampfrücksichten". Als er dann auf Mitterrands Drängen hin die Unantastbarkeit der Ostgrenze verquast und reichlich implizit anerkannte, war die französische Diplomatie so erleichtert, daß sie gegen Kohls Marschtempo — das Marschziel stand sowieso nie in Frage — nichts mehr einzuwenden wußte.

Daß die organische Metapher vom ,,Zusammenwachsen" von BRD und DDR nicht wahrgenommen wird, versteht sich dann beinahe von selbst. Aber wie sollte man dieses Wort auch angemessen übersetzen. *

Anzeige



NEUERSCHEINUNGEN

WILHELM ALFF
GELEGENTLICHE GEDICHTE
In zeitlicher Folge 1944 – 1989

HARTMUT ANDRYCZUK
ANDROGYNYSEE

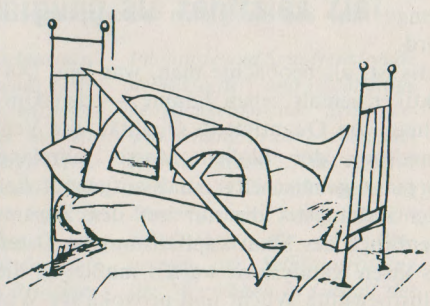
EDITH ARON
DIE ZEIT IN DEN KOFFERN

DETLEV CLAUSSEN
MIT STEINERNEM HERZEN
Politische Essays 1969 – 1989

JOCHEN HÖRISCH
DAS ABENDMAHL, DAS GELD UND DIE NEUEN MEDIEN

BIRGIT MÜLLER
SETZE WEIZEN IN DIE HAND DER FRAU
VOM BROT IN FLORENZ

Last but not least unser »Leeres Buch« mit einer Prägung von Saul Steinberg
DM 10.–



VERLAG & BUCHLADEN BETTINA WASSMANN
AM WALL 164 · 2800 BREMEN · Tel. 0421 – 327627

FALLOBST

JOACHIM BRUHN

Das Wahrlügen der Reklame

„Es gibt das Volk. Das ist jetzt bewiesen", reportiert Martin Walser der „Frankfurter Allgemeinen" am 5. Dezember 1989 mit einer Nonchalance, als mache ihm das gar nichts aus. Den abgeklärten Zeitgenossen, der schon einmal Disney-World besucht hat, beeindruckt es herzlich wenig, Galilei bei der Entdeckung des Fallgesetzes zu erwischen. Wie Schuppen fällt es Leuten von den Augen, die immer schon durchblickten, und der Bote, der die fieberhaft erwartete Nachricht bringt, ist selbst so verblüfft, daß er sich als das Gewohnheitstier aufführt, das, wie jeden Morgen die Zeitung aus dem Briefkasten holt. Es ist, als habe man die infantile Nation, verkörpert in Martin Walser, in genau dem Augenblick ertappt, da ihr bewußt wird, daß sie sprechen kann, aber noch nichts gesagt haben will, in genau der historischen Sekunde also, in der die „deutsche Frage" zum Ausrufezeichen greift und all die urdeutschen Antworten schon auf der Zunge hat, die sie gleich herausplappern wird.

Es ist, als beobachte man, was kein Dialektiker jemals sehen konnte — den Umschlag von Quantität in Qualität, die Verwandlung der bloßen Masse jahrelang sorgsam gehätschelter und aufgehäufelter Identitätsängste, die nur auf den Zusammenbruch des Staatskapitalismus im Osten als ihren Katalysator warten mußte, in die selbstbewußte Wucht und provokative Wut des Kollektivs. Noch weiß der puterstolze, wie aus dem Ei gepellte Nationalwahn nicht so recht, ob er der eher taktisch denkenden Obrigkeit schon so ganz willkommen ist. Diese Unsicherheit macht den merkwürdigen Klang von Walsers Kassensturz „Zum Stand der deutschen Dinge" aus, in dem sich die Leidenschaft des Insektenforschers fürs wimmelnde Treiben des Organischen mit der Gelassenheit des Theologen im Angesicht des himmlisch jenseitigen Lebens nicht zur Katzenmusik logischer Widersprüche fügt, sondern vielmehr zur grandiosen Harmonie des ontologischen Volskbeweises.

So ist die „Frankfurter Allgemeine" vom 5. Dezember schon jetzt ein unschätzbares historisches Dokument, das die besten Aussichten hat, den Rang der konstantinischen Schenkungsurkunde zu erreichen, jener Urkunde, die sich die Päpste selbst fabrizierten, um ihre Bereicherungssucht mit den Weihen historischer Legitimität vom Ursprung her zu versehen. Sie ist nicht nur deshalb einzigartig, weil sie Walsers Wasserstandsbericht vom „deutsch-deutschen Zusammenfluten" gedruckt hat und damit allen, denen das Wasser sowieso schon bis zum Halse steht, den Ausländern und vielleicht ein paar Linken, den unter Umständen wertvollen Hinweis gegeben hat, sich aufs Untertauchen vorzubereiten. Sondern auch deshalb ist die „Frankfurter Allgemeine" vom 5. Dezember ein äußerst wertvolles Dokument, weil die Redaktion den Bericht des „gebrannten Zeitgenossen" Walser, der die deutsche „Verantwortungsgemeinschaft" vor der Geschichte am liebsten vom Auschwitzer Krematorium herleitet, gleich auf den nächsten Seiten um zwei Artikel ergänzt hat, die es nicht nur erlauben, der organischen Chemie des teutogenen Schwachsinns auf die Schliche zu kommen, sondern auch die Rolle zu beleuchten, die eine von der sozialistischen Weltrevolution zur ökopazifistischen Krähwinkeltreue verkommenen Bewegung im nationalideologischen Laboratorium hat spielen dürfen.

Denn kaum hat man Walser dabei beobachtet, wie er sich um einen „messianischen Marxismus" erleichtert, fällt beim Umblättern der Blick auf die Schlagzeile „Leiden an Adorno", die ein Klagelied übers Verhältnis von deutschem Gemüt und menschlicher Vernunft ankündigt. Der Vorwand — die Rezension der Tagebücher Thomas Manns, die er während der Arbeit am „Doktor Faustus" führte — ist fadenscheinig, denn schlagend bewiesen werden soll, daß es eine genialisch zur Kultur drängende deutsche Schaffenskraft vom Schlage Manns unmöglich mit einem ausgemachten Nörgler und Ideologiekritikaster vom Typ Adorno aushalten kann. Unter der Vernunft, versteht sich, kann deutsches Leben nur leiden; sie ist so wasserfest, daß sie dem „Zusammenfluten" trotzt. Und welcher sozialwissenschaftlich gebildete Linke, welcher sozialtechnologisch arbeitende Grüne wäre noch nie darüber verzweifelt, die intransigente Kritik Adornos zur geschmeidigen Methode und zum populären Instrument verbiegen zu wollen? Wer würde das nicht verstehen wollen, daß die Kritik das Gift des Lebens ist? Mit den „Leiden an Adorno" wird so das eine Thema angeschlagen, über das sich die Volksgemeinschaft längst vor dem Fall der Mauer — aus vielerlei Gründen, die aber im Ergebnis herzlich egal sind — parteiübergreifend einig war: des unendlichen Redens. In der Aversion gegen die Kritische Theorie, die sich aus dem Widerwillen gegen jedes Denken speist, das sich nicht zur *Meinung* machen läßt, wurde die nationale Gesinnung geprobt, die nun, nach dem Volksfest, auf die Fahndung nach den Urhebern all der Zwistigkeiten und Zänkereien gehen wird, die das ontologisch schon immer in seiner Existenz bewiesene Volk bislang um die phänomenale Geltung brachten.

Auch hier ist die „Frankfurter Allgemeine" vom 5. Dezember allzugerne behilflich. Gleich auf der nächsten Seite veröffentlicht sie, ganz nach Art der dümmlichen Reklamewettbewerbe, die einen in der ganzen Zeitung nach den Buchstaben des Glückswortes suchen lassen, eine weitere sog. Buchbesprechung mit der Überschrift: „Physiognomische Fragmente". Hier wird die Frage konkret gestellt, die nach Walsers Eröffnung und dem feuilletonistischen „warming up" fällig ist: „Kann man sehen, wer Jude ist?

Der Bogen vom „messianisierten Marxismus" über das „Leiden an Adorno" zur jüdischen „Physiognomie" ist geschlagen, der Feind erkannt, und die Identifizierung jener, die sich diesem Fahndungsraster entziehen können, wieder auf den Anfang verwiesen, eine Enttäuschung, die dem Eifer die Sporen gibt und die Ohren spitzen läßt: Wer in Zukunft von „Gesellschaft" spricht, statt vom Volk, wer den lebendigen Organismus der ganzheitlichen Nation zum abstrakten und falschen gesellschaftlichen Ganzen erklärt, der denunziert sich selbst.

Die Walser'sche Fahndungsdurchsage mag treffen wen immer — die Linke jedenfalls nicht. Denn die deutsche Linke und die grünen Deutschen haben sich die Sprache noch nie „soziologisch sterilisieren lassen" und immer, frei nach Mao Tse Tung, von den „Völkern, die Befreiung wollen" geschwärmt; das „andere Deutschland" wußte meist sehr genau zwischen den guten nationalen Befreiungsbewegungen, wie zum Beispiel die kambodschanische unter Pol Pot eine war, und den verderbten, den Bewegungen der Tiroler und Sudetendeutschen etwa, zu unterscheiden. So besteht zwischen der Nation und ihrer Linken aller Häme zum Trotz ein recht inniges Verhältnis, das sich darin resümieren ließe, daß es die Rechte herzlich wenig zu kümmern braucht, wenn die Linke wieder einmal ein revolutionäres Volk ausfindig gemacht hat, sei es auch in Nicaragua, so lange es eben nur — ein *Volk* ist. *

INTERNATIONALE PRESSESTIMMEN

DDR-BRD:

Stabilität nicht in Frage stellen . . .

In einem Interview, das der Korrespondent der Presseagentur Nowosti Wladimir Markow führte, erläuterte Nikolai Protugalow, Berater im ZK der KPdSU, kurz nach der Öffnung der Mauer die sowjetische Position in Sachen „Wiedervereinigung". Das Interview, aus dem wir nachfolgend einige Auszüge dokumentieren, wurde in „Sowjetunion heute", 12/Dezember 1989, abgedruckt.

Frage: *Wie sehen Sie unter den neuen Bedingungen an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten die Gegenwart und vor allem die Zukunft dieser Staaten im Hinblick auf die nationalen Interessen der Deutschen und auf die gesamteuropäischen Belange?*

Portugalow: Eins ist klar: Es gibt keine zwei deutschen Nationen. Es gibt eine deutsche Nation. Allerdings hat gerade die deutsche Nation ernorme historische Erfahrung mit der nationalen Existenz in mehreren Staaten. Und ich wüßte nicht, warum man nicht ruhig sagen könnte, daß die Existenz einer souveränen DDR nicht zur Disposition steht, schon aus der geschichtlichen Erfahrung heraus.

Wissen Sie, der deutsche Einheitsstaat, vom Bismarck-Staat bis hin zum Dritten Reich, war eine historisch relativ kurze, wenn auch ungemein tragische Episode der gesamten deutschen Geschichte. Hingegen gibt es eine Legitimation der selbständigen und souveränen staatlichen Existenz der DDR. Sie liegt in den Geboten der europäischen Stabilität.

Machen wir uns nichts vor: Wiedervereinigung in der Form, wie man sich das in gewissen Kreisen der Bundesrepublik vorstellt, paßt keinem der Nachbarn der beiden deutschen Staaten, im Osten wie im Westen, ins Konzept. Das ist mit den Erfordernissen der Stabilität geostrategisch unvereinbar. Deswegen glaube ich, daß in absehbarer Zukunft, aber auch langfristig, die beiden deutschen Staaten souverän und gleichberechtigt, zwar nicht gegeneinander, aber miteinander weiterexistieren werden.

Allerdings unter der Voraussetzung, daß beiden das Recht auf ein Sonderverhältnis eingeräumt wird als zwei Staaten, die zwar verschiedenen Systemen angehören, die aber beide Staaten der deutschen Nation sind.

Frage: *Welchen Stellenwert haben in diesem Zusammenhang sicherheitspolitische Aspekte?*

Portugalow: Damit hängt auch unmittelbar das Recht auf eine besondere deutsche Sicherheit zusammen, die vor allem mit dem Schicksal der Deutschen in Europa zu tun hat. Ist es denn nicht so, daß die Deutschen bei der leider noch nicht überwundenen militärischen und politischen Konfrontation das einzige Volk in Europa sind, d.h. die beiden Staatsvölker und die deutsche Nation, das einzigartig und einmalig in Europa dazu verurteilt ist, im Falle eines Falles, also im präsumptiven Konfliktfall, aufeinander zu schießen, nuklear wie konventionell, und zwar nuklear mit fremden Atomwaffen auf dem eigenen Staatsgebiet? Ich bezweifle, ob das mit den nationalen Interesen, mit dem künftigen Schicksal der Deutschen in Europa überhaupt zu vereinbaren ist. Und zum Schluß würde ich sagen: Als die optimale Lösung erscheint mir das Einbetten der weiteren Existenz der beiden souveränen deutschen Staaten, die in einem Sonderverhältnis zueinander stehen, in eine gesamteuropäische Ordnung.

Wollen wir es mal aufrichtig sagen: Unsere Vorstellung von einem gemeinsamen Haus bliebe ohne deutsche Wohnungen, ohne eine präzise Vorstellung von den deutschen Schicksalen und der deutschen Lage im gemeinsamen europäischen Haus ziemlich amorph. Nun haben wir die Möglichkeit, dies in eine europäische Friedensordnung, die im Werden begriffen ist, einzubetten, wobei aus meiner Sicht eine Integration der beiden deutschen Staaten in ein zwar mächtiges, aber eben doch nur „Rumpfeuropa" der Europäischen Gemeinschaft hier eben nicht genügt.

Frage: *Es ist nur natürlich, daß die Umwälzungen in der DDR nicht nur freudige Stimmungen, sondern auch ein gewisses Gefühl der Besorgnis hervorrufen. Wie könnte Ihrer Meinung nach solchen Sorgen im Interesse aller Beteiligten Rechnung getragen werden?*

Portugalow: Die, wenn auch zunächst eher theoretische Sorge über einen allzu schnellen Annäherungsprozeß zwischen den beiden deutschen Staaten, die in eine Neuvereinigung — das ist ein Modewort, aber es hat was für sich — münden könnte, wäre aus meiner Sicht reichlich verfrüht. Das Verantwortungsgefühl aller Völker und Staaten in Europa spricht dafür, den erreichten Grad der Stabilität nicht in Frage zu stellen.

Es ist doch so, daß wir in der Morgendämmerung der Perestroika-Zeit der Frage nach der nationalen und staatlichen Existenz der Deutschen die historische Berechtigung nicht abgesprochen haben. Aber wir wollen das der Geschichte überlassen, auch wenn selbstverständlich die Geschichte von Menschen gemacht wird.

Gerade die jüngste Entwicklung hat gezeigt, daß das politische Wirken der Volksmassen, in diesem Falle des Staatsvolkes der DDR, der Geschichte eine große Beschleunigung geben kann. Dennoch halte ich im allgemeinen europäische Interesse das freundschaftliche und nachbarschaftliche Miteinander der beiden souveränen deutschen Staaten mit einem ganz spezifischen Sonderverhältnis zueinander für optimal. Sehen Sie mal: Was die ökonomische Zusammenarbeit anbetrifft, so war sie sogar zur Stagnationszeit in der DDR schon ein Modellfall der wirtschaftlichen Kooperation zwischen den entwickelten Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme. In diesem Falle, wo die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR die gleiche Tradition haben, derselben Kulturwelt angehören, dieselbe Sprache sprechen usw. kann man eine schnelle und wohltuende Entwicklung für die Deutschen, aber auch für ganz Europa erwarten. Da bin ich sehr optimistisch, bis hin zu möglichen konföderativen Strukturen in Bereichen wie Wirtschaft, Ökologie, Kultur und anderes mehr. Das halte ich für möglich. Und das tut der souveränen staatlichen Existenz der Bundesrepublik und der DDR überhaupt keinen Abbruch. *

Selbstversorgung als zentrales Ziel

Nach jahrelangen Vorbereitungen tritt jetzt ein neues Ökodorf-Projekt in die entscheidende Phase: Bisher hat ein kleiner Kreis engagierter Menschen versucht, aus den Erfolgen und Fehlschlägen früherer Gemeinschaftsprojekte zu lernen und ein Konzept der Zielsetzungen des neuen Projektes und der wichtigsten Schritte dorthin ausgearbeitet. Jetzt wendet sich diese Gruppe an die Öffentlichkeit, um weitere MitarbeiterInnen zu finden.

Selbstversorgung wird dabei keineswegs als Askese und Rückzug von der Welt gesehen, sondern als faszinierende Aufgabe, die Kreativität, Phantasie und Schaffensfreude herausfordert und reichhaltige Möglichkeiten der Selbstverwirklichung in der Arbeit bietet. In diesem Sinn versteht sich das Ökodorfprojekt als Modell einer neuen Gesellschaftsform, die dem Programm der Selbstausrottung der Menschheit in Gestalt der „freien Marktwirtschaft" und der „sozialistischen Planwirtschaft" entgegenwirkt.

Kontakt und Information: *bei Informationsdienst Ökodorf e.V., Postfach 103 007, 69 Heidelberg, Stichwort „Selbstversorgung als Selbstbestimmung".*

BRUNO SCHOCH

Auf dem Weg zur „postkommunistischen" Partei?

Mitte November verordnete der Generalsekretär der KPI, Achille Occhetto, seiner Partei einen radikalen Neubeginn. Auf einer Gedenkveranstaltung mit Verteranen des antifaschistischen Bereiungskampfes forderte er gänzlich neue Wege, um die fortschrittlichen Kräfte in Italien zu vereinigen. Die welthistorischen Umbruchprozesse in Osteuropa bedeuteten das definitive Ende der kommunistischen Weltbewegung und erheischten auch eine entschiedene Selbstveränderung seiner Partei, postulierte er wenige Tage nach der Öffnung der Berliner Mauer. Die KPI solle jetzt unverzüglich und ohne Wenn und Aber in die Sozialistische Internationale eintreten. Weiter stellte Occhetto eine Namensänderung der KPI sowie den Verzicht auf die rote Fahne mit Hammer und Sichel in Aussicht und rief die gesamte Linke auf, zusammen mit seiner Partei in eine regelrechte „Gründungsphase" für eine neue linke Kraft einzutreten. Gemeint war eine Art Runderneuerung der Linken, angefangen mit der eigenen Partei.

Seither wird die größte kommunistische Partei des Westens mit ihren noch knapp 1,5 Millionen Mitgliedern und einem guten Viertel der italienischen Wählerstimmen von einer Auseinandersetzung aufgewühlt, wie es sie seit langem nicht mehr gab. Tiefe Emotionen sind dabei berührt, geht es doch um nicht weniger als um die Selbstbehauptung und politische Identität jener kommunistischen Partei, die der Degeneration des herrschenden Parteikommunismus und seinem historischen Niedergang seit Jahrzehnten durch theoretische und politische Selbstveränderung zu trotzen vermocht hatte. Gewiß war die Partei Togliattis und auch noch Berlinguers bis in die 70er Jahre hinein mit einem „eisernen Band" der Sowjetunion als dem — freilich immer abstrakter werdenden — Beweis für die Möglichkeit eines Anderen jenseits der Erfahrung kapitalistische Realität verbunden. Dennoch sind Geschichte, politische raison d'être und Substanz der KPI etwas anderes: die Geschichte des Antifaschismus, der Resistenza, der Massenmobilisierung für die Republik und die Verfassung, des Kampfs für Freiheit und gegen klerikale Bevormundung, für Gerechtigkeit und Frieden. Deshalb ist der italienische Parteikommunismus in der Gesellschaft und im politischen System Italiens fest verankert. Zugleich war die kommunistische Partei lange keine Partei wie jede andere, sondern eine Kampfgemeinschaft von Gläubigen und Überzeugten. Ihr beizutreten bedeutete, zumal für Intellektuelle, eine Lebensentscheidung, die einer Berufung gleichkam. Davon haftet ihr bis heute ein Rest an, bei allen Laizisierungsschüben, die stattgefunden haben. Vielleicht erklärt dieses existentialistische Moment des Kommunist-Seins einiges von der Heftigkeit der aktuellen Debatte.

▶ Noch eine Häutung ◀

Die heutigen Kontroversen sind nicht aus heiterem Himmel gefallen. Sie haben ihre Vorgeschichte darin, daß die auf dem letzten Parteitag im März 1989 drastisch verjüngte Parteiführung um Occhetto immer wieder Anstalten machte, die Kontinuitätsideologie der Partei aufzusprengen und Zeichen unzweideutiger Brüche zu setzen. Dabei scheute man auch vor durchsichtigen Machinationen nicht zurück, wenn man etwa das Bild Palmiro Togliattis nach archaischem Ritus demolierte, als sei er nichts weiter als ein Mann der III. Internationale und Gehilfe Stalins gewesen, der seine Partei zeitlebens an die Sowjetunion schmiedete. Ungeachtet der weitaus kompolizierteren geschichtlichen Wahrheit, daß nämlich Togliatti auch den Grundstein für die neue, gesellschaftlich verankterte und demokratisch legitimierte KPI legte, diente die Entmythisierung instrumentalistisch dazu, ideologischen Ballast abzuwerfen und dem Anspruch der neuen Führungsgruppe auf eine neue „postkommunistische Partei" Geltung zu verschaffen. Die Last der Geschichte sollte gleichsam exorziert werden. Monatelang fand eine seltsam anmutende Debatte darüber statt, ob die im letzten Sommer eingestellte „Rinascita", die theoretisch-kulturelle Wochenzeitung der Partei, in ihrer geplanten neuen Gestalt noch den Hinweis enthalten sollte, sie sei von Togliatti gegründet worden oder nicht. Das Ergebnis war enttäuschend: „Rinascita" erscheint bis heute gar nicht. Hinter dem Streit verbirgt sich wohl eher theoretisch-politische Rat- und Hilflosigkeit. Die neue Führung scheint sich sicherer in der Kritik der Vergangenheit als in der Bestimmung dessen, wie die Zukunft zu gestalten sei. Das freilich teilt sie mit der gesamten Linken in Europa.

Nur mit einer weiteren Häutung, so nun Generalsekretär Occhetto im November, seien die italienischen Kommunisten in der Lage, dem vom Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ausgehenden Sog ins Nichts zu widerstehen. Doch die vorgeschlagene Radikalkur stieß auf heftige Kritik in der Partei. Zwar fand Occhettos Vorschlag, die Partei in „eine regelrechte Verfassungsgebende Versammlung" hineinzuführen, in eine „Gründungsphase", an deren Ende „eine neue Sache und ein neuer Name stehen soll", mit der dann die Blockade der italienischen Demokratie überwunden und der Regierungswechsel endlich auch hier möglich werden könne, im Zentralkomitee eine Mehrheit. Doch fast ein Drittel der ZK-Mitglieder stimmten dagegen oder enthielten sich. Dezisionistisches Vorgehen von oben, exzessiver Taktizismus mit aufsehenerrengenden Formeln, jedoch bar präziser strategischer Inhalte, Anpassung an die anderen Parteien — so und ähnlich lauteten die Vorwürfe an den Generalsekretär, wenn er nicht gar beschuldigt wurde, eine kostba-

Schwierigkeiten beim Buchstabieren des Parteinamens: Die italienischen Kommunisten stecken in einer ,,Identitätskrise".

re und originale theoretische und politische Tradition liquidieren zu wollen. Auch in der Parteibasis ging es bald hoch her: Die einen begrüßten Occhettos Vorschlag als das überfällige Abschneiden alter Zöpfe, andere sahen sich in ihrem Stolz und in ihrer politischen Ehre zutiefst verletzt. Daß Gorbatschow bei seinem Rom-Besuch Occhetto ostenativ küßte, verringerte die Verwirrung auch nicht. Man beschloß schließlich einen außerordentlichen Parteitag für kommenden März.

Das Ende des demokratischen Zentralismus

Die Auseinandersetzung ist mehr als ein Generationenkonflikt. Ist es doch keineswegs nur die alte Garde historischer Führungsfiguren, etwa Occhetto-Vorgänger Alessandro Natta, der greise Gian Carlo Pajetta oder Pietro Ingrao, der Kopf der Parteilinken, von den orthodoxen Traditionalisten um Armando Cossutta ganz zu schweigen, die Occhetto diesmal die Zustimmung versagt. Auch Luciana Castellina und Lucio Magri von der 1969 ausgeschlossenen und in den 80er Jahren in die Partei zurückgekehrten ,,Manifesto"-Gruppe, unterstützt von Rossana Rossanda und Luigi Pintor in der parteiunabhängigen Zeitung gleichen Namens sowie von Intellektuellen wie Alberto Asor Rosa und Mario Tronti, wandten sich entschieden gegen den ,,Ausverkauf" der Originalität des italienischen Parteikommunismus und seiner Geschichte. Sie schlossen sich zu einer Ablehnungsfront zusammen, die mittlerweile ein eigenes, oppositionelles Dokument für den Parteitag ausgearbeitet hat. Eine derart tiefe und offene Kluft quer durch die KPI hat es noch nie gegeben. Mit der Vorlage politisch unterschiedlicher Dokumente ist der demokratische Zentralismus, in der KPI seit langem flexibler und demokratischer als anderswo gehandhabt, auch in praxi beendet. Schon häufen sich besorgte Appelle, ob des Streits die Kampagne für die (in der KPI jedes Jahr aufs neue vorgenommene) Erneuerung der Mitgliedsausweise und das Engagement für die Regionalwahlen im Mai nicht zu vernachlässigen. Verständliche Sorge angesichts eines komplizierten Prozederes, das vorsieht, nach dem außerordentlichen Parteitag über die Einleitung einer ,,Gründungsphase für eine neue politische Formation" erst einmal die Wahlen zu bestreiten, danach eine offene Programmkonferenz durchzuführen und dann erst über die neue Formation mit neuem Namen und neuen Symbolen (,,Demokratische Partei der Arbeit", schlug der Generalsekretär jetzt vor) zu befinden. Die Neubestimmung der neuen politischen Identität fordert wahrlich einen hohen Tribut an organisatorischer Selbstbeschäftigung.

Nun hieße es, die politische Kultur der KPI völlig verkennen, wollte man glauben, der Opposition gegen Occhetto ginge es lediglich darum, am Alten und Bekannten festzuhalten. Aus naheliegenden Gründen versucht die Prateiführung, die Kritiker als Vertreter des Vergangenen hinzustellen. Zwar treten diese der Gefahr einer Auflösung der KPI entgegen, verteidigen deren geschichtliches Erbe und halten am ,,Horizont des Kommunismus" (Ingrao) trotzig fest. Doch in der Notwendigkeit einer radikalen Erneuerung an sich sind sie sich mit Occhetto durchaus einig. Auch in der Absage an den realen, despotischen Sozialismus stehen sie nicht hinter ihm zurück, waren sie es doch, die in der Geschichte der Partei diese Kritik seit 1956 vorangetrieben haben und dafür, wie im Falle von ,,Il Manifesto", sogar den Parteiausschluß auf sich genommen hatten.

Die Wucht der Geschichte

Strittig indes und im Grunde (wie könnte es angesichts der historischen Verwerfung im letzten Jahr anders sein?) auf beiden Seiten unklar ist, wie eine solche runderneuerte Partei aussehen könnte. Welche der alten sozialistischen Ziele, welche Gleichheitsbestrebungen und Emanzipationsinteressen gelten noch? Vor allem aber, wie sind die gegen den herrschenden Konformitätszwang kritisch geltend zu machen, gar zu verwirklichen? Hier werden Probleme und Fragen verhandelt, die weit über Italien aktuell und ohne Antworten sind.

Occhettos Idee, die Schaffung einer neuen politischen Formation könne eo ipso aus der Misere helfen, wird von den Kritikern als subjektiver Idealismus im Sinne Gentiles, als inhaltsloser Modernismus, „Novismus", verspottet. Sie verlangen zu Recht eine konkrete Strategie mit präzise benennbaren Bündnispartnern — und können eine solche doch ebenfalls nicht benennen. Die Stärke ihres programmatischen Textes liegt in der Kritik der Vorschläge Occhettos. So weisen sie die Idee, eine neue politische Formation sei imstande, die Blockade der italienischen Demokratie zu beseitigen, als ein falsches Zugeständnis an die antikommunistische Propaganda zurück, derzufolge die Existenz einer starken KP den Regierungwechsel vernunmöglicht habe. Weiter werfen sie Occhetto vor, mit seinem Vorschlag, ausgelöst vom Kollaps der Regime in Osteuropa, der gängigen ideologischen und instrumentellen Gleichsetzung zwischen KPI und despotischem Parteikommunismus, zwischen Kommunismus und Stalinismus, Vorschub zu leisten, obwohl doch die KPI sich seit langem für politische Freiheit und Demokratie als universelle Werte engagiert habe. Schließlich geht die Opposition davon aus, daß es nach wie vor Sinn und Grund gebe, vom Kommunismus zu reden, während Occhetto zufolge „die vom realen Sozialismus verursachte historische Krise von unkalkulierbarem Ausmaß ist" und eben dies endgültig verbiete.

Gewiß hat auch Norberto Bobbio, der große alte Mann der politischen Philosophie in Italien, in den letzten Jahrzehnten Urheber zahlreicher Polemiken mit der KPI über Demokratie und Freiheit, in einem überaus lesenswerten Gespräch mit der „Neuen Gesellschaft" (Oktober 1989) daran festgehalten, daß das Ende des historischen Kommunismus dem Bedürfnis und Durst nach sozialer Gerechtigkeit keineswegs ein Ende zu bereiten vermag.

Doch hat Occhetto nicht gute Gründe für seine These, dieses Bedürfnis lasse sich, nach 1989 zumal, nicht mehr in der alten parteikommunistischen Organisationsform befriedigen, selbst wenn seine „Gründungsphase für eine politische Formation" arg im Nebel bleibt? Das Insistieren seiner Kritiker auf der historisch entstandenen Spezifik und Originalität der KPI trifft die Wahrheit, doch vermag diese die KPI mitnichten davor zu bewahren, für den Kollaps des realen Sozialismus bezahlen zu müssen — nicht einmal eine Symbolfigur wie Alexander Dubcek entrinnt dieser ungerechten Wucht der Geschichte! Insofern haftet dem Beharren darauf, der Kommunismus lasse sich nicht identifizieren mit seinem Scheitern im Osten, sondern bleibe „die schrittweise Überwindung einer Gesellschaftsformation, die auf Profit und Markt beruht", etwas von ohnmächtigem Trotz an. Sollte es aus der schrecklichen Alternative zwischen halsstarrigem Insistieren auf der geschichtlichen Wahrheit und Utopie und einer auf Anpassung ans Bestehende zielenden Innovation wirklich keinen anderen Ausweg geben? *

NIMA MINA

Der CIA und die „Narco Guerilla"

Die Opiumanbaugebiete in den drei vorderasiatischen Ländern Afghanistan, Pakistan und Iran — bekannt als der „Goldene Halbmond" — liefern derzeit 75 % des europäischen und 50 % des US-amerikanischen Heroins. Seit die Regierungen Irans und Afghanistans von 1978 bzw. 1979 an den Anbau und Schmuggel von Opium eingeschränkt haben, hat sich das von antikommunistischen afghanischen Rebellen kontrollierte Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan zum Hauptumschlagsplatz von Rauschgift im Goldenen Halbmond entwickelt.

Opium wird von afghanischen Rebellen und Angehörigen von paschtunischen Nomadenstämmen auf dem offenen Markt der pakistanischen Stadt Peschawar als eine Art harte Devise im Umtausch gegen Waffen, Medikamente und Nahrungsmittel verwendet. Von Peschawar aus wird neben dem in lokalen Laboratorien hergestellten Heroin, das Opium auch in großen Mengen zur Veredelung nach Europa transportiert. Dieses Schmuggelgeschäft wird in erster Linie von den Anführern der afghanischen Rebellengruppierungen betrieben, die somit neben Unterstützungsgeldern vom US-Geheimdienst CIA, von den Regierungen Chinas, Irans, Saudi-Arabiens (vgl. Washington Post, 20.6.1986) und anderen konservativen arabischen Staaten, noch über eine weitere Einnahmequelle verfügen wollen. Die meisten militärischen Stützpunkte der Rebellen befinden sich in afghanischen und nordpakistanischen Provinzen, die bekanntlich mit Opium-Mohn bedeckt sind.

Aus den Berichten der United Nations International Narcotics Board geht eindeutig hervor, daß die gegenwärtige afghanische Regierung seit ihrer Machtübernahme im Jahre 1978 sich im Krieg gegen die Opium- und Heroinherstellung befindet und radikal

gegen Schmuggler vorgeht — zumal die Erlöse aus diesem Geschäft im Kampf gegen sie selbst verwendet werden. Andererseits wird in Verlautbarungen der US-amerikanischen Drogenbehörde (Drug Enforcement Agency — DEA) zwar der gefährliche Anteil des geschuggelten Rauschgifts aus dem pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet erwähnt; dennoch wird dort nicht näher darauf eingegangen, daß dieser ,,die nationale Sicherheit der USA gefährdende Handel'' (so der verstorbene CIA-Direktor William Casey) von Kräften betrieben wird, die seit den siebziger Jahren den umfangreichen Schutz und die regelmäßige logistische und propagandistische Unterstützung der US-Regierung genießen.

In Wirklichkeit verdanken die afghanischen Rebellen genauso wie die nicaraguanischen Contras ihre Existenz den Zuwendungen des amerikanischen Geheimdienstes. Bereits am Anfang der siebziger Jahre unter Präsident Nixon hatte der CIA in Zusammenarbeit mit dem iranischen Geheimdienst SAVAK eine 5.000 Mann starke Gruppe von Modjahedin zur Destabilisierung der kaiserlichen afghanischen Regierung, die lediglich normale Beziehungen zu ihrem Nachbar UdSSR unterhielt, formiert und bewaffnet.

Die Hardliner-Position in der Afghanistan-Politik, die sich in der Gestalt von Brzezinsky ab März 1979 im amerikanischen State Department und im Nationalen Verteidigungsrat der USA durchsetzte, ist auch Jahre nach Brzezinsky in der US-Administration noch vorherrschend: Das amerikanische Engagement in Afghanistan zielte auch nach dem Rückzug der sowjetischen Streitkräfte nicht auf eine Entspannung der Situation in diesem Lande. Schon im März 1979 hieß es in einem Geheimpapier des State Department, durch den Umsturz der gegenwärtigen Regierung solle dem Rest der Welt insbesondere der Dritten Welt vor Augen geführt werden, daß der ,,sozialistische Werdegang'' der Geschichte nichts als eine Farce sei. Etwas später, im August 1979, also noch vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan, verlautbarte die US-Botschaft in Kabul, das größte Interesse der USA läge in der Abschaffung der linksgerichteten DVPA-Regierung, ungeachtet dessen, welche Rückschläge dieser Umsturz für die weitere sozialökonomische Entwicklung des Landes bedeute.

Lobby für die ,,guten Krieger''

In den Vereinigten Staaten existiert eine einflußreiche Lobby, die ihre schützende Hand sorgfältig über die afghanischen Contraführer hält und weiterhin deren Image als die angeblich ,,guten Krieger'' beizubehalten versucht. Im Oktober 1986 wurde beispielsweise ein Afghane namens Abdul Wali in Port Newark (New Jersey) verhaftet, als er versuchte über 2000 Pfund Haschisch in die USA einzuschmuggeln. Die stellvertretende Staatsanwältin der USA räumte ein, Wali sei der ,,Anführer einer 50.000 Mitglieder zählenden Gruppe in Pakistan'', weigerte sich aber den Namen dieser Gruppe zu nennen! Die Verhaftung von Wali und die Tatsache der Verwicklung eines CIA-Sprößlings im Drogenschmuggel in die Vereinigten Staaten fanden selbstverständlich in den etablierten amerikanischen Medien keine Erwähnung.

Neben den offiziell vom Kongreß genehmigten Hilfeleistungen des CIA für die afghanischen Rebellen haben Hardliner aus dem amerikanischen Geheimdienst und Militär, die mehrheitlich dem Umfeld der Antikommunistischen Weltliga (WACL) zuzurechnen sind, die leitenden Positionen der meisten ,,privaten'' Hilfsorganisationen (wie z.B. dem ,,Comitee for a Free Afghanistan'', FA) für Afghanistan besetzt. Für den Fall, daß im Ergebnis der Genfer Verträge von 1988 mit Afghanistan, Pakistan und der Sowjetunion der US-Kongreß tatsächlich gezwungen werden sollte, wie 1982 und 1984 bei Nicaragua die Hilfe zu reduzieren, wird ein wesentlicher Teil der verdeckten Operationen des CIA und des amerikanischen Militärs durch ,,privatisierte'' Kanäle weiterlaufen. Somit wird die US-Regierung sich im Falle von Enthüllungen aus dem Schußfeld der Presse und der internationalen Öffentlichkeit heraushalten können.

Die Privatisierung der sog. Hilfsorganisationen für Afghanistan geht ursprünglich auf die Erfahrung von den Säuberungsaktionen unter Reform-CIA-Chef Stanfield Turner zurück, der unter Präsident Carter 800 höhergestellte CIA-Offiziere entließ. Um dem Visier der Medien, der Öffentlichkeit und evtl. auch den Saubermännern der amerikanischen Kongreßausschüsse zu entfliehen, gründete der langjährige CIA-Offizier, Schweinebucht-Veteran und Rauschgiftschmuggler Clines unter Beteiligung früherer Agenten der ,,Company'' eine Fassadenfirma namens International Research and Trade Corporation (IRT). Die ursprüngliche Akkumulation dieser Firma erfolgte durch Aufträge ehemaliger Freunde Clines' aus dem Secret Team, die ihm nach dem Camp David-Abkommen vom Verteidigungsministerium aus Waffengeschäfte mit Ägypten zuspielten. Die IRT konzentrierte sich in den 80er Jahren zunehmend auf die Versorgung von angolanischen, nicaraguanischen und vor allem afghanischen Contras mit Waffen. Nach dem Verbot jeglicher direkter und indirekter Intervention der USA in Nicaragua durch den US-Kongreß brachte Robert McFarlane innerhalb des Nationalen Sicherheitsrates der USA die

Waffengeschäfte mit ,,terroristischen'' Regimes

Hilfe für rumänische Intellektuelle

aus: Süddeutsche Zeitung, 12.1.1990

Das Schönste am rumänischen Schriftstellerverband ist seine Residenz: ein kleines Stadtpalais an der Calea Victoriei, ein paar hundert Meter vom alten Königspalast entfernt, das heißt: ein paar hundert Meter entfernt von den wüstesten Zeugnissen der jüngsten Zerstörung. Das Büro des Präsidenten ist ein verspielter Traum des ausgehenden 19. Jahrhunderts, mit einem dunkelsilbernen Baldachin und Stühlchen, deren Rückenlehnen aus anmutigen Halbmonden geformt sind.

Der Präsident, so denkt man, müßte in einem Morgenmantel aus Samt und Seide auftreten, ein wenig Flaubert, ein wenig Balzac, auf jeden Fall Gänsekiel.

Der Präsident trägt Cordjeans und einen alten Pullover. Er strahlt weniger Würde als Energie aus. Mircea Dinescu ist erst seit ein paar Tagen im Amt. Er, der mutige, der verfemte Dichter gegen den schäbigen Terror des Ceausescu-Regimes ist jetzt der Held, der dem Wort „Schriftsteller" wieder Respekt verschaffen soll. Und dem Stand der Literaten soll er die Arbeitsbedingungen einrichten, die für die Handwerker und Meister des Worts unerläßlich sind.

„Mit dem Gänsekiel liegen Sie da gar nicht so falsch", lacht Dinescu. „In diesem Land, in dem Schreibmaschinen nur mit einer Art Waffenschein zu beziehen waren – wenn überhaupt." Er beschreibt die Probleme der Verfilzung, der Schriftsteller, die sich ein wenig, die sich gewaltig, die sich gänzlich korrupt verhielten. „Leider waren auch einige sehr gute Autoren darunter." Dazu die Probleme mit dem Nachwuchs: Seit acht Jahren wurde niemand mehr in den Schriftstellerverband aufgenommen, könnte deswegen auch nicht veröffentlichen, kam daher auch nicht als Kandidat in Frage, ein Teufelskreis. „Das wird alles zäh", sagt Dinescu, „doch es wäre leichter zu lösen, wenn wir wenigstens in den materiellen Fragen ein wenig Unterstützung erhielten. Natürlich sehe ich ein, daß unsere Krankenhäuser, unsere Hungernden dringendere Ansprüche haben ..." Wiederholt, daß er's einsieht und zieht eine Liste aus der Tasche, die die wichtigsten Wünsche festhält. Die wichtigsten Wünsche umfassen alles, was zum Entstehen eines Buches notwendig ist: vom Papier zur Schreibmaschine, vom Kopierer zur Linotype. Von Büchern bis zum Fernsehapparat – für die Gemeinschaftsräume des Verbandes –, vom Kassettenrekorder – man muß die Erzählungen festhalten – bis zum Tintenfaß.

„Die Verwaltung von Dichtung", sagt der Präsident und Dichter, „nun gut, Dichten ist auch nicht einfach."

TILMAN SPENGER

PS: In München hat sich eine Initiative gebildet, die dem rumänischen Schriftstellerverband durch Sach- und Geldspenden direkt helfen will. Interessierte wenden sich bitte an: Tilman Spengler, Cordelia Dworack, Richard v. Schirach, Kontaktadresse: ORECON WFO, Leopoldstraße 48, 8000 München 40, Tel. 395164, Fax 399423.

Neu

Kulturszene

Berichte des Fonds Soziokultur 1

Der Fonds Soziokultur fördert seit 1988 bundesweit solche zeitlich befristeten Projekte, die neue Ideen in soziokulturelle Praxis umsetzen wollen und zur Stabilisierung und Qualifizierung dieses Praxisfeldes beitragen.

Die im Jahre 1988 geförderten Projekte werden nun in einer Broschüre vorgestellt.

Aus dem Inhalt:

Kinderspielstadt Heidel-York
DDR - Alltagskultur
FrauenAlltagsKultur
Fliegendes Kino
Kulturarbeit im ländlichen Raum
u.v.a. Projektdarstellungen

50 Seiten, DIN A 4
Schutzgebühr DM 5,00

Kulturszene ist zu beziehen über:

Fonds Soziokultur e.V.

HOHENHOF
Stirnband 10
5800 Hagen 1

☎ 02331/58 501

Idee auf, weitere Teile des CIA zu privatisieren, um die US-Regierung von dem Verdacht völkerrechtswidriger Operationen — z.B. die Verminung nicaraguanischer Häfen — zu entlasten.

Zwar produzierte die US-Administration mit der Finanzierung des Projektes „Democracy" (Unterstützung der antisandinistischen Contra) in Zusammenarbeit mit den beiden angeblichen Erzfeinden der USA, dem Medellin-Drogenkartell in Kolumbien und — durch Waffengeschäfte — mit dem „terroristischen" Regime in Iran einen Skandal, aber nur, weil von vorn herein die verdeckte Operation des CIA gegen Nicaragua als schmutziger Krieg verfemt war. Im Falle Afghanistans genießt das CIA-Engagement hingegen noch immer den Ruf einer karitativen und „guten" Arbeit. Die Covert Action Propaganda Support Branch der US-Geheimdienste, das Büro des Nationalen Sicherheitsrates und die United States Information Agency mit ihren umfangreichen Beziehungen zur nationalen und internationalen Medienlandschaft achten auch peinlich genau darauf, daß sich die öffentliche Meinung bzgl. der Afghanistan-Hilfe so leicht nicht gegen die strategischen Interessen der US-Administration in Afghanistan wendet. Für alle Fälle ist aber mit der Privatisierung der CIA-Operationen und der Gründung von Tarnorganisationen für eine weitere personelle Präsenz von US-Geheimdienstlern in Afghanistan und mit der Duldung des Heroin- und Opiumhandels durch die afghanische Contra-Führung für die langfristige Finanzierung ihres Krieges gegen die Kabuler Regierung vorgesorgt.

Es ist offensichtlich, daß im Zusammenhang mit verdeckten Operationen, die mit Drogenhandel verknüpft sind, von Seiten des CIA immer wieder dieselben Methoden und sogar dieselben Personen (General John Singlaub in den Schauplätzen Zentralamerika, Indochina und Afghanistan!) eingesetzt werden:

- Das Secret Team wurde mit der finanziellen Unterstützung des kubanischen Drogenbarons Don Santo Traficante für die Schweinebucht-Invasion vorbereitet;
- später, in der verdeckten Operation in Laos, wirkte der CIA als Lieferant von 70 % der Weltopiumproduktion aus dem „Goldenen Dreieck" im Fernen Osten;
- in Zentralamerika wirkten CIA-Agenten als Militärpiloten und Koordinatoren im Drogentransfer in die USA;
- und schließlich waren es CIA-Vertreter in Peschawar, die amerikanische Drogenfahnder aus Pakistan ausweisen ließen, um den Ruf der wirklichen „Narco Guerilla", nämlich der afghanischen Contra-Führer, zu schützen.

Die USA benutzen die weltweite Bekämpfung des Drogenhandels als Vorwand, um eigene geostrategische Interessen geltend zu machen. Währenddessen produzieren Hunderte von kriminellen „Narco Guerilla" vom pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet aus, ungestört unter den Augen von zahlreichen Agenten des CIA und des pakistanischen Geheimdienstes ISI, Heroin und verkaufen es gegen harte Devisen nach Westeuropa und in die USA. *

CHARLES URJEWICZ

Sozialer Sprengstoff — nationalistische Explosion

Die Politik der Öffnung hat gerade in der Sowjetunion Konfliktpotentiale offenbart, deren Entfaltung die Grundfeste des politischen Systems erschüttert. Die dunklen Schatten der Vergangenheit kumulieren in den „Nationalitäten-Konflikten" mit sozialen Problemen zur Existenzfrage. Mit ihren gesellschaftlichen und kulturellen Hintergründen setzt sich Charles Urjewicz in einem Beitrag für die französische Zeitschrift „Cosmopolitiques" auseinander, aus dem wir nachfolgend einige Auszüge publizieren.

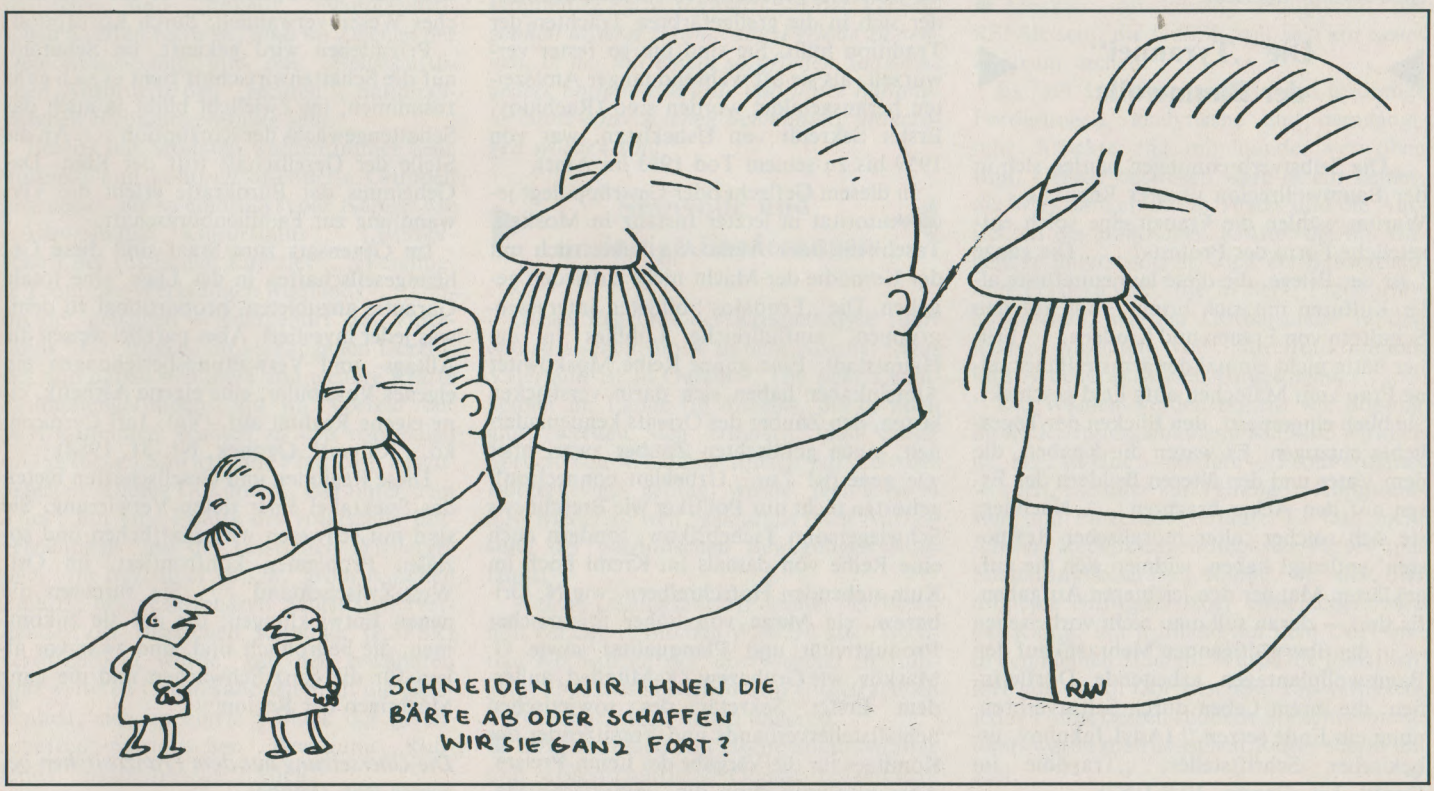
Es liegt schon viele Jahre zurück, daß uns der Widerhall der verzweifelten Kämpfe der Refusniks oder der Tataren von der Krim nur als Geraune erreichte. Die Ereignisse von Alma Ata im Dezember 1986, als es infolge der wegen Korruption verfügten Entlassung des Parteisekretärs D. Kunajew in der Hauptstadt der Republik Kasachstan zu blutigen Ausschreitungen kam, sahen eine erste hilfose Entgleisung der Perestrojka.

Mit den Ereignissen im Kaukasus muß die UdSSR eine Erfahrung machen, die ihr bis dahin schier völlig fremd gewesen war: die Bescheidenheit. Auf die Arroganz der Breschnewschen Stagnationsjahre folgte die Nachdenklichkeit, ausgelöst durch die Toten des anti-armenischen Pogroms in Sumgait, Asarbeidschan. „Heute" gesteht der Erste Sekretär der KP in Kasachstan, „verstehen wir, daß der multinationale Staat noch nicht der Internationalismus selbst ist, sondern nur die Voraussetzung für dessen Verwirklichung".

Da ist nicht nur der Kauskasus, da ist auch Sibirien, zum Beispiel die kleinen Völker der Evenks, Khantes oder Man'si, Jägervölker, deren Gebiete immer mehr durch eine systematische Erdölprospektion derart eingeengt werden, daß ihre Existenz gefährdet ist, nicht nur die kulturelle, sondern die physische.

Gegen Russifizierung

Ukrainer und Bjelorussen stemmen sich gegen eine Russifizierung mit verheerenden Auswirkungen, indem sie nach der Vergangenheit grabschen, die, weil sie buchstäblich aus der Erinnerung getilgt ist, vage, unwirklich, okkult bleiben muß; während Letten, Esten und Georgier immer entschlossener die Wiederbelebung eines historischen Prozesses versuchen, der seit Jahrzehnten brutal unterbrochen worden ist. Es sind pluralistische und offensive Bewegungen. In den baltischen Republiken sekundieren sich Unabhängige und Parteimitglieder in radikalen Forderungen; in Georgien ist die Rustaveli-Gesellschaft zum Pol einer breiten Sammelbewegung geworden. In diesem riesigen Staat, der Skandinavien mit dem indischen Subkontinent vereint, sehen die einen im Traum ihre Republik in ein baltisches „sili-



con valley" verwandelt, während die anderen mißtrauisch die Perestrojka, Synonym von ,,unbekannt", beäugen.

In Zentralasien erleben Usbeken, Tadschiken und Turkmenen ein sozio-ökologisches Drama. Es stellt sich ihnen die Frage, wie sie mit einer Entwicklung fertig werden wollen, die man anderswo als Unterentwicklung bezeichnet und die man aus dieser Region genauso ausgetrieben zu haben meinte wie den Teufel. Zentralasien — Paradebeispiel einer Entwicklung, das man stolz der vom westlichen Modell beherrschten Welt entgegenhielt. Noch 1982 konnte man in ,,Sojuz nerusimy" (,,Die unvergängliche Union") lesen: ,,Usbekistan ist zum Leuchtturm für die Länder des Orients geworden, das Beispiel für die weise Politik der KPdSU, für die unvergängliche Freundschaft unter den Völkern der Sowjet-Union". Glasnost offenbarte eine andere Wirklichkeit.

In der Oase von Chorezm, 1000 km von Taschkent entfernt, scheint die Zeit seit längerem stillgestanden zu haben. Das alte Khiva (Chiva), verschlafen unter der bleiernen Sonne, bietet Schätze alter Architektur. Hier schmiegen sich Häuser, Moscheen, Medresen (Koranschulen) in die Landschaft ein. Barfüßige Kinder spielen in den staubigen Gassen. Einige stehen mit hohlen Wangen und hervortretenden Augen herum, während sich die anderen fröhlich um die Touristen drängeln. Im Halbschatten der Häuser aus Lehm oder Ziegeln weiden Kühe. Autos? Kaum. Abfälle liegen herum. Der Geruch, wie man ihn von Orten ohne Abwasserkanalisation kennt, ist hartnäckig. Vor den Toren der Stadt wälzt sich eine weiße Wellenflut hin: Baumwolle. Hier und dort noch ein grüner Tupfer: ein Baum oder gar ein kleiner Obstgarten hat den ungleichen Kampf überlebt.

Die ,,Tyrannei" der Baumwolle

,,Die Selbstverbrennungen häufen sich in der Baumwollregion unserer Republik . . . Warum wählen die Frauen eine solch entsetzliche Form des Protests? . . . Die ganze Last der Pflege, die diese launenhafteste aller Kulturen mit sich bringt, ruht auf den Schultern von Frauen und Kindern . . . Früher hätte nicht einmal der ärmste Bauer seine Frau zum Malochen aufs Feld geschickt. Sie blieb eingesperrt, den Blicken des Tageslichts entzogen. Es waren die Knaben, die dem Vater und den älteren Brüdern das Essen auf den Acker brachten . . . Nachdem sie sich solcher ‚alter moralischer Restposten' entledigt haben, widmen sich die aufgeklärten Männer den leichteren Aufgaben. Es sind — daran soll man nicht vorbeisehen — in der überwältigenden Mehrzahl auf den Baumwollplantagen arbeitende Dörflerinnen, die ihrem Leben durch Selbstverbrennung ein Ende setzen." (Adyl Jakubov, usbekischer Schriftsteller, ,,Tragödie im Dorf", Lit. Gazeta, 19.8.1987)

Im Laufe des Jahres 1987 haben sich in Usbekistan 270 Frauen durch Selbstverbrennung umgebracht. Konfrontiert mit einer raschen Geburtenzunahme — 30 pro Tausend —, sind sie der Entwicklung nicht mehr gewachsen. Das unzureichende, nicht einmal mit dem Allernotwendigsten ausgestatteten Gesundheitswesen zahlt ,,König Baumwolle" einen sehr hohen Tribut; die Kindersterblichkeit wächst ständig. Pro Hektar werden auf den Baumwollfeldern 54,5 kg Pestizide eingesetzt, exakt das 54,5-fache des Durchschnittes der Union. Diese Pestizide sind die wichtigste Ursache für die Kindersterblichkeit, die Fehlgeburten und die Mißgeburten.

Der Selbsttod durch Verbrennung ist ein Phänomen, das nicht auf Usbekistan beschränkt bleibt. Immer häufiger ereignet er sich auch in den anderen zentralasiatischen Republiken, vor allem in Turkmenistan, wo sich in den ersten Monaten des Vorjahres 22 Frauen auf diese Weise den Tod gaben.

Nach den ,,lokalen Stalins"

Aber trotz seiner verzweifelten Lage scheint Zentralasien die neue Richtung der ,,Perestrojka" nicht zu passen, ja sogar feindselige Reaktionen hervorzurufen. Die Ablösung der ,,lokalen Stalins", der Potentate, die ihre Macht oft durch einen geschickten Klientelismus zu festigen gewußt haben, vollzieht sich unter schweren Bedingungen. Das Terrain, auf dem die ,,Perestrojka" Fuß zu fassen sucht, ist voller Hinterhalte. Wie geschmiert laufende klientelistische Beziehungen, geschmiert durch Geld — einerseits; andererseits die Apathie einer Bevölkerung gegenüber einem Despotismus, der sich in die grellgefärbten Trachten der Tradition hüllt. Sie sind um so fester verwurzelt, als sie oft während langer Amtszeiten herausgebildet worden sind (Rachidov, Erster Sekretär von Usbekistan, war von 1959 bis zu seinem Tod 1983 im Amt).

In diesem Geflecht oder Gestrüpp liegt jede Autorität in letzter Instanz in Moskau. Taschkent oder Alma Ata haben sich mit der Komödie der Macht nicht zufrieden gegeben. Die ,,Feudalos" bildeten Interessengruppen, einflußreiche Lobbies in der Hauptstadt. Eine ganze Reihe Moskowiter Amtsinhaber haben sich darin verstricken lassen, den Zauber des Orients kennenzulernen, einen gefälschten Zauber zwar, aber wie generös! Zur ,,Uzbekian connection" gehörten nicht nur Politiker wie Breschnews Schwiegersohn Tschebrikow, sondern auch eine Reihe von damals im Kreml hoch im Kurs stehenden Hofschreibern, wie N. Gribazew, ein Mann von hoher literarischer Produktivität und Planqualität sowie G. Markov, wie Grubazew ZK-Mitglied, außerdem Erster Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands und Vorsitzender des Komitees für die Vergabe des Lenin-Preises. Aber was man dann die ,,usbekische Mafia" genannt hat, war für die lokale Führungsschicht nicht die Weise, in der sich für sie am besten die Integration in das politische Spiel des Großreichs durchführen ließ.

,,Orientalische Antwort"

,,Orientalische Antwort" auf eine fremde, feindliche Umwelt, die sich auf eine fortschrittliche ,,Europaität" beruft. In Wahrheit lieferte Zentralasien den Beweis einer erstaunlichen Plastizität. Nicht nur schöpfte es in den eigenen ,,Archaismen" die notwendigen Kräfte zu seinem Überleben, es schöpfte daraus auch die notwendige Dynamik zu seiner Eingliederung in eine Gesellschaft mit offensichtlich antinomischen wirtschaftlichen und sozialen Antrieben. Diese Rückkehr zur traditionellen Gesellschaft wird als eine ,,Selbstverteidigung" empfunden. Rückkehr zum Islam, stammesartige Organisation der Jugend, die sich davon zumindest die vermutete Stammessolidarität verspricht. ,,Rückkehr zu den Quellen":

Glasnost ist nicht nur der Verrat an dem Geheimnis, mit dem sich der verehrte lokale Führer umgibt, sondern auch an dem Geheimnis des Klans, der Sache der Ahnen. Nach dem stalinistischen Ideal gehörte die ganze Privatsphäre Vater Staat. Wir stehen alle in seinem Dienst, er gibt uns Nahrung, kann sie jedoch auch verweigern; er kann uns das Recht geben, in der Stadt zu wohnen, er kann uns dies auch verweigern; er kann den Einzelnen ins Arbeitslager schicken, aber auch ein ganzes Volk zwangsumsiedeln. Eine solche Ungewißheit kann nicht lange ertragen werden. Wie also das Leben stabilisieren, sicherer gestalten? Indem man den Funktionär in ein menschliches Wesen verwandelt: durch Korruption.

Privatleben wird gekauft, im Schatten; auf die Schattenwirtschaft zieht es sich ganz zusammen, im Zwielicht blüht ja auch das Schattengewächs der Korruption . . . An die Stelle der Gesellschaft tritt der Klan. Das Geheimnis der Bürokratie erlebt die Verwandlung zur Familienbürgschaft.

Im Gegensatz zum Staat sind diese Geheimgesellschaften in der Lage, eine totale Garantie anzubieten, proportional zu dem, was jeder investiert. Aber parallel weisen die Alltags- und Verwaltungsbeziehungen ein eigenes Vokabular, eine eigene Ästhetik, eine eigene Realität auf. (Vgl. Juri Cernicenko, ,,Kalym", Ogonek, Nr. 31, 1988)

Diese Regionen und Gesellschaften bieten das Spektakel einer tiefen Verwirrung. Sie sind mit schweren wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert, im Ost-West-Zwischenland . . . Sie fürchten die neuen Entwicklungen, die auf sie zukommen, die bedrohlich sind, und zwar vor allem für die ganz Schwachen und die ganz Mächtigen der Region. *

Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Bob Detobel

Armes Rußland

Die Leningrader Chemie-Dozentin Nina Andreewa ist *links*-LeserInnen ein Begriff (vgl. *links*, 218, 233). Ihr konservativ-patriotischer Marxismus-Leninismus, den zu verbreiten sie die Sorge um die ihr anvertraute, doch von allerlei Gefährdungen bedrohte Jugend trieb, ist inzwischen von einer publizistischen Einzelnummer zu einem Fixpunkt aus unterschiedlichen Gründen reformskeptischer Elemente geworden. Die Verstörungen und Enttäuschungen in den russischen Kernlanden, zunehmend entleert von Menschen und beraubt des recht engen, aber auch haltenden Horizonts, bieten einen guten Nährboden für den Versuch, durch die Perestroijka geschädigte oder geängstigte Gruppen zu sammeln und gegen die Reformer in Stellung zu bringen. Was den zentristischen und ,,linken", avantgardistischen Kräften recht ist, muß im Zeichen der Demokratisierung und des gesellschaftlichen Aufbruchs den ,,rechten", nationalistischen Strömungen billig sein.

Bereits seit Monaten werden immer neue kulturell und politisch orientierte Gruppen gegründet, die so eindrucksvolle Namen wie ,,Allrussischer Kulturfonds", ,,Bruderschaft der russischen Künstler", ,,Vereinigte Front der Werktätigen Rußlands", ,,Union der geistigen Wiedergeburt des Vaterlands" etc. tragen. Im vergangenen Dezember nun haben sich diese und weitere Kräfte zusammengefunden, um im Vorfeld der jetzt laufenden Wahlen zu den regionalen und örtlichen Sowjets eine Plattform auszuarbeiten. Dieses Dokument, das unter dem Titel ,,Für eine Politik des völkischen Einvernehmens und der russischen Wiedergeburt" im Dezember von der großrussischen Zeitung des reaktionären Schriftstellerverbandes der russischen Republik (RSFSR) veröffentlicht wurde, gab den erwähnten und weiteren Organisationen auch die Gelegenheit, sich zu einem ,,Block der gesellschaftlich-patriotischen Bewegung Rußlands" zusammenzuschließen.

Welche Politik soll den Russen nun nahegebracht werden? Die Plattform enthält eine Einleitung sowie einen aus 24 Spiegelstrichen bestehenden Katalog politischer Vorhaben. In der eher beschreibenden und interpretierenden Einleitung heißt es, daß sich die wirtschaftliche Krise auch deshalb verschärfe, weil die alten Leitungsstrukturen gedankenlos zerstört würden — darunter auch die, die ,,modernisiert" werden könnten —, ,,mit dem einzigen Ziel sie durch den spontanen Marktmechanismus zu ersetzen". Die KPdSU als eigentlich einziger Garant politischer und sozialer Stabilität habe sich in eine ,,defensiv-versöhnlerische Position" begeben und weiche Schritt um Schritt vor dem ,,Block der Separatisten und Linksradikalen zurück". Sie sei gar schon bereit, die UdSSR aufzuteilen und ,,den westlichen Partnern die nationalen Reichtümer auszuverkaufen".

Ganz wie Leningrader Konservative, die im letzten Herbst schon verbreiteten, Gorbatschow sei gelungen, was weder Hitler noch die Imperialisten geschafft hätten: nämlich den Sozialismus als Weltsystem, das Imperium und die KPdSU zu zerstören, faßt der russische Block sein Krisenbild zusammen: *,,Es ist schwierig, in der Vergangenheit unserer Heimat eine Periode zu nennen, in der mit einem so offenen Sadismus unsere nationale Würde und unser nationaler Stolz einer solchen Schmähung unterzogen worden sind."*

Sinnvolle und unsinnige Forderungen

Dieses Ergebnis der Krisenanalyse führt den russischen Block zu dem Ausruf: ,,Das Vaterland ist in Gefahr!" Die paar Leninkenner im Lande (in diesem), die es noch gibt, werden sich erinnern, daß dieser Spruch von Wladimir Iljitsch zur Zeit des Bürgerkrieges geprägt wurde. Heute ist es also wieder so weit, jedenfalls nach Auffassung der patriotischen Bewegungen Rußlands.

Welche Lösungsansätze breitet der Block nun vor den russischen Wählern aus? Wichtige Kernstücke der überwiegend in ruhigem, aber entschiedenen Ton vorgetragenen Forderungen sind neben anderen:

- Sowjetrußland soll eigene administrative und wissenschaftliche Organe bekommen. (Diese Forderung wurde teilweise bereits erfüllt.)
- Die RSFSR soll die Rechte und Interessen von Russen wahrnehmen, die außerhalb ihrer Republik leben — besonders im Fall der Sezession anderer Republiken.
- Die Russen sollen selbst über ihre Ressourcen und über ihre Wirtschaftskraft verfügen. Die Subvention anderer Republiken soll eingestellt werden. Die Eigentumsfrage sei 1917 zugunsten gesellschaftlichen Eigentums geklärt worden. Eine Änderung dürfe nur durch ein Referendum gewonnen werden.
- Die Wirtschaft soll ,,modernisiert" werden. Dies sei auch der Weg, zur ,,Befreiung der Frau von der unfreiwilligen Emanzipation" und ihrer ,,Rückkehr in die Familie", wo sie ihre Rolle als ,,Mutter, Bewahrerin des Herdes und Stütze der Nation" ausfüllen soll.
- Ökologischen Problemen soll erheblich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die ,,vaterländische Energetik" soll ,,deatomisiert" werden.
- Die Regierung soll gegen die Korruption und die Schattenwirtschaft vorgehen. Dazu soll umgehend eine Geldreform durchgeführt werden, bei der die Herkunft aller Vermögen oberhalb von 15.000 Rubeln nachgewiesen werden muß.
- ,,Zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Stärke Sowjetrußlands" wird eine ,,moderne Volksarmee, ein tapferes Offizierskorps, starke und autoritative Rechtsschutzorgane" gefordert.
- Moskau soll künftig Hauptstadt der RSFSR sein: die UdSSR soll sich ein neues Zentrum suchen.

Es fällt auf, das sinnvolle und unsinnige Forderungen, analytische und demagogische Aspekte eng miteinander verwoben sind. Gerade deswegen wäre es ein Fehler, die Wirksamkeit dieses Textes und die Aussichten der politischen Kräfte, die ihn tragen, zu unterschätzen. Viele der Besorgnisse und Forderungen, die in der ,,Plattform" auftauchen, wurden Gorbatschow in den letzten Monaten von Parteifunktionären und Arbeiteraktivisten vorgetragen.

Die Wahlen werden zeigen, wie populär dieses Rettungsgemälde in Rußland wirklich ist. Hier ist eine — weitere — Front eröffnet worden, die quer zur Teilung in Kommunisten und Parteilose verläuft. Es fällt nicht schwer, Redepassagen höchster Partei- und Staatsfunktionäre zu finden, die sich hier mühelos einfügen. Aber entschieden wird der Kampf um Rußland auf dem Dorf und in den kleinen Städten. Würde die Plattform hier von einem Gorbatschow-Typ vertreten, jedoch ohne dessen südliche Sprachfärbung: dann wären die russischen Retter schon am Ziel. *

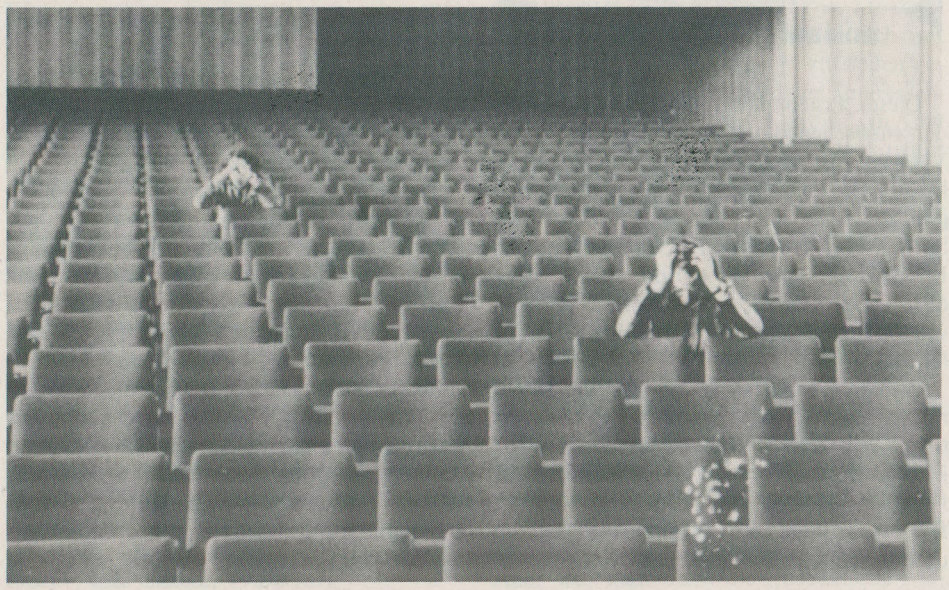
CARL-WILHELM MACKE

Langweilige Linke in aufregenden Zeiten

Seit Jahren hätten die linken Journalisten Berge von Dossiers über die Eiseskälte des rumänischen Stalinismus oder der anderen in Osteuropa etablierten zentralistisch kommunistischen Systeme studieren können — und trotzdem wurde die Kritik an diesen Systemen in aller Regel den Rechten überlassen. Es gab Ausnahmen, zum Beispiel im Umkreis des ,,Sozialistischen Büros", aber vorherrschend innerhalb des linken westdeutschen Milieus war ein im besten Fall verschämtes Schweigen. Und mit diesem Schweigen und seinen Gründen muß sich heute jeder auseinandersetzen, der einigermaßen glaubwürdig den Sozialismus auch weiterhin als politische Perspektive vertritt.

,,Nicht ich", hat jüngst Pavel Kohout der westdeutschen Linken vorgehalten, ,,Sie selbst müssen analysieren, warum Sie uns in den siebziger Jahren fallen ließen, warum Sie, statt zu den Geschlagenen zu halten, lieber mit den Schlägern paktieren oder bestenfalls neutral zusahen" (*taz*, 21.12.89). Bezogen auf Rumänien hat sich die Frage nach der Legitimität eines Vergleiches zwischen Pinochet und Ceausescu spätestens (spätestens!) nach den Massakern von Temesvar erledigt.

Es wäre jedoch ein folgenschwerer Irrtum, daß sich mit den Diskreditierungen des Begriffes *Sozialismus*, vom Kommunismus ganz zu schweigen, durch den osteuropäischen Stalinismus nur ihre westlichen Schwestern und Brüder im Geiste herumzuschlagen hätten. Zu Recht stellt Karl Grobe fest, daß mit den ,,Trägern der (stalinistischen) Orthodoxie auch die Abweichler, Kritiker und Gegner aus der linken Tradition über Bord gehen. (. . .) Die Usurpation des Begriffes *Sozialismus* durch die stalinistische Bürokratenklasse hat nicht nur die Usurpatoren, sondern den Begriff selbst diskreditiert" (FR, 18.12.89). Einer der Gründe für die tiefe Orientierungskrise vieler Linker auch außerhalb der stalinistischen Traditionen, ist die unterlassene oder verspätete Konfrontation mit den Folgen dieser Usurpation linker Begrifflichkeit und Symbolik durch einen altersstarren Macht-Marxismus. Wenn sich heute zum Beispiel die von stalinistischen Viren seit Jahren weitgehend freie kommunistische Partei Italiens in einen sehr schmerzhaften Lernprozeß über die Inhalte eines erneuerten Sozialismus bis hin zur Aufgabe ihres traditionsreichen und in Italien durchaus ruhmreichen Namens begibt, hat dies ja seine keineswegs ausschließlich opportunistischen Gründe. Hier nur wieder einmal den alten Sozialdemokratismus zu wittern, heißt die Tiefe der Verunsicherung nicht wahrzunehmen, in die die Umwälzungen in Osteuropa die vielleicht stärkste organisierte linke Kraft in Westeuropa gestoßen haben. Aber müssen sich nicht auch Linke ohne kommunistisches Etikett einer ähnlich radikalen Selbstbefragung und Neudefinition alter Begriffe stellen?



Undogmatische Traditionslinien

Eine solche notwendige Klärung der Begriffe, der Strategien und Ziele einer erneuerten linken Politik beginnt aber nicht am Punkt Null. Wir stehen in Traditionen, die es wert sind, weitergeführt zu werden, und wir können weder von biographisch geformten noch von theoretisch gewonnenen Einsichten einfach abstrahieren. Die Traditionslinien eines undogmatischen Marxismus und eines libertären Sozialismus haben uns erlaubt, ohne größere Verbiegungen und Brüche eine politische Identität zu bewahren. Werke einer Rosa Luxemburg, eines Ernst Bloch, der Intellektuellen im Umkreis der ,,Frankfurter Schule" oder auch von Antonio Gramsci sperren sich nun mal gegen jeden Dogmatismus.

Der Antifaschismus ist für deutsche Linke genauso selbstverständlich wie eine große Empfindlichkeit gegenüber allen Formen des Anti-Kommunismus. Für einen westlichen, besonders vielleicht für einen westdeutschen Intellektuellen hat der Anti-Kommunismus eine andere semantische Bedeutung als zum Beispiel für einen polnischen oder rumänischen Intellektuellen. Assoziieren diese mit dem Kommunismus ihre üblen Erfahrungen mit der stalinistischen Nomenklatura, sieht ein westlicher Linker mit dem Anti-Kommunismus jedes Denken an Alternativen zum Kapitalismus und gesellschaftlichen Status Quo erstickt. In den Zeiten der Blockkonfrontation und des ,,Kalten Krieges" mußte jeder, der für den Frieden war, für die ungeteilten Bürgerrech-

te, für die liberale Toleranz Anti-Anti-Kommunist sein.

Ja, es war eine schöne Zeit, als wir das Vokabular der Linken noch unschuldig glaubten und unsere Weltbilder noch stimmten. Jetzt aber, im Sog des Zusammenbruchs fast aller sich sozialistisch nennenden stalinistischen Gesellschaften verliert auch ein von diesen Entstellungen freier Sozialismus sein Echo. Es gelingt nicht, mehr als einen gut gemeinten, aber vor den Erfahrungen der Menschen wie vor den Realitäten des ,,Weltmarktzwangs" (Altvater) hoffnungslos dahinschmelzenden Begriff von Sozialismus aufrechtzuerhalten. Ist es ein Zufall und einzig den historischen Umständen geschuldet, wenn linke Argumente heute immer mehr nur noch mit verteidigendem, bewahrendem, ja in gewissem Sinne mit konservativem Unterton vorgetragen werden?

Stillstand und Langeweile

Gewiß gibt es vieles zu verteidigen, aber verstanden wir den Sozialismus nicht auch schon einmal im Sinne Ernst Blochs als eine ,,öffentliche Wachtraumbewegung", in der nach vorne hin gedacht und gehandelt wurde? Wenn mich meine Wahrnehmungen in öffentlichen oder privaten linken Verständigungen nicht trügen, gibt es in diesen Zeiten überstürzender historischer Veränderungen in Europa und überwältigender globaler Krisen, keine Orte, wo mehr Stillstand und mehr Langeweile herrscht als in den Zirkeln der Linken. Überall trifft man nur auf Larmoyanz oder linke Verstocktheit, statt auf Neugierde und politische Phantasie. Krampfhaft und trotzig klammert man sich hier an die alten Weltbilder oder erstarrt katatonisch vor der Stärke rechter Massenmobilisierung.

Für die trotzige Linke sind die Fronten klar: der Kapitalismus ist dabei, den Sozialismus zu erobern, und die Linken müssen dagegen — wie immer — stellvertretend für die Menschen in den sich gerade vom Kommunismus mit mehr oder weniger großer Wut verabschiedenden Gesellschaften des ehemaligen *realen Sozialismus* die Barrikaden errichten. Die Mechanismen der Identifikationen mit fernen Befreiungsbewegungen wiederholen sich auch heute wieder im Verhältnis zu Ost- und Mitteleuropa. Nur, und das ist das für viele so verwirrend Neue — haben sich in Ungarn, der CSSR, Rumänien oder der DDR große Volksbewegungen gerade von sozialistisch etikettierten Machtsystemen befreit. Wer diesen Prozeß nur in den alten Schemen interpretiert, hat tatsächlich keine Alternative zwischen Verstocktheit und Resignation.

Kann man das linke Vokabular und die linken Solidaritätsdogmen aber erinnerungs- und bedenkenlos einfach so weiterwenden wie bisher, so ,,als ob nichts geschehen wäre" (Heller/Feher)? Wie ständen die Linken da, wenn sie einmal — spätestens jetzt — lernten, ihre fertigen Antworten in zweifelnde Fragen zu übersetzen. . .?! Zum Beispiel die Frage, ob es noch gelingt, gelingen kann, mit dem historisch positiv wie negativ geformten Begriff ,,Sozialismus" das ganze Spektrum eines sich vom Kapitalismus, von der patriachalischen Gesellschaft, vom ,,Sicherheitsstaat", dem drohenden ökologischen Zusammenbruch lösenden Befreiungsprozesses zu integrieren? Warum darf die Frage nicht erlaubt sein, ob die Perspektive *Sozialismus* nicht längst viel zu eng geworden ist, um für die anstehenden Aufgaben eine Lösungsformel zu benennen?

Neue Formen von Sozialismus und Demokratie

Andererseits gibt es aber trotz dieser konstatierbaren Ungewißheit und dem Plädoyer für eine fragende, neugierige Linke auch im politischen Handgemenge vertretbare Gewißheiten. Zum Beispiel gegen die gegenwärtig so beliebten und wohlklingenden Schwanengesänge auf ,,den Sozialismus". Mag das Wort *Sozialismus* auch noch so sehr von historischen Erfahrungen deformiert sein, in Situationen extremer sozialer Ungleichheit, Ausbeutung und Entrechtung werden von ihm immer wieder ,,Visionen von Befreiung und Erneuerung ausgehen" (Peter Weiss). Wer heute nonchalant mit einem Siegeslächeln den ,,Tod des Kommunismus" oder das ,,Ende des Sozialismus" verkündet, will ja genau diese Vision von einer anderen freieren, gerechteren Gesellschaft auslöschen. Ein von jeder alternativen, sagen wir ruhig sozialistischen Perspektive befreiter, grenzenlos agierender Kapitalismus wäre ja in der Tat ein Alptraum. In den Worten von Jurek Becker: ,,Wenn der Sozialismus aus dem Kreis der möglichen Lebensformen ausscheidet, dann fängt, so glaube ich, die Weltuntergangsstimmung erst richtig an" (ZEIT, 6.10.89).

Was uns viele Menschen aus den jetzt veränderten osteuropäischen Staaten an Erfahrungen mit dem ,,realen Sozialismus" voraus haben, entspricht bei uns einem Erfahrungsvorsprung mit den weniger glänzenden Seiten des ,,realen Kapitalismus". Genau da liegt auch ein zentraler Grund gegenseitiger Verständnislosigkeit. Zu dem Abbau dieser Verständigungsschwierigkeiten beizutragen, wäre nicht die schlechteste Aufgabe westlicher Linker im Rahmen eines endlich grenzenlosen Dialogs innerhalb Europas, aber noch wichtiger mit globalen Dimensionen.

Endlich müssen wir uns dabei nicht mehr ständig von dem nunmehr historisch gewordenen Stalinismus distanzieren, wenn über *neue Formen von Sozialismus und Demokratie* nachgedacht wird. Die Befreiung vom Stalinismus sollten auch westliche Linke als Befreiung für ein neues Denken nutzen. Emphatisch formuliert: was jetzt auf der Tagesordnung der intellektuellen Klärung und politischen Arbeit steht, ist die Zukunft eines *anderen Sozialismus*. Die Auseinandersetzung mit seinen stalinistischen Varianten kann getrost den sich etablierenden Rechtsstaaten Osteuropas und den Historikern überlassen bleiben. *

JOACHIM HIRSCH

Eine Strategie für „die Linke“?

Joachim Bischoff und Richard Detje haben mit ihrem Buch „Massengesellschaft und Individualität“ eine Analyse vorgelegt, die sich explizit als Beitrag zur „Strategie der Linken“ versteht. Was es allerdings zunächst einmal deutlich macht, sind die tiefen Risse, die in bezug auf Politikkonzepte und Ziele gesellschaftlicher Veränderung durch die Gruppierungen und Strömungen hindurchgeht, die sich heute als „links“ verstehen.

Ihre zentrale These ist, daß es den in der aktuellen theoretischen Debatte diagnostizierten historischen Bruch in der kapitalistischen Entwicklung, d.h. den durch die Krise der siebziger Jahre vorangetriebenen Übergang vom „Fordismus“ zum „Postfordismus“ nicht gäbe und demzufolge die Politik eines modifizierten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Reformismus nach wie vor die einzig erfolgversprechende Alternative linker Politik sein.

Die Gründe für das Scheitern dieser Reformkonzepts liegen nach Auffassung der Autoren weniger in der veränderten Struktur des Kapitalismus als in einer geschickt vorangetragenen „neokonservativen“ ideologisch-politischen Offensive und den damit verbundenen theoretisch-politischen Verwirrungen „der“ Linken — wozu auch die Orientierung an außerinstitutionellen sozialen Bewegungen und autonomen Politikformen zählt. Die in dem Beitrag vorgetragenen Überlegungen sind aus zwei Gründen wichtig: Einmal steht es in der Tat derzeit mit einer überzeugenden Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus und den daraus zu ziehenden politischen Schlußfolgerungen nicht zum besten, was eine entsprechende Debatte mehr als dringlich macht; und zum anderen ist unbestreitbar, daß eine Politik, die auf grundlegende Veränderungen der Gesellschaft zielt, an Gewerkschaften und Parteien nicht vorbeigehen kann. Was es am vorliegenden Beitrag vor allem zu kritisieren gibt, ist die Art und Weise, wie eine vorgängige politische Option die theoretische Argumentation deformiert.

Charakteristisch dafür ist schon die Art und Weise, wie die Auseinandersetzung geführt wird. An den im Rahmen der „Regulations-“ und „Fordismus“-Theorie vorgelegten Beiträgen gibt es sicherlich viel zu kritisieren. Aber die Kritik erreicht nicht den eigentlichen Punkt, solange die Schwächen der jeweiligen Ansätze nicht im einzelnen entwickelt und theoretisch weit voneinander entfernte Autoren in einen Topf geschmissen und auf diese Weise abgeschmettert werden, nur weil die politischen Konsequenzen ihrer Analysen nicht passen. Es bleibt dabei, daß Theorien sich nur theoretisch und nicht durch das Aufgebot disparat zusammengeholter Theorie- und Empirieversatzstücke kritisieren lassen. Wenn gegen die These von der aktuellen Reorganisation des Kapitalismus zu einer neuen, „postfordistischen“ Formation argumentiert wird, so wäre das nur dann interessant und weiterführend, wenn dies auf der Basis einer halbwegs plausiblen Entwicklungs- und Krisentheorie geschähe. So bleibt aber nur der Verweis auf eine Reihe ökonomischer Schwierigkeiten, über deren Relevanz sich nichts Bestimmtes sagen läßt. Warum die „neokonservative Modernisierungspolitik“ „gescheitert“ sein soll (S. 172), bleibt das Geheimnis der Autoren. Überhaupt kann der „Neokonservatismus“ umso leichter zu einem die eigene Position bestätigenden Popanz aufgebaut weden, je weniger von den erheblichen Unterschieden in Strategien und Begründungen sowie von der nun wirklich einschneidenden Differenz von Ideologie und faktischer Politik Notiz genommen wird.

Geteilte Gesellschaft

Der entscheidende Einwand richtet sich indessen gegen das implizite Theorieverständnis der Autoren. Verfehlt wird bei ihnen das Grundelement kritischer Theorie, daß Gesellschaft als Totalität zu begreifen sei, die sich nicht ungestraft analytisch in voneinander isolierte Teile zerlegen läßt. Daß die Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion Subjektivität, Kultur und vor allem auch die politischen Institutionen entscheidend prägt und daher eine konsequent reformistische, gar sozialrevolutionäre Politik innerhalb dieser Formen nicht möglich ist, dies verfällt bei ihnen dem inzwischen mehr als wohlfeil gewordenen Verdikt des „Ökonomismus“. Daß es sich dabei um den Begriff von gesellschaftlicher Totalität handelt, den schon Marx, aber beispielsweise auch die Kritische Theorie bis hin zu Marcuse entwickelt hatten und der materialistisch-kritische Theorie vor allem auszeichnet, wird vergessen. Gesellschaft besteht nun mal nicht nur aus politischen Organisationen, Fronten und „hegemonialen Blöcken“, sondern beinhaltet Strukturen, die sich allemal hinter dem Rücken der politisch Handelnden manifestieren. Es fällt den Autoren gar nicht auf, wie nahe sie sich *theoretisch* bei der sich rapide ausbreitenden Spezies neokonservativ gewendeter Linker mit ihrem politischen Credo des „anything goes“ befinden, die sie ansonsten so vehement kritisieren.

Im Kern geht es darum, ob eine radikale gesellschaftliche Veränderung vom Staat, von Parteien und von Gewerkschaften her zu denken ist. Und ob es plausibel ist, auf der Basis einer entwickelten kapitalistischen Produktivität individuelle Emanzipation jenseits von Lohnarbeit, Markt und Kulturindustrie für möglich zu halten. Die Autoren tun beides und schwanken dabei zwischen vagen Krisenprognosen und einem eigentümlichen Vertrauen in die emanzipative Kraft einer doch wohl kaum so leicht aus den Zwängen des Weltmarkts herauslösbaren Produktivkraftentwicklung. Sie reihen sich damit ein in den von den Grünen bis zu einigen Sozialdemokraten reichenden Chor derjenigen, die einen „Sozialismus innerhalb des Kapitalismus“ für möglich halten. Den zentralen Motor gesellschaftlicher Veränderungen in der Frankfurter IG-Metall-Zentrale oder in einer von Lafontaine befreiten SPD zu erblicken, mutet mehr als eigentümlich an. Die Überzeugungskraft des Arguments ist indessen keine Frage der Solidarität mit den Gewerkschaften oder sonstiger guter politischer Absichten, sondern einer zureichenden Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Entwicklungstendenzen. Hier hätte man sich eine stringentere Argumentation gewünscht, die nicht nur Argumente zur Stützung einer politischen Option zusammenträgt und die vor allem ihren theoretischen Bezugsrahmen kenntlich macht. Weil der vorgelegte Beitrag in gewissem Sinne charakteristisch ist für die theoretisch-politischen Orientierungen nicht zuletzt im links-sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bereich, lohnt sich die Auseinandersetzung damit dennoch. *

Joachim Bischoff/Richard Detje
Massengesellschaft und Individualität. Krise des „Fordismus“ und die Strategie der Linken.
VSA-Verlag, Hamburg 1989, 184 S.

„Weder verharmlosen noch dämonisieren"

In der Reihe „Das Mandat", die in enger Zusammenarbeit mit der Redaktion der kommunalpolitischen Monatszeitschrift „Demokratische Gemeinde" entsteht, ist jüngst die Forschungsarbeit „Die Wähler der extremen Rechten" erschienen, eine Analyse der Wählerschaft rechtsextremer Gruppierungen und der politischen/gesellschaftlichen Bedingungen des parlamentarischen Aufkommens der REP. Als die wesentlichsten Ergebnisse der umfangreichen Untersuchung (drei Bände) sind anzuführen:

- „Vom Wählerpotential her hat die REP-Partei Aussicht, bei der Bundestagswahl 1990 über 5 % zu kommen."
- Die Merkmale Alter, Konfession, Einkommen, Wohn- bzw. Hauseigentum unterscheiden die REP-Anhängerschaft „nicht oder nur unwesentlich von der Gesamtbevölkerung", während hingegen der hohe Männeranteil sowie der hohe Anteil bei Arbeitern und Selbständigen sie vom Durchschnitt der Wählerschaft unterscheidet.
- Die in den vergangenen Monaten für Berlin/W. und Frankfurt getroffene Feststellung, die REP seien eine Partei „der Jungen" oder „sozial Deklassierten" läßt sich nicht generalisieren.
- Im Gegensatz zu NPD-Wählern der sechziger Jahre hält heute die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder zur katholischen Kirche nicht davon ab, für eine rechtsextreme Partei zu votieren.
- Hauptsächliches Unterscheidungsmerkmal zwischen REP-Anhängern und der Gesamtbevölkerung ist nicht — wie viele vermuten — die Sozialstruktur, sondern die rechtsextreme Ideologie (Fremdenfeindlichkeit, law and order, Nationalismus).

Eingeteilt wird die Wählerschaft der REP, die sich als „außerordentlich heterogen" erweist, wie folgt: angepaßte Neonazis, enttäuschte Wende-Wähler, statusbedrohte Mittelständler, entfremdete Kleinbürger, autoritäre junge Arbeiter, Modernisierungsverlierer.

Die Anaylse der Wählerbasis der REP und DVU nach Alter und Geschlecht bei der EP-Wahl '89 im zweiten Band führt u.a. dem Resultat, daß die „Republikaner" das Rechtsspektrum in Konkurrenz mit NPD, DVU und ÖDP am erfolgreichsten binden werden."

Im dritten Band werden Studien der Forschungsinstitute SINUS und Infratest dokumentiert. Die repräsentative Studie von Infratest kommt u.a. zum Ergebnis, daß sich 20 % ehemalige SPD-Wähler unter den REP-Anhängern (BRD ohne Berlin/W.) befinden. Die SINUS-Studie — lediglich auf einer Stichprobe von 35 Fällen beruhend und daher nicht sehr aussagefähig — ermittelt die vermeintliche Bedrohung durch Ausländer, Asylbewerber und Aussiedler als beherrschendes Leitmotiv, eine rechtsextreme Partei zu wählen.

Zum Nachdenken sollte dennoch folgende SINUS-Erkenntnis anregen: „Zahlreiche Gesprächspartner, die von der SPD zu den Republikanern gewechselt sind, zeigten eine ausgesprochen negative Einstellung gegenüber den westlichen Verbündeten. Eine militärische Bedrohung aus dem Osten wird dagegen kaum noch wahrgenommen."

ANTON MAEGERLE

Karl-Heinz Klär u.a.
Die Wähler der extremen Rechten
3 Bände (insgesamt über 300 S.), Bonn 1989

zu beziehen über: Demokratische Gemeinde, Am Michaelshof 8-10, 5300 Bonn 2

Eine Kämpferin für den Sozialismus

Wer in der westdeutschen Linken kennt die Münchner Jüdin und Kommunistin Olga Benario Prestes?

Olga, das ist vielleicht die bekannteste Deutsche und politische Intellektuelle in Brasilien. Dort ist sie längst zum Idol der linken Intelligenz geworden. In München geboren, tritt sie mit sechzehn Jahren in die kommunistische Jugend ein und beendet ihr Leben als vierunddreißigjährige Mutter in den Gaskammern der psychiatrischen Klinik in Bernberg.

Die Geschichte dieser bemerkenswerten Frau, die nun auch in deutscher Übersetzung im Buchhandel erhältlich ist, hat der Brasilianer Fernando Morais, Kulturminister im Bundesstaat Sao Paulo, sorgfältig recherchiert und nacherzählt.

Olga Benario Prestes Leben spiegelt in dramatischer Weise die Wirrungen und Schicksale des politischen Widerstandes in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts wider. Ihre Popularität verdankt sie nicht zuletzt ihrer Ehe mit dem brasilianischen Kommunisten und Revolutionär Luiz Carlos Prestes, der mit seiner Armee, der „Kolonne Prestes", das geschundene und ausgemergelte Land von der faschistischen Diktatur Getúlio Vargas' befreien wollte. Sein Ruf drang bis zu den Funktionären der „Komintern" in der Sowjetunion, wo man sich nach langen Beratungen gemeinsam mit führenden südamerikanischen Kommunisten darauf einigte, Prestes — den „Ritter der Hoffnung" — zum Führer der Weltrevolution in Südamerika zu machen.

Von der „Kommunistischen Internationale" bekam er die damals sechsundzwanzigjährige Münchnerin Olga Benario zur Seite gestellt, die sechs Jahre zuvor ihren Geliebten, den Revolutionär Otto Braun, aus einem Berliner Gefängnis der Weimarer Republik befreit hatte und mit ihm gemeinsam nach Rußland geflohen war.

Doch der sorgfältig vorbereitete Umsturz sollte scheitern; mit brutaler Gewalt wurde die „Allianz der nationalen Befreiung", ein Zusammenschluß von Arbeitern, Intellektuellen, Sozialisten und Kommunisten, zerschlagen. Tausende wurden festgenommen und in den Kerkern Vargas gefoltert. Nach fünfmonatiger Fahndung wurden schließlich Olga und Prestes gefaßt. Vargas zögerte nicht und lieferte die schwangere Olga nach wenigen Monaten Kerkerhaft an Nazi-Deutschland aus, wo sie nach vier Jahren Konzentrationslager in der Gaskammer ermordert werden sollte.

Auf der ganzen Welt durchstöberte Fernando Morais die Archive und zeichnete aus Briefen, Aktenmaterial, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, aber auch aus Interviews mit Zeitzeugen, vor allem aus der DDR, das Bild einer engagierten Kämpferin für den Sozialismus, die selbst unter Bedrohung ihres Lebens für ihre Überzeugung stritt und dafür im KZ enden mußte. Diese akribisch rekonstruierte Biographie, die viele Anregungen dem heute über neunzigjährigen Prestes verdankt, ist ein spannendes zeitgeschichtliches Zeugnis.

KLAUS STÖRCH

Fernando Morais
Olga — Das Leben einer mutigen Frau
Volksblatt Verlag, Köln. 415 S., 39,80 DM

Neuerscheinung im DISS: DISS-Text Nr. 10

Jürgen Link, Bochum:

Schönhuber in der Nationalelf: Halbrechts, rechtsaußen oder im Abseits?

(44 Seiten A5, 4,50 DM + Versandkosten, erhältlich beim: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstr. 51, 41 Duisburg 1, Tel. 0203/20249)

Jazz und Befreiung

Der Posaunist Albert Mangelsdorff antwortete auf die Frage nach dem Verhältnis von politischem Engagement und Jazz: „Ich weiß, der Zusammenhang ist da, aber ich kann ihn nicht in Worte fassen. Ich kenne keinen Jazzmusiker, der ein Rechter wäre. Das kann kein Zufall sein." Außer Frage steht, daß die Geschichte des Jazz eine des Aufbegehrens gegen Herrschaft und Unterdrückung ist: das läßt sich vom melancholisch-ironischen Blues der Sklaven der Baumwollplantagen bis hin zum politischen Emanzipaitonskampf der Schwarzen in der Amalgamierung von Free Jazz und Black Power verfolgen. Heute allerdings ist es still geworden um die Verbindung von Emanzipation und Jazz; die Avantgarde geriert sich postmodern und kokettiert mit dem Tod des Subjekts: „Whether we like it or not, the era of the composer as autonomous musical mind has just about come to an end" (John Zorn). Während eingefleischte Anhänger des Free Jazz den politischen Substanzverlust „ihrer Musik" als konservative Wende bejammer, feiern andere die Wiederkehr des verdängten Schönen im Jazz als Befreiung vom Mythos der Befreiung. Was ist im und um den Jazz, das es erlaubt, selbst das überteuerte Konzert im elitären Fanzirkel noch als Moment der Freiheit zu begreifen?

Termin: 27. Februar, 20 Uhr
Ort: Freiburg, Buchladen Jos Fritz
Kontakt und Information:
Initiative Sozialistisches Forum,
c/o Buchladen Jos Fritz,
Wilhelmstr. 15,
7800 Freiburg

Vorankündigung: Palästina-Kongreß

Von Freitag, den 2. März bis Sonntag, den 4. März veranstaltet der Arbeitskreis zur Unterstützung der Intifada in Hamburg einen internationalen Kongreß, der sich mit der bisherigen Entwicklung der Intifada, der aktuellen Situation im besetzten Palästina und den Perspektiven einer umfassenden Lösung der Palästina-Frage auseinandersetzt.

Programm:

Freitag, den 2. März
18.00-22.00 Uhr: Großveranstaltung als Auftakt zum Kongreß

Samstag, den 3. März
10.00-13.30 Uhr: Arbeitsgruppen
13.30-15.00 Uhr: Mittagspause
15.00-19.00 Uhr: Fortsetzung der Arbeitsgruppen
20.00-23.00 Uhr: Kulturprogramm

Sonntag, den 4. März
10.00-13.00 Uhr: Plenum, Bericht aus den Arbeitsgruppen, Dikussion
13.30 Uhr: Pressekonferenz
13.00-15.00 Uhr: Mittagspause
15.00-17.00 Uhr: Abschlußplenum

Ort: Hamburg

Kontakt und Information:
FreundInnen des palästinensichen Volkes e.V.
Postfach 30 41 45
2000 Hamburg 36
Tel.: 040/850 39 06 Di + Do 16-19 Uhr, Fax: 040/319 39 39

Hans-Jürgen Krahl: Erkenntniskritik der Ökonomie

Einheit von Erkenntnis und Praxis — das war die Idee, von der die Politik der Studentenbewegung inspiriert war. Die falsche Trennung von Ökonomie und Philosphie — das Erbe der alten Arbeiterbewegung — galt es zu überwinden und so die erkenntniskritische Dimension der Marxschen Ökonomiekritik zurückzugewinnen. Für den avanciertesten Versuch einer politischen Erkenntniskritik aus dem Zentrum der Bewegung heraus steht das Werk von Hans-Jürgen Krahl. — Es spricht Diethard Behrens, Frankfurt.

Termin: 13. Februar, 20 Uhr
Ort: Freiburg, Buchladen Jos Fritz
Kontakt und Information:
Initiative Sozialistisches Forum
c/o Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstr. 15 7800 Freiburg

Wider die Vereinigung

Im Februar und März finden Veranstaltungen in Berlin (Ost) und Leipzig statt, an denen sich die *links*-Redaktion und das SB beteiligen:

Wider die Vereinigung
Unter diesem Titel findet vom 16. bis 18. Februar ein StudentInnenkongreß in Leipzig statt. Veranstalter sind u.a. der Studentenrat der Karl-Marx-Universität Leipzig, der AStA/Linke Liste Frankfurt/Main und die *links*-Redaktion.

Als Referent wird neben anderen Detlev Claussen sprechen.

Termin: 16.-18. Februar
Ort: Leipzig, Karl-Marx-Universität

Ratlos vor der nationalen Frage (Arbeitstitel)
In Vorbereitung befindet sich eine gemeinsame Konferenz von DDR- und BRD-Linken. Die Rehabilitierung eines deutschen Nationalismus in der Forderung nach „Wiedervereinigung" soll dort kritisch untersucht und zusammen diskutiert werden.

Termin: steht noch nicht fest, voraussichtlich 17. oder 24. März
Ort: Berlin (Ost)
Anfragen: *links*-Redaktion, c/o SB, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach/M. 1, Tel. 069/88 50 06

Kontakt in Frankfurt/Oder
Ende März fährt eine Gruppe gewerkschaftspolitisch Interessierter aus Hessen nach Frankfurt/Oder. Es werden Kontakte zu Personen und Gruppen gesucht, die sich mit den Themen Arbeit/Mitbestimmung/Gewerkschaft/Demokratie beschäftigen.
Anfragen schriftlich an:
Walter Lochmann, Fürstenbergerstr. 156, 6000 Frankfurt/Main 1.

„Genossenschaften in Europa heute"

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe werden Beispiele einer alternativen Ökonomie zwischen Tradition, ökonomischer Anpassung und neuen Aufbrüchen diskutiert.

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften — zu den ökonomisch-ökologischen Problemen und Perspektiven der Landwirtschaft in der DDR
Termin: Di., 20. Februar, 20 Uhr

„Italienische Alternativen" — ein Reisebericht über alte und neue Genossenschaften in Italien
Referent: Norbert Stricker, Heidelberg
Termin: Fr., 24. April, 20 Uhr

Genossenschaften und Perestroijka in Osteuropa — am Beispiel der UdSSR und Ungarns
Referent: Egbert Scheunemann, Hamburg
Termin: Do., 17. Mai, 20 Uhr

Veranstalter: Verein Sozialökologie/Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung)
Ort: Alle Veranstaltungen finden in den Räumen der Landeszentrale für politische Bildung, 2800 Bremen 1, Osterdeich 6, statt.
Kontakt und Information:
Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, Beim Paulskloster 28, 2800 Bremen 1

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 93 56
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/70 28 23
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/88 83 08
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/37 45 81
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/12 49 49
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06
Göttingen: Norbert Engelhardt, Rosdorfer Weg 16, 3400 Göttingen, Tel. 0551/77 01 227
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/43 32 89
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/348 05 97
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/5 80 44 30
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2 40 16 55 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/24 55 16, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/49 16 98
Mainz/Wiesbaden: Wieland Stützel, Scharnhorststr. 17, 6200 Wiesbaden, Tel. 06121/44 03 73, tags. 069/885006
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Stuttgart: Uta Probst, Forststr. 213, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/657 25 38
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/302 81 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/327 69

Spendenaufruf

Die Ereignisse in den Ländern der „realsozialistischen" Welt überschlagen sich. Die politische Arbeit in den außerparlamentarischen Oppositionsgruppen findet unter schwierigsten Bedingungen statt: Papier ist streng rationiert und teuer; Kopiergeräte und Druckmaschinen stehen fast nirgends zur Verfügung; technische Kommunikationsgeräte funktionieren schlecht (Telefon) oder sind nicht zugänglich (Telefax etc.). Aus diesen Gründen sind Informationen für die Menschen dort schwer zu bekommen, besonders aus dem Ausland. Andererseits besteht jedoch ein wachsender Bedarf an solchen Informationen. Beispielsweise gibt es inzwischen ca. 200 InteressentInnen in der DDR, die ein Freiabo der *links* erhalten. Anfragen liegen auch aus der Sowjetunion, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn vor. Die *links*-Redaktion und das Sozialistische Büro unterstützen die oppositionellen Bewegungen in Ost- und Mitteleuropa mit Informationsmaterial aus der Bundesrepublik. Aber wir können diese Aufgabe nicht allein finanzieren. Daher haben wir ein Spendenkonto bei der

ÖKOBANK Frankfurt
Kto. Nr. 160 000 19
BLZ 500 901 00
Stichwort: SB-Soli

eingerichtet. Der Austausch von Informationen ist eine wichtige Voraussetzung für gemeinsame Diskussionen. Wir bitten um Spenden, um diesen Austausch weiter ausbauen zu können. Vielen Dank!

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet DM 62,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift) _____

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift) _____

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1990) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Aachen
Babula
Pontstr. 133
Augsburg
Probuch
Gögginger Str. 34
Bayreuth
Gondrom-Buchhandlung
c/o Dieter Heinz
Lotzbeckstr. 91
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Savignyplatz 5
Wohltat'sche Buchhandlung
Rheinstr. 41
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Buchhandlung
Wissen u. Fortschritt
Feilenstr. 10
Bochum
Ruhr-Uni-Bochum
Sektion Pol. Wiss.
Pf 10 21 48
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Buchverlag Kritische Politik
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Buchladen Guten Morgen
Geysostr. 9
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Chur / Schweiz
Stiftung Bündner
Volksbibliothek
Arcas 1
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Buchhandlung
Wissen u. Fortschritt
Lauteschlägerstr. 3
Delmenhorst
Album
Oldenburgerstr. 13
Düsseldorf
AStA-Buchladen
Universitätsstr. 1
Der Buchladen
Konkordiastr. 81
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Land in Sicht
Rotteckerstr. 13
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 15
Fulda
SOFA Sozialwiss. Fachbuch
Friedrichstr. 24
Gießen
Buchladen Kleine Freiheit
Postfach 2644
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Schlotter, H.-G. Prof. Dr.
Herzberger Landstr. 66
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelweg 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen Dieter Dausien
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Internationalismus-Buchl.
Königsworther Str. 19
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Husum
Buchladen Ecke 13
Süderstr. 42
Karlsruhe
Der andere Buchladen
Marienstr. 15
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Weber, Zucht & Co.
Steinbruchweg 14
Koblenz
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Buchhandlung Neuer Kurs
Zülpicher Str. 39
Buchhandlung
Wissen u. Fortschritt
Fleischmengergasse 31
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Konstanz
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Buchladen am Schinkelplatz
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Mainz
Bertolt-Brecht-Buchladen
Klarastr. 21
Cardabela-Buchladen
Frauenlobstr. 40
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Dritte-Welt-Laden
C3, 19
Marburg
Collectiv Buchladen
Wettergasse 19
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marl
Bücherladen
Hochstr. 12
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Mühlheim
Mühlheimer Buchladen
Hauffstr. 11
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 42 b
Münster
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste
Jakobstr. 26
Obfelden / Schweiz
Buch 2000
Postfach
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstr. 7
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schwäbisch-Hall
Buchhandlung Zundelfrieder
Gelbinger Gasse 29
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Schwetzingen
Hoppe, Hilmar
Richard-Wagner-Str. 5
Siegen
Bücherkiste GmbH
Weidenauerstr. 224
Solingen
Buchladen am Fürstenplatz
Ursula Born
Postfach 110 2540
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 14
Tübingen
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wien
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Heinz-Kolisch-Buchhandl.
Rathhausstr. 18
Wiesbaden
AStA-Buchladen
Kurt-Schumcher-Ring 2
Otto Harrassowitz
Buchhandlung
Postfach 2929
Würzburg
Buchladen Neuer Weg
Werner Beyer
Postfach 170
Wupperthal
Der andere Buchladen
Friedrichstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7